

# Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

 *Karlsruher Gespräche 1998*



**Gerd Albrecht  
Gottfried Capell  
Peter Conradi  
Hermann Glaser  
Antonia Grunenberg  
Anke Martiny  
Jürgen Morlok**

**Caroline Y. Robertson-Wensauer  
Bernhard Schäfers  
Olaf Schwencke  
Kurt Sontheimer  
Helmut Spinner  
Manfred Zach**



**Herausgeberin der Reihe:** Caroline Y. Robertson-Wensauer

**Herausgeber Heft 1/98 Jahrgang 2:** Hermann Glaser

**Redaktion:** Birgit Oesterle, Elmar Konrad

**ISBN:** 3-9805595-2-1

© Interfakultatives Institut für Angewandte Kulturwissenschaft  
Universität Karlsruhe (TH)  
76128 Karlsruhe

**Bezug:** über obige Adresse





---

## **Inhalt**

<b>Vorwort und Dank an Hermann Glaser</b>	<b>7</b>
<i>Caroline Y. Robertson-Wensauer</i>	
<b>Karlsruher Gespräche 1998: (Ohn)Macht der Politik – Ein Grußwort</b>	<b>13</b>
<i>Caroline Y. Robertson-Wensauer</i>	
<b>Einführende Bemerkungen zu den 2. Karlsruher Gesprächen</b>	<b>17</b>
<i>Hermann Glaser</i>	
<b>Teil I: Grundsatzreferate</b>	
<b>Macht und Ohnmacht der Politik – Grundsätzliche Anmerkungen zur gegenwärtigen Problemsituation der deutschen Politik</b>	<b>27</b>
<i>Kurt Sontheimer</i>	
<b>„Was sollen wir nur mit der Freiheit anfangen“ Über politische Freiheit im Zeitalter der Globalisierung</b>	<b>43</b>
<i>Antonia Grunenberg</i>	
<b>Die Kälte der Macht – Krise der Parteien und des Parlaments</b>	<b>51</b>
<i>Manfred Zach</i>	



---

## Teil II: Aphoristische Betrachtungen

### 1. Populismus contra Aufklärung

– die Sicht der Politik 63

*Anke Martiny*

– die Sicht der Filmwissenschaft 67

*Gerd Albrecht*

– die Sicht der Medien 71

*Gottfried Capell*

– die Sicht der Kulturpolitik 75

*Olaf Schwencke*

### 2. (Ohn)Macht der Politik

– die Sicht der Philosophie 79

*Helmut Spinner*

– die Sicht der Wirtschaft 85

*Jürgen Morlok*

– die Sicht der Politik 89

*Peter Conradi*

### 3. Thesen zum Sozialstaat 95

*Bernhard Schäfers*

**Die Autorinnen und die Autoren 99**



## **Vorwort und Dank an Hermann Glaser**

*Caroline Y. Robertson-Wensauer*

Mit dem Thema „(Ohn)Macht der Politik“ veranstaltete das Interfakultative Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH) im Februar 1998 die *Karlsruher Gespräche* zum zweiten Mal. Wie im Vorjahr wurde die Veranstaltung durch die Landeskreditbank Baden-Württemberg (L-Bank) unterstützt und stand unter der Leitung von Prof. Dr. Hermann Glaser. Die hier erscheinenden Beiträge wurden von den Autorinnen und Autoren überarbeitet und sind Hermann Glaser zu seinem 70. Geburtstag am 28. August 1998 gewidmet.

Anstatt eines Vorworts im üblichen Sinne möchte ich gerne diese Gelegenheit ergreifen, um Hermann Glaser für sein vielseitiges Wirken am Institut zu danken. Dies tue ich im Namen aller Instituts- und Beiratsmitglieder sowie der Mitarbeiter des Instituts.

Die ersten Kontakte zu Hermann Glaser fanden lange vor der formalen Gründung des Instituts statt. Schon in den frühen Zeiten der Forschungsstelle für Angewandte Kulturwissenschaft in den 80er Jahren spielte er eine wichtige Rolle. Vor allem durch unsere Gespräche mit ihm wurde es uns sehr bald klar, daß wir uns um die klassische Aufgabe einer Universität, die Verklammerung von Forschung und Lehre, nicht drücken sollten und auch nicht drücken wollten. Ganz im Gegenteil, gerade hier sahen und sehen wir eine große Möglichkeit, auch die wissenschaftlichen Ziele, die wir uns gesetzt haben, voranzubringen. Ermuntert durch den Rat Hermann Glasers gingen wir daran, die Konzeption für das fachübergreifende Begleitstudium „Angewandte Kulturwissenschaft“, das in seiner Art in der Bundesrepublik Deutschland immer noch einmalig ist, zu entwickeln.

Ausgehend von der Prämisse, daß echte interdisziplinäre Kompetenz nur auf der Grundlage von fundiertem spezialisiertem Wissen erworben werden kann, ging es uns um die Befähigung zum vernetzten Denken sowie um die Vermittlung der hierzu notwendigen Schlüsselqualifikationen. Neben der Auseinandersetzung innerhalb der einzelnen Fächer, die erlernt werden muß, und die natürlich auch unter den Aspekt einer Verantwortungsethik unerlässlich für unsere demokratische Kultur ist, spielt das Beherrschen der „Kulturtechniken des Dialogs“ sowie die Vermittlungsfähigkeit von komplexen Zusammenhängen eine hervorzuhebende und zunehmend bedeutsamere Rolle. Daher gilt es einerseits, Bildungsangebote zu schaffen, die eine gezielte individuelle Persönlichkeitsbildung ermöglichen – ein Bildungsziel, das an den deutschen Hochschulen sträflich vernachlässigt worden ist –, und andererseits strukturelle Bedingungen bereitzustellen, die als Voraussetzung zur Erlangung allgemeiner fachübergreifender Kommunikations-

kompetenzen angesehen werden müssen. In der heutigen multidisziplinären, team-orientierten Berufswelt, aber auch in einem breiteren gesellschaftlichen Kontext, werden diese Ziele immer wichtiger und stehen durchaus in einem engen Kausalzusammenhang mit dem Thema „(Ohn)Macht der Politik“.

Ohne den zunehmenden Rückgriff auf Experten und spezialisiertes Wissen können moderne Parlamente ihre Aufgaben der Gesetzgebung und der politischen Kontrolle nicht ausüben.<sup>1</sup> Politische Entscheidungen der Exekutiven setzen ihrerseits die Einordnung und Beurteilung oft divergierender Fachmeinungen und -gutachten voraus, die immer häufiger ressortübergreifende, nicht antizipierte und nicht gewollte Auswirkungen zeitigen. Um solche negativen Effekte möglichst gering zu halten, sind Höchstleistungen im Bereich des vernetzten Denkens erforderlich. Schließlich setzt die Akzeptanz und Durchsetzbarkeit von unpopulären, aber notwendigen politischen Maßnahmen, das Erkennen der Grenzen demokratischen Handelns sowie die Einordnung des politischen Geschehens vor Ort in universalgültige (Menschenrechts-)Normen eine mündige und interessierte Wählerschaft voraus<sup>2</sup>. In diesem Sinne hängt die Problemlösungsfähigkeit der Politik im engeren aber auch – was meist übersehen wird – im breiteren politischen Kontext mittelbar von der Bildungspolitik ab.

Es geht also, und hiermit greife ich wieder auf Überlegungen von Hermann Glaser zurück, um die Verbindung von Spezialqualifikationen (Domänenwissen), Schlüsselqualifikationen und soziokulturellen Kompetenzen, die als notwendige Bestandteile einer Qualifikationsstruktur der Industriegesellschaft anzusehen sind. Im Hinblick auf die wachsende Bedeutung von Schlüsselqualifikationen, die in der Zeit der Gründung des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft bildungspolitisch diskutiert, jedoch kaum systematisch umgesetzt wurde, bemerkte Hermann Glaser: „Je dynamischer, komplexer und unvorhersehbarer die gesellschaftliche, technische, wirtschaftliche und damit persönliche Umweltentwicklung verläuft, desto größere Bedeutung erhalten für die existentielle Bewältigung von Herausforderungen solche Bildungselemente, welche Schlüsselcharakter haben – deshalb so genannt, weil sie den Schlüssel zur raschen und reibungslosen Erschließung von wechselndem Spezialwissen bilden. Sie erschließen Verstehens-, Verarbeitungs- und Verhaltensmuster höchst unterschiedlicher Art, und zwar je nach Maßgabe des zu bewältigenden Problems.“<sup>3</sup>

Neben den erforderlichen Spezialisten (Wissenschaft, Forschung, spezialisierte Berufsbilder im engeren Sinne) und Generalisten (Politik, Koordinations- und Kommunikationsberufe, fach-

---

<sup>1</sup> Vergleiche hierzu den Beitrag von *Helmut Spinner* im vorliegenden Band.

<sup>2</sup> Siehe hierzu den Beitrag von *Antonia Grunenberg*.

<sup>3</sup> *Hermann Glaser: Das Verschwinden der Arbeit. Die Chancen der neuen Tätigkeitsgesellschaft*, Düsseldorf/Wien/New York 1988, S. 237.

unspezifische Berufsbilder)<sup>4</sup> geht es uns um die Ausbildung des Vermittlers zwischen diesen Gruppen, nämlich die *spezialisierten Generalisten*.<sup>5</sup>

Mit der Gewinnung von Hermann Glaser als Mitglied des Institutsbeirats gelang es uns, seine beratende Mitarbeit konkret zu sichern. In dieser Funktion wurde er durch die Institutsversammlung am 1. Juli 1991 bestätigt. Seine Tätigkeit beschränkte sich keinesfalls auf die Teilnahme an den Beiratssitzungen. So übernahm er beispielsweise im Wintersemester 1993/94 einen Beitrag zum Thema „Kulturwissenschaft – Kulturvermittlung – Kulturpolitik“ in der Vortragsreihe „Grundlagen der Angewandten Kulturwissenschaft aus der Sicht der Disziplinen“. Die intensivste Phase seines Mitwirkens am Institut stand jedoch noch bevor.

Als in Würdigung der Leistungen des jungen und sehr spärlich ausgestatteten Instituts (zu diesem Zeitpunkt gab es keine Planstellen) die Gewährung einer Stiftungsgastprofessur durch die L-Bank in Aussicht gestellt wurde, war es naheliegend, Hermann Glaser um die Übernahme dieser Professur zu bitten. Die Stiftungsgelder sollten dafür eingesetzt werden, die Bereiche des Instituts, die der L-Bank als vorbildlich aufgefallen waren, weiter auszubauen und überregional bekannt zu machen. Hierzu zählten das Begleitstudium „Angewandte Kulturwissenschaft“ und der vom Institut immer stärker betonte Bereich der „Öffentlichen Wissenschaft“.

Zu unserer großen Freude sagte Hermann Glaser zu! Damit gewannen die Studierenden an der Universität Karlsruhe einen Lehrer, der wie kaum ein Anderer vernetztes Denken lebendig vermitteln kann, – mehr noch, einen Lehrer der das Denken geradezu herausfordert! – Als einer der bedeutendsten Kulturpolitiker der Nachkriegszeit stand er den Kulturinstitutionen vor Ort als Berater und Vortragender zur Verfügung, und die interessierte Öffentlichkeit lernte ihn als einen faszinierend eloquenten Redner und Moderatoren kennen, der die Gabe hat, komplexe Zusammenhänge immer wieder auf den Punkt zu bringen.

In seiner Antrittsvorlesung zur Übernahme der Stiftungsgastprofessur der L-Bank zum Thema „Über die ästhetische Erziehung des Menschen in der Industriegesellschaft. Prinzipielles zur angewandten Kulturwissenschaft“ geht Hermann Glaser auch auf das Begleitstudium ein. Er stellt fest: „Angewandte Kulturwissenschaft will – wenden wir uns dem Ausbildungs- und Bildungsbereich jüngerer Menschen zu – veränderten Qualifikationsanforderungen der modernen Industriegesellschaft Genüge leisten – herausragend in diesem Sinn das Interfakultative Institut der Technischen Universität Karlsruhe, da in Form des Begleitstudiums das Vermögen zur Ein-

---

<sup>4</sup> Die Bezeichnungen „Spezialisten“ und „Generalisten“ sind hier als idealtypische Gegensätze zu verstehen, die sich mehr oder weniger für die Beschreibung konkreter Berufsbilder eignen.

<sup>5</sup> Siehe hierzu *Caroline Y. Robertson-Wensauer*: Wozu „Angewandte Kulturwissenschaft“ an einer technischen Hochschule? Orientierungswissen, Schlüsselqualifikationen und Querschnittskompetenzen als zentrale Kategorien einer modernen Bildungspolitik.



sicht in vernetzte kulturelle Zusammenhänge gefördert bzw. verstärkt wird.“<sup>6</sup> Glaser unterstreicht, daß dies den Forderungen von Tyll Necker entspreche, des ehemaligen Präsidenten des Berufsverbandes der deutschen Industrie. Dieser sage ganz klar, daß es gerade nicht so sei, „[...] daß die Wirtschaft den fertigen, perfekten Spezialisten erwarte. Wichtiger sei die Konzentration auf ‘Schlüsselqualifikationen’, die das Erlernen von wechselndem Spezial- und Fachwissen erleichtere. Aufbauend auf einer soliden Basis von Grundfakten müsse in der Ausbildung das Verständnis von Grundzusammenhängen des Fachs, die Fähigkeit zum logischen systematischen Denken und die Fähigkeit zum sprachlichen Ausdruck und Verstehen eingeübt werden. Hinzukommen müsse die Fähigkeit, erlerntes Wissen auf praktische Probleme und neue Aufgaben anzuwenden und im Team zusammenzuarbeiten.“<sup>7</sup>

Im Sommersemester 1996 trat Hermann Glaser die Stiftungsgastprofessur an. Während der Zeit der Professur lehrte er im Rahmen der Studienbausteine „Kulturpolitik“ und „Theorie und Praxis der Kulturästhetik“. Im Wintersemester 1996/97 veranstaltete Glaser eine Reihe von Kolloquien zum Thema „Aspekte aus Wissenschaft und Praxis“ und gab den notwendigen Impetus, um die schon seit längerem geplante Heftreihe „Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft“ zu realisieren. In Heft 1/97, von Hermann Glaser herausgegeben, sind die Beiträge der Kolloquien erschienen. Ebenfalls im Wintersemester 1996/97 wurden die *Karlsruher Gespräche* unter der Leitung von Hermann Glaser erstmals veranstaltet. Bei dieser ersten Austragung stand das Thema „STADT-ANSICHTEN“<sup>8</sup> im Mittelpunkt. Bei den *Karlsruher Gesprächen* handelt es sich nicht um eine Fachtagung zu Spezialfragen.<sup>9</sup> Durch diese jährlich stattfindende Veranstaltung unter Beteiligung der Kulturinstitutionen vor Ort wird im Rahmen einer „Öffentlichen Wissenschaft“ vom Institut ein wichtiger Beitrag zum akademischen und kulturellen Leben der Stadt geleistet. Außer den üblichen Tagungsaufgaben (Konzeption, Leitung und Moderation) hat Hermann Glaser mit seinen Textkollagen, die von Schauspielern des Badischen Staatstheaters rezipiert und vom Rundfunk übertragen wurden, den Veranstaltungen eine unverwechselbare, „Glaserspezifische“ Note gegeben.

Im Juni 1997 fand unter Hermann Glasers Leitung und unter Beteiligung einer Vielzahl von Kulturinstitutionen ein Kolloquium zum Thema „Leitfragen der Kulturarbeit im 21. Jahrhundert“

---

<sup>6</sup> *Hermann Glaser*: Über die ästhetische Erziehung des Menschen in der Industriegesellschaft. Prinzipielles zur angewandten Kulturwissenschaft, S. 16 (am Institut erhältlich).

<sup>7</sup> Ebd., S. 16; siehe auch den Beitrag von Hermann Glaser im vorliegenden Heft.

<sup>8</sup> Die überarbeiteten Beiträge sind im Heft 2/97 der Schriftenreihe „Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft“ des Instituts erschienen.

<sup>9</sup> Siehe hierzu den Beitrag von *Hermann Glaser* im vorliegenden Heft.



statt und im Oktober 1997 ein Matinee zum Thema „‘Capri Fischer’. Deutsche Kultur der 50er Jahre“. Seine Professur an der Fridericiana beendete er schließlich mit den 2. *Karlsruher Gesprächen* zum Thema „(Ohn)Macht der Politik“.

An dieser Stelle sei es gestattet, ein persönliches Wort des Dankes an Hermann Glaser zu richten. Im Sinne Ralph Emersons – „ein Freund ist ein Mensch, vor dem man laut denken kann“ – habe ich, und alle, die enger mit ihm zusammenarbeiten durften, einen Freund gewonnen. Ich würde mich freuen, wenn es so bleibt.



## **Karlsruher Gespräche 1998: (Ohn)Macht der Politik – Eröffnungsrede**

*Caroline Y. Robertson-Wensauer*

### ***I. Begrüßung***

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe heiße ich Sie zu den „*Karlsruher Gesprächen 1998*“ ganz herzlich willkommen. Mit dem, wie wir hoffen, aktuellen, brisanten und gesprächsfördernden Thema „(Ohn)Macht der Politik“ wollen wir Ihnen ein Forum zum Austausch von Wissen, Informationen und Meinungen aus Wissenschaft und Praxis anbieten. Dies sehen wir im Rahmen unseres Konzepts einer „Öffentlichen Wissenschaft“ als eine ganz zentrale Aufgabe des Instituts.

Ich begrüße Sie alle: die Mächtigen, die Ohnmächtigen und – das Wahljahr läßt grüßen – die Möchte-Gern-Mächtigen; die Politikinteressierten und die weniger Interessierten; die „Macher“, die „Betroffenen“ und die Vermittler. Ich begrüße „die Roten“ und „die Schwarzen“, „die Grünen“ und „die Blau-Gelben“ unter Ihnen – Farben, die die Vielfalt unserer politischen Kultur symbolisieren und zur Buntheit unserer demokratischen Streitkultur beitragen sollen. – Farben, die allerdings derzeit ein wenig blaß wirken, die an Kontur verloren haben – eine Entwicklung, die die schleichende Gefahr der Ausbreitung einer ganz anderen unheil- und schreckenbringenden Farbe begünstigt. Es möge also die Buntheit der demokratischen Farbenpalette wieder an Prächtigkeit gewinnen! Dazu bedarf es sowohl der kontinuierlichen, konstruktiven Auseinandersetzung zwischen den Parteien als auch einer begleitenden, wissenschaftlich fundierten Beleuchtung des politischen und gesellschaftlichen Geschehens in unserem Land.

Ich begrüße die Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der Verwaltung, ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, denen in unserem Zeitalter der Informationsgesellschaft eine immer größere Verantwortung zukommt, und vor allem begrüße ich die Referentinnen und Referenten, die mit ihren Vorträgen, Statements und Podiumsbeiträgen eine hoffentlich lebhaftere Diskussion anstoßen werden. Und schließlich heiße ich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Karlsruhe ganz besonders herzlich willkommen. Ich danke für Ihr Interesse und Ihr Engagement. Ich danke für Ihr Kommen.



## II. „Öffentliche Wissenschaft“ am IAK

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ganz kurz ein paar allgemeine Sätze zu unserem Konzept einer „Öffentlichen Wissenschaft“ sagen, die vielleicht verdeutlichen können, warum wir uns heute im Schloß und nicht in einem Universitätshörsaal befinden. Das Schloß ist natürlich schöner, aber das ist nicht der Grund!

Goethe kann uns auch hier weiterhelfen. Schon er bemängelte: „Die Deutschen, und sie nicht allein, besitzen die Gabe, die Wissenschaften unzugänglich zu machen“. Die Erkenntnisse der Wissenschaft werden in den seltensten Fällen so dargestellt, daß auch ein halbwegs Gebildeter, der nicht vom Fach ist, sie einigermaßen verstehen und einordnen kann. Dies gilt nicht nur für die Geistes- und Sozialwissenschaften mit ihrem Fachjargon, sondern auch und erst recht für die Natur- und Technikwissenschaften, die an der Universität Karlsruhe so hervorragend vertreten sind. (Jegliche Schleichwerbung für die Fridericiana und den Standort Karlsruhe ist gewollt!) Andererseits sind die Verbindungen zwischen Grundlagenforschung, Anwendungsforschung und gesamtgesellschaftlichem Nutzen oft schwer vermittelbar und zudem auch innerhalb und außerhalb der Fachwelt häufig umstritten. Dies muß auch so sein!

Vornehmlich im angelsächsischen Sprachraum, vor allem in den USA, hat sich daher der Bereich der „Öffentlichen Wissenschaft“ (Public Science) etabliert und nimmt derzeit weltweit an Bedeutung zu. Ein Beispiel hierfür ist die 1991 gegründete Moscow Public Science Foundation oder die in Großbritannien 1996 eingerichteten Lehrstühle für Public Science. Aber auch in Deutschland wird über das Verhältnis zwischen Universität und Öffentlichkeit verstärkt nachgedacht. Wie einst Goethe, hat Wolfgang Frühwald, der gerade ausgeschiedene Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), in einem erst in diesen Tagen veröffentlichten Aufsatz feststellen müssen, „[...] daß wir uns nicht mehr bemühen, mit unseren Fragen und Antworten die Öffentlichkeit außerhalb der Fachöffentlichkeit zu erreichen“, und er fordert: „[...] durch den entschiedenen Versuch, verstanden und gehört zu werden, kann und muß die Universität ihre Öffentlichkeit zurückgewinnen.“<sup>1</sup>

Am Interfakultativen Institut für Angewandte Kulturwissenschaft tun wir das, was Frühwald fordert, schon lange. Mit regelmäßig stattfindenden Tagungen, Symposien und Vortragsreihen, zu denen die Öffentlichkeit eingeladen wird, greifen wir eine Vielzahl von Themen auf, die wir fachübergreifend, unter Miteinbeziehung von Personen aus der Praxis, präsentieren und diskutie-

---

<sup>1</sup> Wolfgang Frühwald: Die Zukunft der Universität, in: Klaus Pinkau, Manfred Popp und Christine Stahlberg (Hrsg.): Der Universitäts- und Forschungsstandort Deutschland im globalen Markt, Stuttgart 1998, S. 44.

ren. Außeruniversitäre Institutionen werden daran beteiligt, und – ganz wichtig – Orte außerhalb des Hörsaals werden aufgesucht. Deshalb sind wir also heute im Schloß, aber nicht im Turm und schon gar nicht im Elfenbeinturm!

### **III. *Karlsruher Gespräche***

Mit den *Karlsruher Gesprächen* verfolgen wir ein besonderes Ziel. Hier geht es nicht nur darum, die Wissenschaft im engeren Sinne in die Öffentlichkeit zu tragen. Nach unserer Auffassung ist es jedoch nicht weniger wichtig, gesamtgesellschaftliche Themen, die im allgemeinen öffentlichen Diskurs eine große Rolle spielen, zum Thema zu machen. Es ist meine ganz persönliche Meinung, daß die Öffentlichkeit dies von einer Universität erwarten darf und einfordern soll! Letztes Jahr haben wir den Lebensraum „Stadt“ betrachtet, diesmal die Politik. Das besondere an den *Karlsruher Gesprächen* sind jedoch nicht nur die Austragungsorte und die Themen, sondern das, was Hermann Glaser die „Methode“ nennt.

Mit dem Thema „(Ohn)Macht der Politik“ sprechen wir ein ganz besonders zentrales Anliegen an, das uns alle zunehmend tangiert. Ohne hier der Diskussion des Tages vorgreifen zu wollen, zitiere ich zwei Zeitungsüberschriften der letzten Tage, um den Ernst der Lage zu unterstreichen: Etwa wenn in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 22. Januar auf der Titelseite zu lesen steht: „Die Qualwahl. Alles Jacke wie Hose in der deutschen Politik?“, oder wenn auf der Titelseite der „Stuttgarter Zeitung“ vom 29. Januar ein Kommentar unter der Überschrift erscheint „Musterland ist abgebrannt“. Ich bin sicher, wir werden uns heute über die Ursachen für die derzeitige Misere der Politik energisch und möglicherweise kontrovers auseinandersetzen.

Es wäre allerdings sehr zu wünschen, wenn wir – über eine nüchterne Situationsanalyse hinaus – Lösungsansätze und Wege aus der Krise aufzeigen könnten.

### **IV. *Danksagung***

Meine Damen und Herren – alles was wir sind und alles was wir tun verdanken wir immer auch anderen! Dieser Satz gilt für den heutigen Tag, aber auch darüber hinaus. Gestatten sie mir daher ein kurzes Dankeswort. Ich hatte es Ihnen schon gesagt: Das IAK verfolgt ein Konzept der Öffnung, das die Mitarbeit anderer Institutionen erfordert. Unter der Leitung von Hermann Glaser haben wir das engagierte Mitwirken bei den *Karlsruher Gesprächen* von Tollhaus, Freundeskreis der Schauburg und Badischem Staatstheater zum zweiten Mal gesichert. Ich bedanke mich bei Britta Velhagen, Bernd Belchner, Georg Fricker und Pavel Fieber und hoffe, daß wir weiterhin mit Ihnen rechnen dürfen. Auch an die Stadt Karlsruhe, mit der wir gerade im Bereich der Öff-



fentlichen Wissenschaft immer öfter zusammenarbeiten dürfen, richte ich im Namen des IAK meinen herzlichen Dank.

Für die Entwicklung des Instituts ist die Unterstützung einer weiteren Einrichtung allerdings ganz besonders hervorzuheben. Ich spreche von unserem Sponsor, der L-Bank. Schon bei einer der ersten größeren Begegnungen unseres damals sehr jungen Instituts mit einer breiteren Öffentlichkeit im Oktober 1992 hat die L-Bank den Abend finanziell unterstützt.

Das waren damals noch ganz „kleine Brötchen“, die allerdings eine große Wirkung zeitigen sollten. Wir fühlten uns ermutigt, unser in der Bundesrepublik einmaliges Konzept konsequent weiter auszubauen, und der eine oder andere innerhalb der Universität, der uns für ein wenig exotisch hielt, konnte für unsere Arbeit gewonnen werden. An diesem Abend haben wir im Beisein von Minister Klaus von Trotha die Arbeit des Instituts vorgestellt und das Zertifikat für Angewandte Kulturwissenschaft an den ersten Absolventen unseres Begleitstudiums verliehen. Bekanntlich liegt es in der Verantwortung der Banker, einerseits vorsichtig zu agieren und andererseits in die Zukunft zu investieren. Mit der Einrichtung einer Stiftungsgastprofessur am IAK 1996 durch die L-Bank für die Dauer von drei Jahren wurde die Richtung unserer Arbeit auf eindrucksvolle Weise bestätigt. Wir danken für das Vertrauen und versichern Ihnen – aber nicht nur Ihnen! – wir werden unser Bestes tun, um Sie davon zu überzeugen, daß dies kein verlorenes Risikokapital, sondern vielmehr eine ganz solide Zukunftsinvestition gewesen ist. Und damit bin ich bei meinem vorerst letzten Dank des Tages.

Das Institut hat Hermann Glaser zum ersten Gastprofessor ernannt und ihn unter anderem damit beauftragt, die *Karlsruher Gespräche* ins Leben zu rufen. Seit nunmehr zwei Jahren hat das IAK von seinem Geist und seinem Engagement ganz enorm profitiert. Er scheidet zum Ende des Wintersemesters 1997/98 aus und hinterläßt uns ein Erbe, das sich fortzusetzen lohnt. Dies werden wir auch tun! Als Mitglied unseres Beirats und als Berater einiger Kulturinstitutionen dieser Stadt bleibt er uns erhalten, und darüber sind wir froh. Aber noch ist er nicht fort – Hermann Glaser, Sie haben das Wort!

## **Einführende Bemerkungen zu den 2. Karlsruher Gesprächen**

*Hermann Glaser*

1955, im Januarheft der Zeitschrift „Der Monat“, hatte der Schweizer Journalist F. R. Allemann in einem „Brief aus Westdeutschland“ die Feststellung getroffen: „Bonn ist nicht Weimar“ – als Resümee gründlicher Beobachtungen und Vergleiche, das ein Jahr später, erweitert und vertieft, auch in Buchform erschien.<sup>1</sup> Die politische Studie ist dann immer wieder – sozusagen als politologischer Tranquilizer – zitiert worden. Nach fast 50 Jahren Bundesrepublik scheinen Beruhigungen solcher Art nicht mehr angebracht. Die heranwachsenden Generationen des Westens empfinden die demokratische Staatsform als Selbstverständlichkeit (ohne allerdings genügend Sensibilität für Alarmzeichen zu entwickeln). Freilich ist der Osten, früher das Grundgesetz wie die soziale Marktwirtschaft idealisierend, vielfach durch Enttäuschung und Desillusionierung geprägt. Nostalgie nach autoritär-totalitären Strukturen ist aber generell nicht auszumachen. Die Macht der Politik besteht vor allem in der Macht ihres institutionellen Systems: die Gewaltenteilung funktioniert, extremistische Gruppierungen werden in Schach gehalten. Verfassungsfeindlichkeit existiert – doch ist sie kupiert. Und so weiter.

Was Allemann feststellte, gilt *cum grano salis* weiterhin und noch viel mehr als in den 50er Jahren. Der Staat ist nicht von restaurativen und reaktionären Kräften durchsetzt, die Tiefenwandlungen der Deutschen sind evident, Welt-Partnerschaft (bei hohem Ansehen der Deutschen) ist gegeben. Demokratie und Parlamentarismus haben in ihrer Konkretheit die politische Psyche so geprägt, daß eine ernsthafte Gefährdung rechtsstaatlicher Stabilität nicht zu erwarten ist. Und so weiter.

Ohnmacht der Politik: man kann jedoch der relativ positiven Einschätzung der politisch-gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland nach einem halben Jahrhundert auch eine gegenteilige Beurteilung entgegensetzen – Weimar droht. Demokratische Identität ist einem zunehmenden Erosionsprozeß ausgesetzt. Der Verfassungspatriotismus ist wenig ausgeprägt: die Erwartungen dem Staat gegenüber sind groß, das eigene Engagement für den Staat (vor allem für die Grundwerte) ist gering. Und dann gibt es die Gefahr, daß sich ein riesengroßer Eisberg bildet, den kein Wärmestrom mehr zur Auflösung bringen kann – und an dem die Demokratie zerschellen könnte: die Arbeitslosigkeit.

---

<sup>1</sup> F. R. Allemann: Bonn ist nicht Weimar, Köln 1956.



In seiner Rede im Hotel Adlon, Berlin, vom 26. April 1997, mit dem Thema „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ – übrigens kein besonders guter Ort für eine die Lage der Nation betreffende Ansprache –, meinte Bundespräsident Roman Herzog, daß wir kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem hätten. Er vermisse bei unseren Eliten in Politik, Wirtschaft, Medien und gesellschaftlichen Gruppen die Fähigkeit und den Willen, das als richtig Erkannte auch durchzusetzen. „Durch Deutschland muß ein Ruck gehen.“ Was der Bundespräsident als wesentliches Defizit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation und damit auch der Politik glaubte erkennen zu können, nämlich den Mangel an Handlungsbereitschaft, sei bezweifelt. Natürlich ist „Tu-was“ besser als „Tu-nix“. Im besonderen erwartet man von Politik, daß sie aktiv ist. Wenn aber politisches Tun nicht durch das Bemühen um Erkenntnis geleitet wird, verfällt sie einem leeren Aktionismus. Wenn sie nicht eine aus wissenschaftlicher Erkenntnis hervorgehende Fähigkeit zu Utopie und Vision entwickelt, bleibt sie blind. Wenn sie nur okkasionelle Vernunft zeigt, eine auf den Augenblick, die Gelegenheit begrenzte Rationalität – okkasionell vernünftig ist es zum Beispiel, einen Obstbaum zur Ernte abzuschlagen, weil man dann die Früchte schneller und sicherer abernten kann –, wenn also Politik weder zur antizipatorischen noch zur historischen Vernunft fähig ist und keinen Sinn für Synthese und Synergie zeigt, verdient sie diesen Namen nicht.

Hier nun kommt Kultur (Kulturpolitik) ganz wesentlich ins Spiel – als innovativer, vor allem die Erkenntnisse vernetzender Faktor.

*Arbeitsmarkt.* Da die Arbeitslosigkeit vor allem eine strukturelle und weniger eine konjunkturelle ist, führen wirtschaftliche Booms zu Investitionen im Bereich der Rationalisierung, was wiederum den Abbau von Arbeitsplätzen bewirkt. Ständig kann man davon in den Zeitungen lesen – die Automobilindustrie etwa steigert ihre Produktivität und reduziert die Arbeitsplätze. Auch im Dienstleistungsbereich, etwa beim Bankwesen, steht wirtschaftlicher Erfolg zunehmend im umgekehrten Verhältnis zu der Zahl der Arbeitskräfte. In allen industriellen Ländern der Erde laufen wir auf einen Kapitalismus ohne Arbeit zu. Jeremy Rifkin, der Vorsitzende der Foundation on Economic Trends in Washington, Autor des Buches „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“, zeigt auf, daß z. B. in den Vereinigten Staaten der Anteil der Fabrikarbeiter an den Erwerbstätigen in den vergangenen dreißig Jahren von 33 Prozent auf 17 Prozent sank, obwohl die Industrieproduktion kräftig stieg.<sup>2</sup> In zehn Jahren werden weniger als 12 Prozent der arbeitenden Bevölkerung Amerikas in Fabriken beschäftigt sein.

Kultur ist ein wesentliches Element des „Humanmarktes“, der zwischen Markt und Staat liegt. Hier ist ein großer Bedarf an menschlicher Arbeitskraft gegeben. Neue Jobs im gemeinnützigen Bereich würden natürlich – betriebswirtschaftlich, also kurzfristig gesehen – unrentable

---

<sup>2</sup> Vgl. *Jeremy Rifkin*: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt am Main 1997.

Ausgaben verursachen; volkswirtschaftlich, also langfristig gesehen, schaffen sie große Vorteile. Man müßte also vom Reichtum, der im neuen Cyberspace-System erwirtschaftet wird, einen Teil absteuern („Maschinensteuer“), um die so gewonnenen Mittel in den soziokulturellen gemeinnützigen Bereich umzuleiten. Das ermöglichte uns, so Rifkin, eine neue Agenda und eine kraftvolle Vision von der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

*Qualifikation.* Tyll Necker, der frühere Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, ein Unternehmer, der vorausblickendes Denken nicht denunzierte, sondern für die wirtschaftliche Zukunft als wichtig erachtete, sprach einmal davon, daß der Mensch mit möglichst breitem Bildungsansatz, der eine flexible Haltung zum Einstieg in die berufliche Praxis habe, zunehmend gefragt sei. Das Anhäufen von Detailwissen verliere an Bedeutung, da es immer rascher veralte, auch wenn selbstverständlich in der naturwissenschaftlichen und technischen Lehre der fortschreitende Stand der Erkenntnisse berücksichtigt werden müsse. Gefragt sei vor allem der beweglich denkende Generalist mit humanistischer Bildung. Eine solche Qualifikation hatte bereits 1987 der Baden-Württembergische Landesforschungsbericht im Auge, wenn er feststellte: „Da, wo die mechanistische Industriegesellschaft ihr Heil suchte im Zerlegen, Reduzieren, Analysieren und Spezialistentum, wird die kommende Informationsgesellschaft, stimuliert und unterstützt durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, der ganzheitlichen, systemgerichteten, generalistischen Vorgehensweise den Vorrang geben. Der Spezialist wird mehr Platz machen müssen für den Generalisten.“<sup>3</sup>

Die Chip-Revolution, die bislang wohl größte Umwälzung der Technikgeschichte – nicht nur Handarbeit, sondern auch Kopfarbeit kann nun auf die Maschine übertragen werden –, bewirkte einen Paradigmenwechsel in der Produktionsphilosophie, der mit „Ende des Taylorismus“ (auf Drill und Dressur basierend) und mit der Notwendigkeit von „Reprofessionalisierung“ charakterisiert werden kann. „Subintelligente“ Menschen passen nicht zu superintelligenten Maschinen. Die Mischung von Spezialqualifikation, Schlüsselqualifikation und vor allem soziokultureller Kompetenz (hier eine kulturell fundierte Verantwortungsethik) kennzeichnen heute den Homo faber, wenn die Gesellschaft sich nicht den Ast absägen will, auf dem sie sitzt.

*Stadtentwicklungsplanung.* Das Behagen in der Stadt und natürlich auch auf dem Lande ist in entscheidendem Maße ein „Behagen in der Kultur“, wenn wir den Begriff „Kultur“ nicht nur auf die Künste begrenzen. Es kommt auf die Lebensqualität an, die wiederum von der kulturellen Gesamtatmosphäre, alle Bereiche des Lebens durchdringend, bestimmt wird. Die amerikanische Industriesoziologie spricht von „Clusters“, Trauben, wobei die Bündelung einzelner „Beeren“ (Arbeitsbedingungen, Freizeit, soziale Sicherheit, Bildung und Ausbildung, humanes Wohnen, Mobilität, kreative Selbstverwirklichung etc.) in entscheidendem Maße das ökonomische Wachs-

---

<sup>3</sup> Zit. nach *Peter Zec*: Informationsdesign. Die organisierte Kommunikation, Zürich 1988, S. 108 f.



tum ausmacht. Kultur ist der Katalysator, der für solches Zusammenwirken sorgt (und das ist viel mehr, als wenn die Manager einer Firma ihre Standortentscheidung nach dem Vorhandensein eines Golfplatzes oder einer Musical-Hall ausrichten).

Der Kulturstaat, Hand in Hand mit dem Sozialstaat (im Sinne sozialer Marktwirtschaft), ist der Garant für eine nachhaltige humane und demokratische Entwicklung. Globalisierung, die sich als kurzfristige Profitmaximierung begreift (in Thailand produzieren, in Monaco versteuern, in Deutschland verkaufen), entbehrt jeder kulturellen Substanz, die im wesentlichen durch das Prinzip Verantwortung bestimmt sein sollte. Dementsprechend wäre auch dem Wahn vom Glück in der Shareholder-Gesellschaft gegenzusteuern, da diese lediglich auf kurzfristige Bereicherung aus ist und die Solidität, die gerade in der Verbundenheit der Wirtschaft mit der Region besteht, außer acht läßt.

*Gesellschaftsethik.* Unsere Gesellschaft sei, so meinte kürzlich der Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“, Theo Sommer, von einer schamlosen Selbstbedienungsmentalität durchdrungen. Viele Menschen hätten es aber satt, in einer Raffgesellschaft zu leben, in der Korruption nicht mehr die Ausnahme sei und in der sich allzu vieles nur ums Geldverdienen drehe; es gäbe Wichtigeres im Leben des einzelnen wie auch im Leben der Nation, hieß es in einem Manifest, das u. a. unterzeichnet ist von Marion Gräfin Dönhoff, Helmut Schmidt und Wolfgang Thierse.<sup>4</sup> Die Bürger seien frustriert, Regierung und Opposition ohne Elan und ohne Vision. Das meiste werde dem Zufall überlassen. Das Ende der DDR habe nicht die allgemein erwartete Aufbruchsstimmung gezeitigt, sondern resignierende Unlust hervorgerufen. Es ist, als rase die Geschichte wie ein ungesteuerter, reißender Fluß an uns vorüber, während wir, die am Ufer stehen, die bange Frage stellen, wohin er wohl führe.

Wenn wir nicht eine reflexive Modernisierung wollen, also Verhaltensweisen, die, statt vor-ausblickend zu denken, lediglich auf eintretende Unfälle und Katastrophen mehr schlecht denn recht reagieren (die versäumte Ökologie hat uns dies in den letzten Jahrzehnten deutlich gemacht), dann brauchen wir „Kultur“ als ein Frühwarnsystem. Der „Kulturmensch“ zeichnet sich durch Sensibilität aus. Er entwickelt Phantasie, auch Ängste (die das Falsche verhindern helfen) und er verfügt über den Möglichkeitssinn. „Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird, aber soviel kann ich sagen, es muß anders werden, wenn es gut werden soll“, heißt es bei dem Aufklärer Georg Christoph Lichtenberg. Man muß sich dabei auch, so hat es Benjamin Franklin formuliert, Zeit nehmen, um Fehler zu vermeiden. Die Beschleunigungskrise besteht darin, daß die wachsende Eile ein Ausprobieren verschiedener Möglichkeiten verhindert (Paul Virilio spricht vom „rasenden Stillstand“<sup>5</sup>) und wir am Ende, weil alles zu

---

<sup>4</sup> Ein Manifest: Weil das Land sich ändern muß, in: Die Zeit vom 13.11.1992.

<sup>5</sup> Paul Virilio: Rasender Stillstand, Frankfurt am Main 1997.

schnell, zu effizient (im Sinne eines einseitigen Effizienzbegriffes) abläuft, im Stau stecken bleiben, oder, medizinisch formuliert, einen kollektiven Herzinfarkt erleiden. Kultur ermöglicht reflektierende Modernisierung. Indem sie den einzelnen wie die Gesellschaft zum Pausieren verlockt, schafft sie Atempausen zum Denken, „die nicht zu nutzen, praktischer Frevel wäre“.<sup>6</sup>

*Informationsgesellschaft.* Immer mehr Informationen fluten heran. In den USA verfügt bereits jeder zweite Haushalt über einen PC. Surfing im Internet wird bald Volkssport sein. Der Wissensbestand verdoppelt sich in immer kürzeren Zeiträumen. Dementsprechend müßte Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation verstärkt werden. Man kann auch von der Notwendigkeit einer Informationsökologie sprechen. Die durch die Fülle der Informationen bewirkte Informationsverschmutzung bedarf der Klärung, Abklärung, Aufklärung.

Das Demokratieproblem ist zudem kein Informationsproblem, sondern ein Beteiligungsproblem. Kulturpessimistisch meint Bernd Guggenberger, daß die neuen medialen Technologien ins Nirwana führten, weil sie alles auflösten: Raum und Zeit, Nähe und soziale Bindung, also Gesellschaft insgesamt.<sup>7</sup>

Bei dem Informationskult, der heute vorherrsche, so schon vor zwei Jahrzehnten Theodor Roszack in seinem Buch „Der Verlust des Denkens“, läge eine Verwechslung von Information und Idee, von Datenspeicher und menschlichem Gedächtnis vor.<sup>8</sup> Die fast mit Lichtgeschwindigkeit übermittelten Informationen seien nichts anderes als kleine Tatsachenbündel, manchmal nützlich, manchmal trivial, die niemals die Substanz des Denkens ersetzen könnten. Die Datenhändler und mit ihnen eine kultgleiche Gefolgschaft hätten eine grundlegende Wahrheit aus dem Auge verloren: Der Geist denke in Ideen, nicht in Information. Die menschliche Kultur überlebe nicht mit Hilfe von Informationen, die sie sammle und verarbeite, sondern kraft der Macht, der Beweglichkeit und der Fruchtbarkeit ihrer Ideen.

*Gesundheits- und Bevölkerungspolitik.* Die Herkunft von Frustration und Frustrationsaggressivität (damit auch Kriminalität) aus Arbeitslosigkeit und anderen exogenen Faktoren sowie dem Verlust von Lebenssinn ist unbestritten. Auch antidemokratisches Verhalten stellt sich als gefährliche Folge ein. Sekundärprävention (z. B. Polizei-Ausbau, Gefängnisse, psychiatrische Anstalten etc.) kostet ein Vielfaches von dem, was Primärprävention kostet. Der amerikanische Soziologe Richard Freeman meinte, das Äquivalent der Langzeitarbeitslosen in Europa seien in den USA die Strafgefangenen. Die Europäer gäben ihnen wenigstens Unterstützung, die Amerikaner schickten sie ins Gefängnis mit freier Wohnung, Essen und Fernsehen.

---

<sup>6</sup> Theodor W. Adorno: Negative Dialektik, Frankfurt am Main 1970, S. 241.

<sup>7</sup> Vgl. Bernd Guggenberger: Das digitale Nirwana, Hamburg 1997.

<sup>8</sup> Vgl. Theodor Roszack: Der Verlust des Denkens. Über die Mythen des Computerzeitalters, München 1986.



Schon im Jahr 1987 wurde die Zahl der Alkoholkranken in der Bundesrepublik Deutschland auf 1,5 Millionen geschätzt. Bei etwa 20 Prozent der Verkehrsunfälle ist Alkohol im Spiel. Jede sechste Kündigung soll Gründe im Alkoholmißbrauch haben. Die volkswirtschaftlichen Schäden, die der Alkohol anrichtet, lassen sich kaum beziffern. Schon 1992 waren rund 500 000 Kinder und Jugendliche – um eine wichtige Bevölkerungskohorte herauszugreifen – alkoholkrank.

In der Industriegesellschaft verstärken sich generell die psychisch bedingten Leiden. Allgemeiner Sinnverlust wirkt sich dabei genauso gravierend aus wie der Niedergang von Sozialprestige oder die Reduzierung von Wohlstand, verbunden mit der Angst vor weiterem sozialen Niedergang. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es nach Schätzung einer Expertenkommission des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung heute fast 750 000 Langzeitkranke mit psychischen Leiden; etwa ein Viertel aller Erwachsenen müssen damit rechnen, im Laufe ihres Lebens an einer psychischen Störung zu erkranken. Es handelt sich dabei um exogene, also von außen bewirkte Depressionen, Neurosen und Psychosen; groß sind die Schwierigkeiten bei beruflicher Rehabilitation und der Wiedereingliederung in die normale Lebenswelt.

Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland ist an einer Kostenexplosion erkrankt. Man kann die Krankheit des Gesundheitswesens nicht dadurch lösen, daß man diese isoliert sieht; man muß die Gründe für das Ansteigen der Erkrankungen, die zu einem größeren Teil psychosomatisch bedingt sind, mit beachten. Zu klären ist, welche gesellschaftlichen Defizite die Anfälligkeit für Krankheit steigern und welche ganzheitlichen (kulturellen) Gegenmaßnahmen angebracht sind.

Natürlich ist Alter keine Krankheit, doch kostet ein zu frühzeitiger Übergang ins Rentnerdasein, eine schon bei arbeitslosen Jugendlichen feststellbare „Vergreisung“, also ein Leben ohne Tätigkeit, die Gesellschaft hohe Summen. Investitionen in den „Humanmarkt“ bedeuten auch, die negativen Folgen der Gettoisierung von Alter zu bekämpfen, indem man – z. B. mit Hilfe von Werkstättenprogrammen – diese verhindert und stattdessen aktive Integration ermöglicht.

Der Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland stellt die Alterspyramide quasi auf den Kopf. Einem relativ schmalen jugendlichen Sektor entspricht eine zunehmende Verstärkung in den oberen Altersbereichen. Im Jahr 2010 wird mehr als ein Viertel der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein.

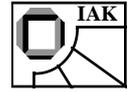
Antizipatorische Vernunft muß allein schon aus volkswirtschaftlichen Gründen Interesse daran haben, Altersschäden soweit wie möglich hinauszuzögern. Deren Therapie kommt viel teurer als Vorsorge. Integration bedeutet, daß man nicht nur für die Älteren und Alten „sorgt“, sondern den Älteren und Alten genügend reale Möglichkeiten für sinnvolle Tätigkeit bietet.

*Multikultur.* Der amerikanische Politologe Samuel P. Huntington spricht in weltweiter Perspektive von der drohenden Gefahr eines „Krieges der Kulturen“.<sup>9</sup> Der Fundamentalismus verkehre Kultur, die doch auf Offenheit, gegenseitiges Verständnis, Toleranz und Sublimierung (Veredelung von Triebdynamik) angelegt ist, ins Gegenteil. Kultur werde so zur Speerspitze einer neuen Form von Imperialismus und Chauvinismus. Um so wichtiger ist es (ich spreche jetzt auch von den Kulturen im eigenen Land und von den Kulturen in Europa – man denke an die furchtbaren Erfahrungen mit dem ehemaligen Jugoslawien), Interkulturalität zu entwickeln bzw. zu fördern. Die Integration der heute knapp 7,5 Millionen umfassenden Zahl der Zuwanderer, deren Zahl trotz gedrosselter Einwanderungsbestimmungen bis zum Jahr 2040 auf 10-15 Millionen ansteigen dürfte, der Abbau der „Mauer im Kopf“ zwischen West- und Ostdeutschland, der Zusammenhalt in Europa, das im Augenblick nur als „Euro-Europa“ in Erscheinung tritt – überall geht es darum, anstelle von Multikultur Interkulturalität zu ermöglichen. Die Geschichte hat gezeigt, was es bedeutet, wenn Identität, vor allem nationale Identität, gegen andere Identität definiert wird. Es kommt auf einen Identitäts-Plural an, also um das Einfühlungsvermögen in die Identität des anderen und das daraus als Möglichkeit erstehende friedliche Zusammenleben und -wirken.

Schon diese Andeutungen dürften begründen, warum das Interfakultative Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe es als zentrale Aufgabe empfand, die 2. *Karlsruher Gespräche* unter das Thema „(Ohn)Macht der Politik“ zu stellen.

---

<sup>9</sup> Vgl. *Samuel P. Huntington: Der Kampf der Kulturen*, München/Wien 1996.





## **Teil I: Grundsatzreferate**



## **Macht und Ohnmacht der Politik – Grundsätzliche Anmerkungen zur gegenwärtigen Problemsituation der deutschen Politik**

*Kurt Sontheimer*

Die deutsche Politik macht zur Zeit keine gute Figur. Ihr öffentliches Ansehen ist gering; das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Fähigkeit, die neu aufgetauchten Probleme zu lösen ist im Schwinden begriffen; die Politiker als Inhaber und Repräsentanten der Macht erscheinen wie hilflose Kreaturen vor einem Berg von Problemen, die sie nicht zu bewältigen vermögen, weshalb sie ihr Sinnen und Trachten darauf richten, wie sie es, zumal in einem Wahljahr, am besten anstellen, das bißchen Macht, das ihnen verblieben ist, für sich zu behaupten. Müßte man in der heutigen Stimmungslage entscheiden, welche der beiden Formeln eher zutrifft, die von der Macht oder die von der Ohnmacht der Politik, so würde vermutlich die Ohnmacht den Sieg davontragen. Aber dies wäre ein Pyrrhussieg. Denn von der Politik wird erwartet, daß sie die ihr verliehene Macht zu nutzen weiß, und zwar nach den Regeln der in den Lehrbüchern propagierten politischen Moral, zugunsten des allgemeinen Wohls.

In den politologischen Lehrbüchern, zu denen auch ich meinen bescheidenen Beitrag geleistet habe, steht geschrieben, daß die Macht eine elementare Kategorie des Politischen sei. Diese Einsicht wird nicht dadurch widerlegt, daß wir auch von der Ohnmacht der Politik sprechen können, wenn wir den Eindruck haben, daß diejenigen, die für die Politik Verantwortung tragen, nämlich die Politiker und ihre wichtigsten Organisationen, die politischen Parteien, in unserer gegenwärtigen Lage eher ohnmächtig zu sein scheinen, das heißt unfähig, mit ihrer Politik den Problemen beizukommen, die sich für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren ergeben haben. Aber so wie in allen gesellschaftlichen Beziehungen das Machtphänomen eine gewisse, manchmal entscheidende Rolle spielt, so verschwindet die Macht nicht, wenn die Politik ohnmächtig zu sein scheint. Sie zeigt sich anderswo, entweder in der Macht gesellschaftlicher Gruppen, die am politischen Prozeß teilnehmen und versuchen, den politisch Verantwortlichen ihren Willen und ihre Interessen zu oktroyieren, oder der Kampf um Macht und Einfluß seitens verschiedener Gruppen, insbesondere der politischen Parteien, führt dazu, daß keine der am Machtkampf beteiligten Mächte stark und durchsetzungsfähig genug ist, um die sogenannte Machtblockade zu überwinden. Dies, so scheint es, ist das Bild, das die gegenwärtige Politik in Deutschland bietet und sie ohnmächtig erscheinen läßt. Natürlich gibt es auf der Ebene der parteipolitischen Auseinandersetzung, erst recht in einem Wahljahr, den üblichen Hick-Hack und das von Vorwürfen an die jeweils andere Seite gespickte politische Geran-



gel. Aber es kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich im Bereich der Politik insgesamt zu wenig bewegt, um der Probleme, die der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel des letzten Jahrzehnts hervorgebracht hat, besser Herr zu werden. Politik ist heute mit der Zumutung konfrontiert, auf neue Herausforderungen neue Antworten zu finden – da sie solche Antworten nicht ohne weiteres parat hat, tendiert sie dahin, sich weiterhin in den gewohnten Bahnen zu bewegen und sich im gordischen Knoten des Stillstandes zu verheddern, anstatt die Kraft aufzubringen, ihn zu durchschlagen.

Die Zumutungen, die von der gesellschaftlich-technologischen Entwicklung an die Politik gerichtet werden, sind in der Tat nicht gering, handelt es sich doch in der Sicht vieler Analytiker der neuen Situation um einen Umbruch, eine grundlegende Veränderung der Rahmenbedingungen des sozialen Lebens, auf welche eine neuartige Politik reagieren sollte, um die Zukunft nicht zu verpassen. Bei der Formulierung dieser Zumutungen haben heute weniger die Politologen als vielmehr die Soziologen und Ökonomen das Wort. Die Soziologen spekulieren über eine „zweite Moderne“, die Ökonomen machen die Prozesse der Globalisierung zu einem Angelpunkt ihrer Forderungen an die Politik, von der sie erwarten, daß sie ihren Analysen und Empfehlungen folgt. Wir befinden uns, so liest man allenthalben, in einem Stadium des Wandels und des Übergangs in eine neue Gesellschaft und Politik. Der Publizist Warnfried Dettling, der diesem Umbruch eher Positives abzugewinnen vermag, drückt es so aus: „Jahre des Übergangs, das bedeutet einfach und sinnfällig: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind unterwegs zu einem anderen Ufer, das sie künftig bewohnen werden. In der Mitte des Flusses, vor allem wenn Stürme aufziehen, ist es gut, sich darüber im klaren zu sein, an welchem Ufer man ankommen will, und es ist wichtig, wenigstens das erste Stück des Weges in diese Richtung zurückzulegen.“<sup>1</sup> Es gelte, so derselbe Autor, Abschied zu nehmen, auf eine Zeit zurückzublicken, die eine gute Zeit war, um, unter anderen Bedingungen, wiederum eine gute neue Zeit zu schaffen. „Es waren Jahre des Rückblicks. Die Stimmung war gedämpft. Der Wandel wurde als Niedergang erlebt. Parlamente und Regierungen waren damit beschäftigt, Errungenschaften zu verteidigen und Haushalte zu sanieren. Lauter Abschiede. Von einer guter Zeit.“<sup>2</sup> Aber das, was hier bereits als Vergangenheit gesehen wird, ist noch unmittelbar drängende Gegenwart. Weder ist das andere Ufer erreicht, noch der Weg klar und gangbar, auf dem dieses Ziel erreicht werden soll. Dies ist die gegenwärtige Lage, die von einigen Zukunftsoptimisten als eine große neue Chance interpretiert wird, von anderen, die das gute Erreichte möglichst bewahren wollen, als Bedrohung und Niedergang. Zwischen diesen Polen bewegt sich die Diskussion, doch die Politik ist eher ratlos und unsicher,

---

<sup>1</sup> Warnfried Dettling, in: *Zeitpunkte* 1998, S. 38.

<sup>2</sup> Ebd.

ihr fehlt die Kraft und der Wille, zu den angeblich notwendigen neuen Ufern auch aufzubrechen. Das vermittelt den Eindruck ihrer Ohnmacht und ihres Stillstandes.

Wenn wir von Macht oder Ohnmacht der Politik sprechen, dann müssen wir jedoch genauer prüfen, wessen Macht und Ohnmacht wir im Blick haben. Ich vermute, daß viele mit Politik die staatliche Organisation unserer Gesellschaft meinen, nämlich diejenigen Entscheidungsinstanzen, die durch ihre exekutiven und legislativen Maßnahmen bestimmen, was im Rahmen der staatlichen Ordnung geschehen soll. Gestatten Sie mir darum einen Exkurs zum Thema des Verhältnisses von Staat und Politik. Er scheint mir notwendig, weil wir gerade aufgrund unserer politischen Tradition in Deutschland dazu neigen, das staatliche Handeln für den höchsten Inbegriff des Politischen zu nehmen und in erster Linie vom Staat und seinen Organen erwarten, daß er in der Lage ist, neue Probleme und Herausforderungen zu erkennen und sie kraft seiner Entscheidungsmacht zu lösen. Wir denken dabei vielfach noch in den Kategorien des souveränen, allmächtigen, ja absoluten Staates, der, nur gebunden an das Recht, das er selbst setzen kann, die notwendigen Machtmittel besitzt, um eine konstruktive Politik für das Ganze der Gesellschaft zu betreiben. Dahinter steht die Vorstellung, daß, wenn wir nur die richtigen, qualifizierten, führungsstarken Leute in der Regierung und im Parlament hätten, es ohne weiteres möglich sein müßte, die erkannten Probleme anzugehen und für eine positive Entwicklung des Landes Sorge zu tragen. Dabei übersehen wir gerne, daß der moderne Verfassungsstaat, der seinen für uns verbindlichen Ausdruck im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gefunden hat, auf zwei unaufgebbaren Prinzipien beruht, die seine Allzuständigkeit und Allgewalt einschränken und die von ihm ausgeübte Macht zu kontrollieren erlauben: Erstens, die Gewährleistung von Freiheits- und Bürgerrechten, zweitens das Prinzip der beschränkten Staatsgewalt in einem System der Gewaltenteilung. Der Staatsmacht sind somit im modernen Verfassungsstaat relativ enge Grenzen gezogen: Der Staat darf, mit gewissen Ausnahmen, die Freiheitsrechte der Bürger nicht antasten und beschneiden, und er muß es hinnehmen, ja zu seinem eigentlichen Inhalt machen, daß die politischen Entscheidungen, die er zu treffen hat, aus einem Prozeß der politischen Willensbildung hervorgehen, an dem die Bürger mit Hilfe der von ihnen geschaffenen gesellschaftlichen Organisationen und Interessengruppen einen maßgeblichen Anteil haben. Der Prozeß der politischen Willensbildung in einer Demokratie ist ein sehr komplexer Vorgang. Bei ihm spielen die politischen Parteien zwar eine zentrale Rolle, doch die organisierten Interessen der Gesellschaft sind mindestens ebenso wichtig, in manchen Fällen sogar noch wichtiger. Hinzu kommt die Rolle der öffentlichen Meinung, das heißt die offene Diskussion der Gesellschaft über die zu treffenden politischen Entscheidungen, so daß wir es faktisch beim politischen Entscheidungsprozeß, der durch die staatlichen Organe zu einem formellen Abschluß gebracht wird, mit einem komplexen Vorgang zu tun haben, bei dem Staat und Gesellschaft in vielfältiger Weise zusammenwirken. Wenn wir von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik sprechen, dann haben wir es mit einer Ordnung zu tun, an der Staat und Gesellschaft



gleichermaßen teilnehmen und teilhaben. Die staatliche Organisation versteht sich als ein Teil dieser Gesamtordnung, die als solche keine überraschende Sonderstellung mehr für sich beanspruchen kann, vielmehr daraufhin geprüft wird, inwieweit sie personell und organisatorisch geeignet ist, die ihr von der Verfassung zugewiesenen Aufgaben im Rahmen des Ganzen und im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen. Was für diese Allgemeinheit das Beste ist, was somit beanspruchen kann, dem Gemeinwohl zu dienen, ist nicht eine Frage, die der Staat allein zu bestimmen hat, vielmehr geht das Gemeinwohl faktisch aus einem komplizierten politischen Prozeß hervor, an dem viele Instanzen, Gruppen und Organisationen beteiligt sind. Dies ist der Grund für die in der Literatur häufig anzutreffende Bezeichnung des heutigen demokratischen Staates als eines pluralistischen Staates. Man kann heute den Staat nicht mehr gegen die Gesellschaft gewissermaßen in Anschlag bringen, vielmehr muß die Qualität und Effizienz der demokratischen Staatsorganisation aus der Gesellschaft und ihrem politischen Prozeß selbst hervorzunehmen, wobei der Staat mit seinen Funktionsträgern zwar eine sehr wichtige, aber keineswegs die allein bestimmende Instanz ist.

Die traditionelle staatliche Funktion des Staates ist der gesetzliche Befehl und der damit verbundene Zwang. Ihrer bedarf es nach wie vor zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, doch dieses Mittel versagt, wenn es darum geht, die wirtschaftlichen und sozialen Mächte zu lenken und zu einem bestimmten Verhalten zu veranlassen. Denn diese Mächte haben andere Interessen und Zwecksetzungen, die mit denen des Staates und des von ihm zu realisierenden Gemeinwohls nicht unbedingt übereinstimmen. So kann der moderne Staat, der das wirtschaftliche und soziale Leben förderlich gestalten und regulieren will, ja muß, seine hoheitliche Gewalt nicht so ohne weiteres zur Geltung bringen; er muß überzeugen, Kompromisse eingehen, Kompensationen vorschlagen, mit Anreizen locken, um den von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft abhängigen Wohlfahrtsstaat besser verwirklichen zu können.

Konservative Staatsrechtslehrer haben dieses Schwinden der staatlichen Allmacht und Hoheitsbefugnis schon sehr früh beklagt und das Ende des Staates kommen sehen. Aber sie können die Verhältnisse nicht zurückdrehen, zumal nach dem Zweiten Weltkrieg auch international eine Entwicklung eingesetzt hat, welche die Souveränität des einzelnen Staates beschneidet und seine Handlungsmacht einschränkt. Dies geschieht freiwillig durch den Zusammenschluß von Staaten zu supranationalen Organisationen wie der Europäischen Gemeinschaft. Es geschieht quasi naturwüchsig durch die Ausdehnung des nationalen Wirtschaftsraumes auf die ganze Welt bis hin zur heutigen Globalisierung der Wirtschaftsprozesse, die der Staat kaum wirksam beeinflussen kann und denen er sich wohl oder übel anpassen muß. So kommt es vor allem im Bereich der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung, die ohnehin vor Grenzen nicht haltmacht, sowohl von innen wie von außen zu einer Aufweichung der Staatsgewalt. Der Staat ist nicht mehr der Demiurg der Verhältnisse, der souverän über Menschen und Organisationen gebieten

kann, sondern ein – wenn auch nach wie vor der wichtigste – Funktionsträger innerhalb einer vielschichtigen und vielgliedrigen und insofern pluralistischen Gesamtordnung. Kein Wunder, daß in der staatstheoretischen Literatur hie und da schon das Ende des Staates angekündigt wird. Der Politologe Carl Böhret vermerkt hierzu: „Die Figur Staat ist am Ende des 20. Jahrhunderts schon arg schwächlich geworden.“ Der Autor nennt seine diesbezügliche Studie „Funktionaler Staat“ und prognostiziert: „Am Ende dieser ins nächste Jahrhundert hineinreichenden Entwicklung zum Spätpluralismus stirbt der traditionelle Staat ab: als ‘besonderes Wesen’, als Gebilde eigener Souveränität und als hierarchischer Koordinator.“<sup>3</sup> Soweit würde ich nicht gehen. Zwar bleibt es unbestritten, daß die hierarchische Überordnung des Staates über die Gesellschaft einer Praxis gewichen ist, in der der Staat sich genötigt sieht, die Kooperation mit den wirtschaftlichen und sozialen Machtgruppen einer Gesellschaft zu suchen, aber er verliert gleichwohl nicht den Status, diejenige Instanz zu sein, die allein in der Lage ist, rechtlich verbindliche Entscheidungen zu setzen. So ist zwar der politische Prozeß, aus dem das Staatshandeln schließlich hervorgeht, ein offener und pluralistischer geworden, an dem der Staat nach seinen Möglichkeiten mitwirkt, aber die Entscheidung darüber, was geschehen soll und wie eine Materie gesetzlich zu regeln sei, obliegt letzten Endes nach wie vor den staatlichen Instanzen; auf ihre wirksame Beeinflussung richtet sich darum auch die politische Aktivität der vielfältigen Gruppen und Organisationen einer pluralistischen Gesellschaft, die wir den Verbände- und Parteienstaat nennen.

Aus unserer bisherigen Analyse lassen sich zwei parallele, miteinander verbundene Tendenzen festhalten:

1. Die Staatstätigkeit hat an Umfang außerordentlich zugenommen; damit verbunden ist auch die außerordentliche Steuer- und Aufgabenlast, die der moderne Wohlfahrtsstaat seinen Bürgern aufbürdet, um die von ihm übernommenen Funktionen erfüllen zu können.
2. Im Rahmen der zahlreichen Funktionen, die der Staat für Wirtschaft und Gesellschaft heute erbringt, ist seine Macht auf die Befugnis zur verbindlichen rechtlichen Regelung dieser Probleme reduziert, im politischen Prozeß, der immer auch ein Machtprozeß zwischen ungleichen Partnern ist, muß er sie mit anderen teilen. So ist der Staat, um ein Bild zu gebrauchen, unförmiger und „dicker“ geworden, was durch das Phänomen der Bürokratisierung notwendig verstärkt wird, aber er hat nicht die Kraft und die Energie, selbständig zu entscheiden, sondern muß sich bei anderen Hilfe holen. Dieses Bild macht auch die heute so zeitgemäße Forderung verständlich, der Staat solle schlanker werden (lean state), er solle entschlacken, sich von dem Übergewicht, das ihn träge und schwerfällig macht, befreien und sich auf seine unentbehrlichen und notwendigen Funktionen beschränken.

Kurz: Aus dem in der Nachkriegszeit noch lebendigen Glauben an die Notwendigkeit und

---

<sup>3</sup> Carl Böhret: Der funktionale Staat, Frankfurt 1993, S. 15.



Fähigkeit der öffentlichen Hand, im Interesse der besseren und gerechteren Bedürfnisbefriedigung der Bürger auch wirtschaftlich tätig zu werden, ist vor Auslauf des 20. Jahrhunderts eine umgekehrte Situation entstanden; der intervenierende, wirtschaftende und vielfältige soziale Leistungen gewährende Staat steht am Pranger. Er sei zu teuer, was sich an der wachsenden Staatsquote des Bruttosozialprodukts, die bei uns bei etwa 50 Prozent liegt, auch demonstrieren läßt; er sei zu umständlich, da bürokratisch; ihm fehle der beflügelnde Geist des Wettbewerbs, der allein der Motor einer produktiven ökonomischen und sozialen Entwicklung sein könne. Unterstützt wird diese heute dominierende Geisteshaltung durch die politisch höchst einflußreichen und massiven Vertretungen der freien Wirtschaft, die sich stets von neuem von den Fesseln befreien wollen, die ihnen der Staat durch Steuern und angeblich hinderliche und umständliche Vorschriften anlegt. Es ist jedoch seit langem Brauch, auch in der deutschen Wirtschaft, an den gleichen, sonst verteufelten Staat zu appellieren, wenn bestimmte Wirtschaftszweige in Schwierigkeiten kommen, worauf sich eine mehr oder weniger große Subventionswirtschaft gründet, die auch dann beizubehalten versucht wird, wenn die Schwierigkeiten, die zu ihrer Entstehung geführt haben, überwunden sind.

Zu der kritischen Tendenz gegenüber dem sich mit immer neuen Funktionen ausstattenden modernen Staat gehört freilich auch, daß die Bürger eher geneigt sind, über die Lasten zu klagen, die er ihnen in Gestalt von Steuern und Abgaben aufbürdet, als die enormen Leistungen und Privilegien zu sehen und anzuerkennen, die er verteilt. Jede Änderung dieser Verteilung – wir können es täglich in den Zeitungen lesen – wird dann mit allen verfügbaren politischen Mitteln bekämpft, so daß der verteilende und umverteilende Sozialstaat schließlich in den Augen zahlreicher Bürger als ein Monstrum erscheint, das ihnen entweder zuviel abverlangt oder zuwenig gibt. Dies ist die Situation, in der wir uns heute befinden. Sie wird in vielen Artikeln und Kolloquien diskutiert, weil die Bürger ganz offensichtlich auch mit dem relativ besten und reichsten Wohlfahrtsstaat, den wir je in unserer Geschichte hatten, nicht so recht zufrieden sind. Man klagt auf Seiten der Politiker über den Mangel an Gemeinsinn, man beschwört die Tugend der Solidarität, ohne sie jedoch wirksam in den Köpfen und im Verhalten der Menschen verankern zu können; man sucht, mehr oder weniger vergeblich oder im rein Verbalen verbleibend, nach den Ideen, Kräften und Mechanismen, die eine demokratische Gesellschaft zusammenzuhalten vermögen.

So ist die Forderung nach staatlicher Beschränkung oder gar nach Rückzug des Staates aus bestimmten Gesellschaftsbereichen zwar in der heutigen Diskussion durchaus populär, aber ihre Durchführung ist höchst umstritten und Mehrheiten für überzeugende neue Lösungen lassen sich schwer finden.

Schon im 19. Jahrhundert hat ein deutscher Nationalökonom ein Gesetz der wachsenden Staatsaufgaben formuliert. In der Tat haben sich die Aufgaben, die der Staat zu erfüllen hat und für die er mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden muß, im Laufe des 20. Jahrhunderts außerordentlich vermehrt. Betrug der Anteil der Staatsausgaben am gesamten Brutto-sozialprodukt in den 20er Jahren nur rund 20 %, so hatte sich die sogenannte Staatsquote im Jahre 1970 bereits nahezu verdoppelt und beträgt seit einigen Jahren über 50 %, aber dieses quantitative Wachstum der Staatsaufgaben und die damit verbundene laufende Steigerung der Staatsausgaben hat nicht dazu geführt, daß der Staat in seiner Organisation an Vitalität und Kraft zugenommen hat. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, daß er unter der Last seiner Aufgaben, die ihm vom Gesetzgeber und durch den Druck der Öffentlichkeit aufgebürdet werden, fast zusammenbricht. Zwar herrscht in der öffentlichen Diskussion über die Rolle des Staates nach wie vor die übliche Kritik an der Bürokratie des Staates sowie an den Versorgungsansprüchen derer, die ihm dienen, wozu auch die Politiker gehören, aber inzwischen hat sich weithin die Überzeugung durchgesetzt, daß es neben den Bemühungen um eine gewisse Entbürokratisierung besser wäre, den Aufgabenbereich des Staates zu verringern, und solche öffentlichen Aufgaben, die besser und effizienter und manchmal sogar billiger von der Gesellschaft erfüllt werden können, aus der staatlichen Verantwortung zu entlassen. Dies ist ein Prozeß, der unter dem Stichwort Privatisierung und Deregulierung schon seit vielen Jahren im Gange ist und auch in der Bundesrepublik, wie etwa im Falle der Privatisierung der Bundesbahn und der Bundespost, auf der Tagesordnung steht. Ferner hat sich vor allem in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt, daß auch bei den traditionellen Aufgaben im Bereich der Infrastruktur und vor allem der wohlfahrtsstaatlichen Sicherung der heutige Staat an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit stößt, so daß Einschnitte und Veränderungen in diesen Bereichen notwendig werden, die von den einen als Umbau, von den anderen jedoch als Abbau des Sozialstaates bezeichnet werden. Ein Staat jedoch, der überfordert ist, der nicht mehr zu leisten vermag, was die Bürger von ihm erwarten, ist ein schwacher Staat.

Dabei spielt in wachsendem Maße eine Problematik eine Rolle, die erst in den letzten Jahren in das öffentliche Bewußtsein getreten ist, nämlich die Verpflichtung des Staates, die Menschen vor den Risiken der technologischen Entwicklung zu schützen, wofür die Atomkraft und die mit ihr verbundene potentielle Gefährdung nur das sinnfälligste Beispiel ist. Der technische Fortschritt ist einerseits zwar der Motor der zivilisatorischen und wirtschaftlichen Entwicklung, aber er ist zugleich ein großer Risikofaktor, und der Staat ist verpflichtet, dieses Risiko ernst zu nehmen und, soweit möglich, präventiv zu handeln. Aber gerade bei den zivilisatorischen Risiken, etwa bei der Umweltverschmutzung, zeigt sich, daß der Nationalstaat als Handlungsorgan unfähig ist, in eigener Kraft die möglichen Risiken einzugrenzen, denn diese Gefahren lassen sich nicht innerhalb der staatlichen Grenzen abwehren, sondern bedürfen der internationalen Zusammenarbeit und einer über den Einzelstaat hinausgehenden Kooperation. Die Reaktorkatastrophe



von Tschernobyl hat allen deutlich vor Augen geführt, daß die Bedrohung nicht vor den jeweiligen nationalen Grenzen halt macht, so daß der Nationalstaat als solcher nicht von sich aus in der Lage ist, die mit der Entwicklung der modernen Technologie entstehenden Risiken wirksam zu kontrollieren. Wenn man verfolgt, wie wenig ergiebig die Bemühungen der internationalen Organisationen sind, bei den großen Umwelt- und Klimakonferenzen zu Ergebnissen zu kommen, die geeignet sind, die Risiken wirksam zu vermindern, dann kann man ersehen, wie ohnmächtig der Einzelstaat ist, wenn es darum geht, im Interesse des Schutzes der Menschen zu wirksamen internationalen Vereinbarungen zu kommen. Der einzelne Staat und damit seine Regierung und sein Parlament sind also relativ ohnmächtig, wenn es um die Abwehr zivilisatorischer Risiken geht, da sie über das Territorium des Staates hinausreichen. Deshalb nimmt auch die Zahl der internationalen Organisationen, die sich dieser Fragen annehmen, zu.

Im Falle der Bundesrepublik ist es nicht zuletzt die Europäische Union, die zu einer starken Einbuße staatlicher Souveränität beiträgt, allerdings mit dem plausiblen Ziel, durch den europäischen Zusammenschluß die wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt der Länder Europas zu heben. Die Entwicklung geht dahin, daß der souveräne Nationalstaat immer mehr von seiner Souveränität an supranationale Institutionen oder zwischenstaatliche Organisationen abgibt, aber nach wie vor gehalten ist, das nationale Interesse im Rahmen dieser Organisationen zur Geltung zu bringen. Darum sind Fortschritte auf dieser Ebene außerordentlich schwer zu erreichen. In einem vor kurzem erschienenen Aufsatz hat der Journalist Herbert Riehl-Heyse<sup>4</sup> darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Europa eine „Diktatur der Bürokraten“ die Macht übernommen habe, daß wichtige Entscheidungen, wie etwa die jüngst diskutierte Frage des gebundenen Preises für Bücher und nicht zuletzt die Einführung des Euro ohne eine vorherige ausführliche demokratische Diskussion getroffen werden, daß letztendlich die europäischen Bürokraten in Brüssel oder die Abgesandten des Internationalen Währungsfonds wichtige Entscheidungen für ein Land treffen, ohne daß, wie es sich in einer Demokratie gehört, darüber eine ausführliche öffentliche Diskussion stattfindet.<sup>5</sup>

Fazit: Dank der internationalen Verflechtungen hat der Einzelstaat und damit auch der Staat der Bundesrepublik an Souveränität und damit an Machtbefugnis verloren. Er ist als Subjekt des politischen Handelns nicht mehr eindeutig und klar identifizierbar, und es lassen sich auch die politischen Entscheidungen, die die Gesellschaft und den Bürger berühren, nicht mehr ihm allein zurechnen, noch kann er für alles, was in einer Gesellschaft zum Problem wird, zur Verantwortung gezogen werden, obwohl dies immer wieder geschieht. Hinzu kommt, daß auch das gesellschaftliche Substrat des heutigen Staates, das Staatsvolk, immer weniger homogen ist. Wir haben

---

<sup>4</sup> Herbert Riehl-Heyse, Süddeutsche Zeitung vom 24./25.1.1998.

<sup>5</sup> Vgl. dazu auch R. Saul: Der Markt frißt seine Kinder. Wider die Ökonomisierung der Gesellschaft, Frankfurt 1997.

es mit einer zunehmenden Vielfalt von kulturellen Lebensformen zu tun; die Zahl der ethnischen Gruppen in einer Gesellschaft nimmt zu und mit ihr die verschiedenen Konfessionen und Weltbilder sozialer Gruppen, die deshalb auch ganz verschiedene Ansprüche und Erwartungen an den Staat und die Politik richten.

Für die heutige Problemlage noch wichtiger ist der Umstand, daß neben dem Schwinden der äußeren Souveränität des Staates im Bereich der internationalen Beziehungen auch die innere Souveränität des Staates im Abnehmen begriffen ist, das heißt seine Fähigkeit, aus eigener Machtvollkommenheit die ihm zugewachsenen Aufgaben zu erfüllen. Es geht hier um das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und damit auch um die Frage, ob die Politik sich primär auf staatliches Handeln bezieht und darauf beschränkt, oder ob sie einen sehr viel weiteren Radius besitzt, nämlich von der Gesellschaft und den in ihr gewachsenen Machtbeziehungen aus staatliches Handeln prägt und bestimmt. Das Thema ist keineswegs neu. Während die traditionelle deutsche Staatslehre von einer klaren Trennung zwischen Staat und Gesellschaft ausging und dem Staat die Aufgabe zuwies, das gesellschaftliche Leben zu ordnen und zu gestalten, war in Deutschland mit der Entstehung der ersten deutschen Demokratie der Weimarer Republik die Verzahnung und Verbindung von Staat und Gesellschaft das große neue Thema der Staatstheorie. Es konnte entweder im Sinne des autoritären, über der Gesellschaft stehenden Staates gelöst werden, der sich im 20. Jahrhundert in den totalitären Staat verwandelte, oder im Sinne einer demokratischen Durchdringung des Staates unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Organisationen in den politischen Prozeß. Dies nennt man den pluralistischen Staat, einen Staat, dessen politische Willensbildung aus einem freien Prozeß der Artikulation und Wahrnehmung von gesellschaftlichen Interessen hervorgeht, die mittels der politischen Parteien als den Zwischengliedern von Staat und Gesellschaft in staatliches Handeln transformiert werden. Die Wissenschaft hat eine Reihe von Namen für den seiner inneren Souveränität entkleideten Staat vorgeschlagen, so etwa „polyzentrischer Staat“ oder „verhandelnder Staat“ oder „kooperativer Staat“. Alle diese Bezeichnungen verweisen auf die Tatsache, daß Staat und Gesellschaft einander durchdringen, daß der Staat zwar letzten Endes die Befugnis hat, die rechtlich verbindlichen Entscheidungen für eine Gesellschaft zu treffen, aber am Prozeß der Entscheidungsfindung die gesellschaftlichen Organisationen beteiligen muß: „Das heißt, daß der Staat ohne die Kooperationsbereitschaft gesellschaftlicher Akteure und ohne das Selbstorganisationspotential von privaten Organisationen überhaupt nicht mehr in der Lage wäre, die Vielzahl seiner Aufgaben zu erledigen. Unter den Bedingungen des modernen Vorsorgestaates kann die staatliche Politik gar nicht mehr souveräner Akt sein. Sie muß in Abstimmungen, Konsultationen, Beratungen, Verhandlungen-

gen zwischen staatlichen und privaten Akteuren formuliert und exekutiert werden. Die staatliche Souveränität [...] verflüchtigt sich in komplexe Politiknetzwerke.“<sup>6</sup>

Der Staat ist also eine enge Liaison mit den organisierten Interessen eingegangen, aus der er sich auch nicht mehr lösen kann, um mehr Macht zurückzugewinnen. Mit anderen Worten: Zum Bereich der Politik, über dessen Macht und Ohnmacht wir uns hier zu verständigen versuchen, gehören auch alle jene sozialen Organisationen, die im Interesse ihrer Mitglieder oder zumindest ihrer Funktionäre bestrebt sind, die Politik des Staates zu ihren Gunsten zu beeinflussen und den Staat dazu zu veranlassen, in der Richtung ihrer Interessen tätig zu werden. Es kommt also für die Politik eines demokratischen Staates darauf an, wie die Machtverhältnisse in der organisierten Gesellschaft beschaffen sind, weil diese weitgehend darüber entscheiden, wie die innerhalb der Staatsorganisation zu treffenden Entscheidungen ausfallen. Die gegenwärtige Problemlage der Bundesrepublik läßt sich zu einem Teil dadurch erklären, daß sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die auf die Politik einwirken, verändert haben. Die soziale Stabilität der Bundesrepublik beruhte weitgehend auf einem relativen Gleichgewicht der großen gesellschaftlichen Interessen, das heißt in erster Linie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und auf dem Umstand, daß der gesamtwirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik es erlaubte, die wirtschaftliche und soziale Situation der großen Mehrheit der Bürger sukzessive zu verbessern und die sozialstaatlichen Sicherungen immer weiter auszubauen. In dieser Hinsicht herrschte ein weittragender Konsens zwischen allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. Doch mittlerweile ist eine Situation eingetreten, in der mächtige Partner des gesellschaftlichen Machtprozesses es zum Zwecke der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland für richtig halten, die Idee des sozialen Ausgleichs und damit den bisherigen Konsens in Frage zu stellen und zu einer rücksichtsloseren Verteidigung der unternehmerischen Interessen überzugehen. Repräsentant dieser Politik ist der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel.

Die gesellschaftliche Machtverschiebung innerhalb der Bundesrepublik hängt mit einem weltweiten Prozeß zusammen, den man im allgemeinen als Globalisierung bezeichnet. Es ist dies eine Entwicklung, die nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums mit aller Macht eingesetzt hat und die Rahmenbedingungen sowie auch die Zielsetzungen der großen, wirtschaftlich potenten Unternehmen verändert hat. Auch ideologisch hat sich die Situation durch den Zerfall des Kommunismus und das Scheitern seiner Alternativideologie zum Kapitalismus weltweit verändert. Der liberale Kapitalismus mit seinem von sozialen Rücksichten weitgehend befreiten Erwerbs- und Machtstreben hat über alle Weltregionen hinweg seinen Siegeszug angetreten und den sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit, nämlich den vermittelnden Ideen von sozialer Marktwirtschaft, sozialem Ausgleich und mehr sozialer Gerechtigkeit mit Hilfe des technologischen Fortschritts, den Wind aus den Segeln genommen. Es zeigt sich, daß die Macht bestimmter

---

<sup>6</sup> *Edgar Grande*, in: *Modernisierung des Staates?* Baden-Baden 1997, S. 56.

gesellschaftlicher Interessen so groß und drückend geworden ist, daß ein unabhängiger politischer Wille des Staates sich dagegen nicht mehr behaupten kann. Der Staat muß Kompromisse mit den herrschenden gesellschaftlichen Mächten eingehen, wobei heute die Macht der Wirtschaft und ihrer Verbände wegen des Globalisierungsdrucks außerordentlich angewachsen ist. Dies hat einen einfachen, aber zwingenden Grund, nämlich die Abhängigkeit des Staates von der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie ist entscheidend für die Wohlfahrt der Bürger. Sie schafft die Voraussetzungen für einen guten, durchschnittlichen Lebensstandard; ihr Gedeihen und ihre Produktivität sind die wichtigste Voraussetzung dafür, daß der Staat in der Lage ist, das Nationalprodukt umzuverteilen, um ein gewisses Maß an Gerechtigkeit und damit den sozialstaatlichen Mindeststandard zu garantieren.

All dies ist in der bisherigen Form heute in Frage gestellt, denn für eine nationalorientierte Wirtschaftspolitik und eine ihr entsprechende Nationalökonomie fehlen im Zeitalter der Globalisierung die notwendigen Grundlagen. Die globalisierte Wirtschaft verselbständigt sich; sie sucht den an sie gerichteten nationalwirtschaftlichen Erwartungen der staatlichen Führung, z. B. Arbeitsplätze zu schaffen, auszuweichen; sie gehorcht nicht mehr den vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen oder will diese so verändert wissen, daß sie staatsunabhängig ihre eigenen Interessen verfolgen kann; ihr Ziel ist es nicht mehr, zum Allgemeinwohl einer Gesellschaft Wesentliches beizutragen, sondern vor allem an diejenigen zu denken, welche die Wirtschaft im Besitz haben. Ihnen soll es immer besser gehen. Es ist ein beunruhigendes Ergebnis der zeitgenössischen Debatte über den sogenannten Wertewandel, daß ein neuer Wert, nämlich das materielle Interesse der Aktienbesitzer, der sogenannte Shareholder value, der höchste Wert der kapitalistischen Unternehmenswirtschaft geworden ist. Das bleibt zwar nicht unwidersprochen, aber man hat nicht den Eindruck, daß etwa die wohlgemeinten Denkschriften der beiden Kirchen in der Bundesrepublik an diesem Trend viel zu ändern vermögen. Und da gibt es natürlich immer auch Autoren, die die Situation der Veränderung und des Umbruchs, in der wir zweifellos befangen sind, ins Positive umzudeuten versuchen, wie z. B. der Publizist Warnfried Dettling. „Der Wandel der privaten Beziehungen und die Veränderung der ökonomischen und sozialen Beziehungen müssen nicht Ende und Verfall, sie können auch die Chance für längst fällige neue Ideen und Modelle bedeuten, für eine neue Gründerzeit, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für die Zukunft rüstet [...] Um die globalen und gesellschaftlichen Veränderungen kreativ zu gestalten, brauchen Staat und Gesellschaft neue Leitbilder.“<sup>7</sup>

Sucht man nach solchen Leitbildern oder nach Entwürfen für eine erfolgreiche demokratische Politik unter den neuen Rahmenbedingungen der Globalisierung und Individualisierung, so ist die Ausbeute freilich eher kärglich und bietet wenig Neues. Da ist immerzu von der Civil-Society die Rede, die es zu gestalten gelte, von mehr direkter Demokratie, vor allem auf kommu-



naler und regionaler Ebene – selbst Europa soll daraus neue Kraft gewinnen –, von mehr Selbstverantwortung und Selbstgestaltung der Gesellschaft ohne die lastende Hand des Staates und seiner vielgeschmähten Bürokratie.

Die Idee der Zivilgesellschaft verlangt den verantwortlichen, das Allgemeininteresse über das eigene Partikularinteresse stellenden Bürger, dem Solidarität und das Gemeinwohl wichtiger sind als unbeschränkte individuelle Selbstverwirklichung und materielle Interessen. Die politische Soziologie zeigt uns jedoch einen auffälligen Mangel an solidarischem Verhalten, eine ziemlich rücksichtslose Verteidigung von erworbenen Besitzständen, eine zunehmende Weigerung, entstehende Konflikte durch erträgliche Kompromisse, d. h. durch Konsens, zu überwinden. Nicht wenige Theoretiker vertreten sogar die Meinung, daß gerade die Bemühung um Konsens, die eine zutiefst politische Aufgabe in der Demokratie ist, uns in veralteten Strukturen festhalte, wo es doch gerade darum gehe, die mit der Globalisierung und verwandten Problemen aufgeworfenen Fragen mit neuen Methoden und Zielsetzungen zu beantworten. In der deutschen Diskussion sind es vor allem die Vertreter der Wirtschaft, die in ihrem Pochen auf die Verbesserung des Standortes Deutschland in der Weltwirtschaft der Idee des Konsenses abschwören möchten. Der Bundesbankpräsident z. B. sieht den Grund für die Verabschiedung der Konsensdemokratie in der mangelnden Flexibilität des Systems: „Der Konsens neigt dazu, Bestehendes festzuschreiben und sich nicht neuen Herausforderungen zu stellen.“ Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, hat sogar gefordert, Schluß mit der „Konsenssoße“ oder „-sülze“ zu machen. Nun kann man gewiß darüber streiten, ob die Gesellschaft der Bundesrepublik tatsächlich eine so einheitlich auf Konsens bedachte Gesellschaft ist, wie dies unterstellt wird. Schließlich gibt es in unserem Land ja miteinander konkurrierende Parteien, die keineswegs die gleichen Ziele verfolgen, ganz abgesehen von einer vielfältigen öffentlichen Meinung, die in bezug auf das, was wirtschaftlich, politisch und sozial geschehen soll, alles andere als einig ist. Der Angriff der Wirtschaftsführer auf die Konsensgesellschaft hat natürlich den einen, wenn auch nicht offen proklamierten Zweck: er soll die in der Bundesrepublik bis heute weithin vorherrschende Tradition der fairen Kompromißbildung in der Tarif- und Sozialpolitik in Frage stellen. Diese Fähigkeit zum Kompromiß zwischen den Sozialpartnern war in der Tat ein Markenzeichen in der Entwicklung der Industriegesellschaft der Bundesrepublik, aber, so wird von Seiten der Wirtschaft behauptet, im Zeitalter der Globalisierung sei die bisher vorwiegend praktizierte Politik des sozialen Ausgleichs und der Konsensfindung nicht mehr geeignet, die anstehenden Probleme zu lösen, um Deutschland wieder zu einem Wirtschaftsstandort ersten Ranges zu machen.

---

<sup>7</sup> Warnfried Dettling: Herausforderungen für die Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, Manuskript, S. 8.

Diese Linie wird flankiert von theoretischen Überlegungen, die nachzuweisen versuchen, daß Demokratie und Marktwirtschaft, die in der Bundesrepublik angeblich eine so glückliche Liaison gebildet hätten, in Wirklichkeit nicht miteinander vereinbar wären, daß vielmehr die Marktwirtschaft und das ihr korrespondierende global gewordene Konkurrenzprinzip in einem prinzipiellen Gegensatz zur demokratischen Idee der Gleichheit ständen, daß jedenfalls von einem harmonischen Verhältnis zwischen Demokratie und Marktwirtschaft nicht gesprochen werden könnte, obwohl unsere Politiker beides nach wie vor für vereinbar halten und die positive Entwicklung der Bundesrepublik nicht zuletzt darin sehen, daß es ihr mit der frühen Einführung der Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard gelang, Wohlstand und demokratische Stabilität miteinander zu verbinden. Der Slogan hieß: Wohlstand für alle! Der konservative Publizist Konrad Adam hat in einem Artikel der FAZ vom 4. Januar 1997 die These vertreten, daß die Welt spätestens mit der historischen Wende des Jahres 1989 in eine Epoche eingetreten sei, in der die Chance der Gleichheit immer mehr schwinde und sich der durch die Wirtschaft stets von neuem geschaffenen Ungleichheit unterordnen müsse.<sup>8</sup> Der Autor sieht die Ursache für das Zurücktreten der faktischen Wirkung der demokratischen Gleichheitsidee in der realen Schwächung von zwei maßgeblichen Institutionen, die diese Idee vertreten hätten: der Kirchen einerseits, welche die Menschen vor Gott als Gleiche gesehen hätten, und des Staates andererseits, der zunächst ab dem 18. Jahrhundert die Gleichheit vor dem Gesetz, sodann mit dem Zeitalter der Demokratisierung die Realisierung von mehr materieller Gleichheit zu seiner politischen Maxime gemacht habe. Beide Instanzen, Kirche wie Staat, seien im neuen Zeitalter der Herrschaft der Wirtschaft in den Hintergrund gedrängt worden. Nicht die Politik, wie Napoleon geweissagt hatte, sondern die Wirtschaft, wie Walter Rathenau es betont hatte, sei das Schicksal. Der Sinn für Politik und Staatlichkeit sei insgesamt im Schwinden. Der Staat sei hinter der Wirtschaft an die zweite Stelle getreten und müsse heute erleben, daß seine Auflagen von der Industrie unterlaufen und seine Grenzen vom internationalen, d. h. globalen, Handel überspült würden.

Dies sind gewiß summarische Beobachtungen, aber sie verstärken die heute um sich greifende Überzeugung, daß die Ansprüche der Demokratie auf staatsbürgerliche Gleichheit und ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit sich nur schwer durchzusetzen vermögen gegenüber den Ansprüchen einer Wirtschaft, die sich den Zwängen der Globalisierung fügen muß, wenn sie sich im Weltmaßstab einigermaßen behaupten will. Konrad Adam formuliert folgende beunruhigende Prognose: „Es wird eine neue Gesellschaft entstehen, in der die alte Klage über die Ungleichheit der Menschen zwar nie verstummt, in der sie aber nichts mehr ausrichten kann, weil keiner da ist, der sie annimmt und verhandelt.“<sup>9</sup>

Dies sind sehr weitreichende Perspektiven, und sie verheißen für die Zukunft der Demokra-

---

<sup>8</sup> Vgl. *Konrad Adam*: Aber Gleichheit ist die größte unter ihnen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.1.1997.

<sup>9</sup> Ebd.



tie, in der die Gleichheit neben der Freiheit stets ein wichtiger Wert bleiben muß, nichts Gutes. Der moderne demokratische Staat hat aufgrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung, die mit dem Begriff der Globalisierung umschrieben wird, nicht mehr die Kraft und die Souveränität, die Dinge in seinem Bereich nach seinen Prinzipien und Vorstellungen zu ordnen. Er ist zur demokratisch organisierten Selbstbestimmung nur mehr begrenzt fähig, denn wichtige Vorgaben für sein Handeln, insbesondere die finanzielle und ökonomische Entwicklung, können durch ihn kaum mehr wirksam beeinflußt werden, er muß sich vielmehr diesen Gegebenheiten weitgehend anpassen.

Zur Zeit stehen wir mitten in den politischen Auseinandersetzungen über die notwendigen ökonomischen und sozialen Reformen, die es der Bundesrepublik auch weiterhin erlauben sollen, ein sozialer und demokratischer Staat im Sinne des Grundgesetzes zu sein. Auf keiner Seite des politischen Spektrums in unserer Demokratie wird bestritten, daß unsere Wirtschaft und Gesellschaft an einem kritischen Punkt ihrer Entwicklung angelangt sind. Dabei steht verständlicherweise die beunruhigende Zunahme der Massenarbeitslosigkeit im Vordergrund des politischen Interesses. Aber diese ist nur ein besonders greifbares, das Schicksal von Millionen Menschen berührendes Indiz, und der Streit um die Steuer- und Rentenreform sind nur die beiden momentan herausragenden Themen der politischen Auseinandersetzung, die jedoch durch eine Fülle anderer wichtiger Zukunftsfragen, wie z. B. der Rolle der Bildung und Wissenschaft oder der ökologischen Daseinssicherung ergänzt werden müssen. Bei diesen Auseinandersetzungen sehen wir, wie schwer unsere Demokratie sich dabei tut, konsensfähige Lösungen zu finden, die über die bisherige politische Praxis, die ja längst zum Problem geworden ist, tatsächlich hinausführen. Hier zeigt sich, wie stark in unserer Gesellschaft die Besitzverteidigungsinteressen sind, und es wird interessant sein zu beobachten, wie sich dieser notwendig gewordene Reformprozeß vollzieht und ob er überhaupt jene Wirkungen hervorbringt, die allgemein für notwendig gehalten werden. Die Formeln, mit denen diese Aufgabe umschrieben wird, liegen schon lange parat und sind keineswegs neu. Schon im Jahre 1983, als wir noch weit entfernt waren von den Herausforderungen der Globalisierung, wie wir sie heute erleben, hat der bedeutende Berliner Politologe Richard Löwenthal auf die Notwendigkeit ständiger Erneuerung des demokratischen Konsenses hingewiesen. Er schrieb: „Unser demokratischer Grundkonsens, der ein Produkt nicht einer langen Geschichte, sondern der Erfahrung einer prägenden Folge von Katastrophen und Wiederaufstieg ist, kann nicht durch bloße Beharrung bewahrt werden – er muß immer wieder von neuen Generationen gegenüber neuen Problemen erneuert werden, wenn er dauern soll.“<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Zitiert nach *Dieter Buhl*: Schluß mit der Harmonie, in: *Die Zeit* vom 7.2.1997.

Es gibt zur Zeit viele Gründe, skeptisch zu sein in bezug auf das schwierige Experiment der deutschen Demokratie, mit den Folgen der Globalisierung und der Verwandlung der Industriegesellschaft in einer Weise fertig zu werden, daß die einst so viel gerühmte Stabilität der deutschen Demokratie nicht darunter leidet. Vordergründig spricht einiges dafür, daß diese Stabilität vorerst noch erhalten bleibt. Es gibt, trotz der Massenarbeitslosigkeit, keine Anzeichen für eine politische Radikalisierung; es gibt das Beispiel anderer westlicher Demokratien wie etwa Holland oder Dänemark, die sich nicht ohne Erfolg bemühen, den Problemen, die mit den unseren durchaus vergleichbar sind, wirkungsvoll zu begegnen; es gibt bei aller Ratlosigkeit in vielen Einzelpunkten ein weithin verbreitetes Bewußtsein, daß etwas Einschneidendes geschehen muß und daß man die Dinge nicht einfach treiben lassen kann, auch daß sie sich nicht „aussitzen“ lassen; es gibt, trotz des verbreiteten Mißtrauens gegenüber den politischen Parteien und der politischen Klasse, in der deutschen Gesellschaft ein tragfähiges Fundament demokratischer Substanz und demokratischer politischer Kultur; es gibt darum auch keinen überzeugenden Grund, die Situation der Bundesrepublik heute mit der von Weimar zu vergleichen. Ich meine, daß auf diese demokratische politische Kultur bis zu einem gewissen Grade Verlaß ist, auch wenn die inneren Konflikte zunehmen und die von den demokratischen Organen zu treffenden Entscheidungen als nicht voll befriedigend erkannt werden sollten. So unbestreitbar es ist, daß die mit dem Stichwort Globalisierung verbundenen Herausforderungen an unser System eine Bewährungsprobe für unsere demokratische Ordnung darstellen, so wichtig ist es, daß wir diese Bewährungsprobe nicht allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehen und beurteilen, sondern auch als eine moralische und geistige Herausforderung begreifen, der wir uns stellen müssen. Denn die gegenwärtige Krise, die wir gewiß ernst nehmen, jedoch auch nicht übermäßig dramatisieren sollten, ist nicht allein von der Art, daß sie sich mit wirtschaftlichen Mitteln und ihrem Laissez-faire beheben läßt. Sie ist, und das macht ihre Bedeutung für die Erhaltung und Fortentwicklung unserer Demokratie aus, eine Herausforderung für eine menschenwürdige Politik. An diesem Maßstab müssen die Antworten auf diese Herausforderung gemessen werden. Macht in den Dienst dieser Politik zu stellen – sei es die des Staates, der politischen Parteien und der Interessenorganisationen – ist das Gebot der Stunde.



## **„Was sollen wir nur mit der Freiheit anfangen?“ Über politische Freiheit im Zeitalter der Globalisierung**

*Antonia Grunenberg*

„Was sollen wir nur mit der Freiheit anfangen?“ Die ironisch gemeinte Frage einer Kollegin aus jenen weltbewegenden Tagen um die Jahreswende 1989/90, in denen soviel vom Sieg der Freiheit die Rede war, hat eine seltsame Aktualität behalten. Mir scheint, als habe der Sieg der Freiheit ihr allmähliches Verschwinden erst gewahr werden lassen. Es gibt neuerdings eine Art populistischen Konsens, wonach die politische Verfassung des Gemeinwesens, letztlich die Demokratie selbst, nur das schmückende Beiwerk der rasenden Lokomotive Wirtschaft ist. Dieser Konsens ist bisher immer dann beschworen worden, wenn wirtschaftliche Krisen heraufzogen. Dann verlangten die Vertreter der Wirtschaft von Politikern und Bürgern, bei Fuß zu stehen und den Gürtel enger zu schnallen. Neu ist, daß nicht nur Wirtschaftsvertreter, sondern zunehmend auch Repräsentanten der Politik dem demokratischen Regelwerk nur noch funktionalen Wert beimessen und dies in einer Zeit, in der seine öffentliche Belebung vonnöten wäre.

Gesellschaft existiert in diesem Verständnis nur noch als Wirtschafts- und Sozialverband mit lästigem politischen Anhang. Es geht den Vertretern des neuen Aufbruchs nicht nur um das Abspecken von Lohnnebenkosten und um die „Verschlankung“ von Entscheidungswegen. Die Debatte greift das politische Gemeinwesen selbst an. In den öffentlichen Brandreden des Industriemanagers Olaf Henkel oder des Politikers Graf Lambsdorf und anderen zeigt sich eine Bereitschaft, Grundpfeiler der Demokratie als Manövriermasse in den beschleunigten Konkurrenzkampf um Weltmarktanteile einzubringen. Auf einmal erscheint der Föderalismus als Ursache des Stillstands; die Kontrollkompetenz des Parlaments wird öffentlich bezweifelt. Auch das Wahlrecht soll doch, bitteschön, geändert werden; es habe sich eben nicht bewährt. Überhaupt werden schnelle Entscheidungen gefordert, langwierige Streitkultur ist nicht mehr gefragt. Demokratie kostet zuviel Zeit. Das ist der vorherrschende Tenor.

Es geht hier, quasi hinter dem Rücken der Beteiligten, etwas vor sich, was des Verstehens bedarf. Die Politik ist ins Räderwerk der technologischen Beschleunigung geraten und findet keinen Halt mehr. Der Kaiser ist nackt, wo sind des Kaisers Kleider?

Der technologische Wandel, der unter dem Stichwort „Globalisierung“ seit ein paar Jahren – sei es angstvoll, sei es fortschrittsgewiß – thematisiert wird, zieht auch die demokratischen Regelwerke selbst in seinen Bann. Politische Freiheit im Zeitalter der Globalisierung meint Freiheit im Zeitalter der schnellen Information. Innerhalb von Sekundenschnelle ist es möglich, Börsen-



daten rund um die Welt zu schicken, Nachrichten weltweit auszutauschen. In Windeseile kann man sich Buchtitel aus der amerikanischen Kongreßbibliothek besorgen. In Null-Komma-Nichts sich über Reiseangebote oder billige Kredite informieren. Shopping per Internet wird zur Mode. Lieferung erfolgt frei Haus. Alles ist erreichbar. Man muß nur noch die Auswahl treffen.

Die globale Verfügbarkeit ist längst in die politische Sphäre eingedrungen. Selbstverständlich präsentiert sich der Bundestag, bieten sich die Parteien in der Bundesrepublik übers Internet an. Die Reden des amerikanischen Präsidenten Clinton an die Nation werden ebenso elektronisch verbreitet wie die Reden Bundeskanzler Kohls oder die neuesten Aktionen der Umweltorganisation „Greenpeace“.

Demokratie kommt live auf den Bildschirm, wenn Sie mir dieses Paradoxon gestatten. Das Internet verspricht nicht nur globale Verfügbarkeit von Informationen, sondern auch die globale Regelbarkeit von Gesellschaften. Mit glänzenden Augen schilderte mir ein Student während eines Seminars an einer amerikanischen Universität die Perspektive einer globalen Basisdemokratie, die sich, verbreitet von den Internet-Surfern aller Welt, wie ein Virus noch in die entlegensten Ecken der Welt ausbreite. In der Phantasie des Studenten lassen sich die Menschenrechtsbewegungen in China, Argentinien und Indonesien mühelos zu einer einzigen großen Demokratisierungswelle verbinden. Demokratie erscheint hier als logische Folge der weltweiten Information.

In der Tat ist die Freiheit der elektronischen Verbreitung von Informationen unaufhaltbar. Vergeblich versuchen chinesische Spezialisten im Auftrag von Partei und Regierung seit Jahren, elektronische Sperren in die heimischen Computer einzubauen, die ihre Bürger davon abhalten sollen, Zugang zu den Informationen der Welt zu erlangen. Es wird ihnen nicht gelingen. Doch die weltweite Verfügbarkeit von Nachrichten hat viele Facetten: Die elektronische Vernetzung schafft eine neue Offenheit; aber sie braucht keine Demokratie. Sie kommt auch ohne sie aus. Darauf hat unlängst der amerikanische Politikwissenschaftler Benjamin Barber hingewiesen.

Menschenrechtsgruppen arbeiten mit Datenbanken. Aber auch Terroristen haben sich in die weltweiten Informationsnetze eingeschaltet. Es gibt eine virtuelle neonazistische Internationale, die sich übers Netz ausbreitet. Die serbischen Tschetniks haben ihre Botschaften ebenso übers Internet verbreitet wie der mexikanische Revolutionsführer, Subcommandante Marcos, in Chiapas seine Kulturkritik am Imperialismus.

Die Bedingungen der Freiheit haben sich allmählich, fast unmerklich, verändert. Die technologische Revolution der Informationswege und Wirtschaftsströme unterläuft zunehmend die nationale Verfaßtheit der Gesellschaften, auf denen die Konstitution der Freiheit bisher beruhte. Dies ist die zweite große Veränderung im Gefolge der technologischen Revolution: der partielle Bedeutungsverlust der Nationalstaaten. Die Internationalisierung der Rechtsbeziehungen ist in

vollem Gange. Sie folgt der Entgrenzung der Wirtschaftsbeziehungen auf dem Fuße. Daß die großen westlichen Nationalstaaten, einst gegründet auf der Gleichrangigkeit von Staat, Nation, ja, auch Demokratie, als Folge der Verflechtung von transnationalen Finanz-, Technologie- und Wirtschaftsströmen hoheitliche Rechte verlieren – ja, um es deutlich zu sagen, ein Stück Souveränität verlieren – ist nur eine Seite der Entwicklung. Ich möchte nur erwähnen, wie schwierig es geworden ist, das nationale Steuermonopol auf globaler Ebene durchzusetzen; die Verteidigung wird innerhalb der militärischen Sicherheitssysteme nicht mehr nur national geplant; die Entgrenzung der Wirtschaftsströme und die Verflechtung der Währungen verstärken die Abhängigkeiten der Gesellschaften voneinander weltweit. Hierzulande ist man gewöhnt, dies eher positiv zu bewerten, weil ja das Menetekel des rassistischen deutschen Nationalismus noch immer an der Wand steht. Die Entnationalisierung erscheint so im deutschen Kontext als Befreiung vom Übel des Nationalismus. Aber das Bekenntnis zur Transnationalität hat eine Kehrseite: eine ganze Dimension des Gemeinwesens geht verloren. Die Revolution der Information schafft Ortlosigkeit. Politische Demokratie – in Ergänzung zu Wirtschaftsdemokratie – aber braucht einen Ort. Politische Freiheit braucht ein Innen und ein Außen, nicht im Sinne von nationaler Abgrenzung, sondern von öffentlicher Selbstvergewisserung des Gemeinwesens. Öffentliche Selbstvergewisserung zielt auf das Wechselspiel zwischen der Gleichheit der freien Gemeinwesen und ihrer kulturellen und historischen Verschiedenheit. Freie politische Gemeinwesen teilen untereinander die Grundlagen des Zusammenlebens der Bürger (vor allem eine freiheitliche Verfassung). Ihre Verschiedenheit, die dabei bestehen bleibt, ist jedoch nicht eine Quelle der Abgrenzung, sondern der Kommunikation und des Austauschs. Findet diese öffentliche Selbstvergewisserung über das Eigene und das Andere nicht statt, so läuft die politische Freiheit Gefahr, auf die Statur einer schönen Idee oder eines moralischen Appells zusammenzuschrumpfen. Schöne Ideen zitiert man bei Sonntagsreden (etwa im Sinne von „man müßte doch etwas tun“). Im Alltagsgeschäft von Politikern und Bürgern spielen sie nur eine marginale Rolle.

Es ist eine stille Erosion des politischen Freiheitshorizonts unserer Gesellschaft, die Besorgnis erregt. Sie benötigt keine totalitären Regime, weil sie die Elemente der Zerstörung schon in sich trägt. Sie geht einher mit der Reduzierung von Gesellschaft auf soziale und ökonomische Interessen. Die Ratio, die als Folge aus den Verbrechen und Katastrophen des II. Weltkriegs in fast allen westeuropäischen Ländern angewendet wurde, daß nämlich Demokratie auf wirtschaftlichem Wohlergehen und starken Institutionen beruhe, fordert jetzt, nach dem Verschwinden der alten Machtblöcke, ihren Tribut. Unmerklich ist verlorengegangen, daß das politische Gemeinwesen mehr ist als ein Ensemble von Interessengruppen zur Erlangung des eigenen Vorteils oder – die Kehrseite – eine Notgemeinschaft gegen die Unbillen des Marktes. Inzwischen greift der Schaden – wie Rostfraß – die Grundlagen an. Etwas ganz Wichtiges für das Überleben der westlichen Industriegesellschaften geht verloren: die Selbst-Erfahrung einer freien Bürgergesellschaft, die dem modernen Staat nicht nur als Empfängerin, sondern auch als Spenderin



gegenübertritt. Spenden bezieht sich hier nicht auf Steuern, auch nicht auf höhere Wahlbeteiligung, sondern auf den „Geist der Demokratie“, das öffentliche Selbstbewußtsein des Gemeinwesens. Der „Geist“ entsteht aus der Fähigkeit, sich öffentlich über Zwecke und Ziele des Gemeinwesens zu verständigen. Den „Geist“ wachzurufen beinhaltet die immer wieder erneuerte Stiftung von politischer Öffentlichkeit, aus der heraus politisches Handeln erst möglich wird.

Dieser Diskurs, dem Hannah Arendt in ihrem Werk seit den 40er Jahren entscheidende Impulse verlieh, ist gegenwärtig auf der politischen Ebene nur sporadisch vertreten; in der Hauptsache wird er wirtschaftlich oder sozial geführt. Dies aber führt zu einer paradoxen Situation: Einerseits kommt in Zeiten wie der jetzigen das alte Erbe der Staatsfixiertheit der Bürger verstärkt zum Tragen. Es hat sich inzwischen in eine mentale Abhängigkeit vom Staat als dem Versorger verwandelt. Andererseits wird im Zuge der Entgrenzung der Wirtschaft der Arbeitsmarkt derartig in Mitleidenschaft gezogen, daß die Fixierung auf den Versorger Staat geradezu vorprogrammiert ist. Allmählich gerät dabei in Vergessenheit, daß Politik nicht mit staatlicher Verwaltung und Fürsorge identisch ist. Es macht den Schaden nicht kleiner, daß dies nicht nur ein deutsches, sondern ein westliches Phänomen ist. In allen westlichen Ländern droht der „Geist der Demokratie“ zu schwinden, tendieren Staat und Wirtschaft dazu, das politische Gemeinwesen zu erdrücken, neigen die Bürger dazu, ihre Urteilsfähigkeit an Parteien und staatliche Institutionen abzugeben. In dem alten wie in dem neuen Deutschland tritt dies nur deshalb so krass zutage, weil hier kein fragloser historischer Fundus zur Verfügung steht, aus dem sich schöpfen ließe. Die notwendige Allgegenwart der deutschen Verbrechen im 20. Jahrhundert und des Holocaust haben einen historischen Fundus aus verständlichen Gründen bisher unmöglich gemacht. Dennoch fehlt die geschichtliche Verortung. So problematisch die französische Geschichtsfixiertheit auf die „grande nation“ der „grande révolution“ auch sein mag, es gibt dort seit der Französischen Revolution einen öffentlichen Bezug zum politischen Gemeinwesen, der weit über die Alltagsgeschäfte hinausgeht und Spuren einer selbständigen Bürgergesellschaft wachhält. Für wie pathetisch man Präsident Clintons „Reden an die Nation“ auch halten mag, der historische Brückenschlag zur Gründerzeit schafft einen symbolischen Raum, in dem sich die auseinander-treibende Gesellschaft zumindest für einen Moment wiederfinden kann. Die deutsche Republik hingegen hat sich einem geschichtslosen Pragmatismus verschrieben, der politische Ideen nur mehr für störend hält, weil er alles in funktionale Regelungsverfahren auflöst. Die Stillstellung der deutschen Geschichte hat eine Leerstelle im Selbstverständnis hinterlassen. Der westdeutsche Nachkriegskonsens, der auf der Gleichung gute Demokratie = florierende Wirtschaft + starke Institutionen beruhte, vertraute ausschließlich auf die Bindung des Demokratieverständnisses an die florierende Wirtschaft. Immer dann, wenn Strukturkrisen greifen, traten und treten tiefe Verunsicherungen auf, in denen sichtbar wird, was den Deutschen fehlt: Ein Verständnis von Gemeinwesen, das von selbstbewußten Bürgern getragen wird, die ihr Selbstbewußtsein nicht von der Hochkonjunktur abhängig machen. Das aber kann nur, wer über ein öffentliches histori-

sches Gedächtnis verfügt. Hierzulande wird Demokratie auf einen wirtschaftlichen und sozialen Zweckverband reduziert, der – wie in einem *Circulus vitiosus* – das Bedürfnis nach politischer Sinnstiftung immer wieder entstehen läßt, aber nicht stillen kann.

An einem Beispiel wird dies deutlich. Gegenwärtig wird viel darüber diskutiert, daß die Epoche der „Normalarbeitsbiographie“ zu Ende geht. Ganze Bevölkerungsgruppen werden aus dem Arbeitsprozeß ausgesondert. Patchworkbiographien treten an die Stelle des gesicherten beruflichen Werdegangs. Unsicherheit tritt auf, Proteste werden laut. Die Erfindung des neuen Bürgers aber, der sein Leben mutig und selbstvertrauend in die Hand nimmt, wie manche Politiker öffentlich fordern, wird ins Private abgeschoben, nach dem Motto: Es Sorge doch jeder bitte dafür, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen. Gewiß ist der Staat hier überfordert, so wie es auch die Gewerkschaften sind. Denn beide definieren die Anerkennung des Bürgers seit Beginn der Moderne über die Arbeit. Nur wer gut arbeitet, gilt öffentlich etwas; von dieser Maxime der protestantischen Ethik zehrt das öffentliche Selbstverständnis immer noch. Ein politisches Gemeinwesen, das den gegenwärtigen Strukturwandel überstehen will, müßte das Bürger-Sein hingegen vom Innehaben einer Arbeitsstelle trennen. Dies ist einmal deshalb notwendig, weil vielen Bürgern gegenwärtig nicht nur das politische, sondern auch das private Selbstbewußtsein abhandenzukommen droht. Der Verlust an privatem und öffentlichem Selbstvertrauen hindert die alten und neuen Bundesbürgerinnen und -bürger gegenwärtig daran, darüber nachzudenken, daß es auch noch um etwas anderes geht, als nur darum, den Gürtel enger zu schnallen und auf bessere Zeiten zu hoffen. Zum anderen ist diese Trennung die Voraussetzung für die Wiederentdeckung einer politischen Sphäre, die nicht nur Berufsfeld von Politikern ist.

Das Dilemma zeigt sich im kleinen wie im großen. Mit der Abschottung der Deutschen gegenüber dem politischen Diskurs über Europa, mit der selbstgewählten Reduzierung Europas aufs Wirtschaftliche, Soziale und Administrative wird eine Art permanentes europäisches Mißverständnis evoziert, das sich immer wieder erneuert. Die mangelnde deutsche Sensibilität gegenüber Vorbehalten der Franzosen, Engländer oder Italiener hat eben darin ihren Grund, daß hierzulande eine ganze Dimension des politischen Diskurses fehlt. Nicht nur aus französischen Intellektuellenkreisen, aber auch von dort, kommt die Kritik, die Deutschen pflegten einen „negativen Nationalismus“. Der Vorwurf spricht an, daß hierzulande etwas geleugnet wird, was doch – hinter dem Rücken der Beteiligten – noch weiterwirkt. Das Mißtrauen, das den Deutschen entgegenschlägt, richtet sich auf eine Leerstelle: Was verbirgt sich dahinter, so fragen sich die europäischen Nachbarn, wenn die Deutschen so bar jeder Nostalgie gen Europa steuern? Was motiviert deutsche Politiker, so eifrig für die Aufgabe jahrhundertealter nationaler Souveränitätsrechte zu plädieren? Warum begründen kluge Deutsche ihren Drang nach Europa mit Selbstverdächtigungen der Art: Die Deutschen müssen „eingebunden“ werden, sonst maßen sie sich über kurz oder lang wieder eine „Sonderrolle“ in Europa an? In den europäischen Nachbarstaaten



glaubt niemand ernsthaft daran, daß die Deutschen die Epoche des Nationalbewußtseins wirklich hinter sich gelassen hätten. Es ist das fehlende Bewußtsein des eigenen Ortes in Geschichte und Gegenwart, das die deutsche Republik als transnational erscheinen läßt: Es mangelt an einem Verständnishorizont, in dem sich Vergangenheit und Gegenwart begegnen könnten, um eben jenes historische Gedächtnis zu schaffen, in dem sich eine Bürgergesellschaft wiederfinden muß, und ohne das sie sich nicht etablieren kann. Gewiß, gewiß, es stand den Deutschen im Westen nach 1945 gut an, auf jegliche politische Symbolik zu verzichten. Umso besser stand es ihnen an, als im Osten Deutschlands auf die nationalsozialistische Symbolik nun die spätstalinistisch gefärbte, antifaschistische Staatssymbolik aufgepfropft wurde. Wie spiegelbildlich scheinen sich – von heute aus gesehen – der westdeutsche Pragmatismus und der ostdeutsche symbolträchtige Poststalinismus ergänzt zu haben. Beide Auswege sind jetzt verstellt. Seit 1989 müssen die Deutschen sagen, wes Geistes Kind sie sind und welches Profil sie sich geben wollen. Die Musterknabenrolle nimmt uns niemand mehr ab.

Immer wieder wird, so fast beschwörend von dem Historiker Christian Meier, auf das Problem verwiesen, daß es nach der Wiedergewinnung der vollen nationalen Souveränität 1990 auch um die öffentliche Präsentation der Republik geht, um ihren Platz in der Weltöffentlichkeit. Es ist eine politische Würde wiederzugewinnen, die auf der Fähigkeit beruht, öffentlich Scham über die Verbrechen des Nationalsozialismus anzuerkennen und dies in dem Bewußtsein tun zu können, der Verfassung der Freiheit verpflichtet zu sein. Was not tut, ist ein republikanischer Patriotismus, der Bescheidenheit mit Selbstbewußtsein verbindet. Aus dieser Fähigkeit könnte, um mit Charles de Montesquieu zu sprechen, jene „Ruhe des Gemüts“ erwachsen, als Republik Gleiche unter Gleichen zu sein.

Der Ausweg aus dem Dilemma ist noch nicht in Sicht. Sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen, wie Bundespräsident Herzog immer wieder gefordert hat, setzt voraus, daß man den Sumpf kennt und einen Schopf hat. Die Wiedergewinnung der Dimension eines politischen Gemeinwesens könnte aber, meines Erachtens, an folgender Problemlage ansetzen:

1. Die symbiotische Verwachsenheit des Sozialbürgers mit dem politischen Bürger muß aufgehoben werden; sonst wird immer mehr Menschen verwehrt, Bürger zu sein, wenn sie ihre Arbeit verlieren. Die subtile Diskriminierung derer, die aus dem Arbeitsnetz herausfallen, bedroht die Demokratie. Das politische Gemeinwesen muß unabhängiger vom wirtschaftlichen Interessenverband werden. Die Bürger hätten dann die Chance, sich als Teilnehmer eines politischen Gemeinwesens zu erfahren, selbst wenn ihnen ihre Arbeitsstelle abhanden gekommen ist.
2. Wenn denn die Diagnose stimmt, daß der Nationalstaat im Zuge der internationalen Verflechtung peu à peu an Bedeutung verliert, denn müßte der neue Bezugsrahmen eine politi-

sche Bürgergesellschaft sein, die ihr Selbstbewußtsein aus der Fähigkeit zur Stiftung der Freiheit zieht und nicht nur aus der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen. Die Bürger müßten sich vice versa von einem Staat emanzipieren, der sie beschützt, aber auch in ihren Fähigkeiten beschneidet. Die mentale Bindung an den Staat muß gelockert werden, denn sie stärkt Immobilismus und Bürokratie.

3. Eine europäische Bürgergesellschaft wird nicht als Super-Gesellschaft entstehen, die an die Stelle der alten nationalen Gesellschaften tritt. Ihr Sinn läge in einem symbolischen Brückenschlag über ein Netz von nationalen, transnationalen, aber auch regionalen Zusammenschlüssen. Gegenwärtig wird über den europäischen Agrarmarkt, über Finanzen und Rechtsprechung, Verteidigung und Sozialunion debattiert. Welche Konturen aber soll die politische Union haben? Eine deutsche Republik ohne politisches Profil ist keine Erleichterung, sondern eine Belastung für die europäische Vereinigung. Wann lernen wir endlich, daß 50 Jahre Erfahrung in Demokratie eine Fähigkeit ist, mit der man handlungsfähig ist? Die Schwierigkeit ist, daß diese Debatte nicht von Politikern geführt werden kann, die – ohne daß dies ihr persönliches Versagen wäre – auf die Statur von Verwaltungsbeamten zusammengeschrumpft sind. Die politische Klasse muß wieder lernen, zu lernen. Sie müßte sich dem politischen Diskurs öffnen und ihn suchen, statt ihn zu vermeiden, weil er Zeit kostet.
4. Eine solche Bürgergesellschaft muß sich europäisch verstehen, ohne daß sie ihre geschichtliche Eigenart, ihre kulturelle Besonderheit, ihr politisches Profil aufgibt. Nicht Uniformität der europäischen Gesellschaften ist gefragt, sondern Akzeptanz der Differenz. Der deutsch-französische Dualismus, das deutsch-englische Mißtrauen, die italienische Angst vor den starken Deutschen, ja, auch die deutschen Unsicherheiten müssen verstanden werden, damit sie in politisches Handeln umgesetzt werden können. Ohne ein je eigenes freiheitliches Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen gibt es keine Möglichkeit, einen gemeinsamen politischen Handlungsraum zu öffnen. Die Katastrophen des 20. Jahrhunderts sind eine europäische Erbmasse und keine nur deutsche.

Was not tut, ist ein neues Bürgerbewußtsein, das auf die Fähigkeit zur Stiftung von freiheitlichen Verfassungen vertraut, das die Vision eines Netzes von europäischen Bürgergesellschaften als Chance und nicht als Bedrohung empfindet – und das jenen technokratischen Funktionalisten eine Abfuhr erteilt, die in dem demokratischen Regelwerk eine Manövriermasse sehen. Dann würde jener so schwer verstehbare Satz von Hannah Arendt vielleicht wieder an Bedeutung gewinnen: „Der Sinn von Politik ist Freiheit.“



## **Die Kälte der Macht – Krise der Parteien und des Parlaments**

*Manfred Zach*

Ich gestatte mir, eine kleine Änderung am Titel meines Vortrags vorzunehmen. Es war sehr freundlich von den Veranstaltern, mit dem Rubrum „Die Kälte der Macht“ auf ein Buch hinzuweisen, das auch mir nicht unbekannt ist. Trotzdem erscheint es mir im Zusammenhang mit dem Thema, über das ich reden soll, noch verlockender, an das Motto des gestrigen Abends, den ich leider nicht miterleben konnte, anzuknüpfen.

Hören Sie also einige – zuweilen etwas polemische – Bemerkungen, frei nach dem Motto: „Scharf auf Harakiri im Tollhaus – die Krise der Parteien und des Parlaments“.

Wenn man sich überlegt, wer am besten über die Krise von Parteien Auskunft geben kann, stößt man unschwer auf die dauerkrisengestahlte FDP – jene Partei, die das Sprichwort verinnerlicht hat: Totgesagte regieren am längsten. Der Generalsekretär der FDP, Herr Westerwelle, hatte neulich in einer dieser inflationären Placebosendungen eine erstaunliche Erkenntnis parat: Die FDP, sagte er, sei gerade dabei, sich von einer *Funktionspartei* in eine *Programmpartei* zu wandeln.

Das ist nun in der Tat eine bemerkenswerte Aussage. Wer immer in der Vergangenheit geglaubt hat, die Liberalen aus inhaltlichen Gründen wählen zu sollen, muß feststellen, daß er seiner Zeit weit voraus war. Im letzten halben Jahrhundert hat die FDP nur mitgeholfen, das Land zu regieren. Jetzt will sie endlich wissen, warum.

Verzeihen Sie meine dem Ernst der Lage vielleicht nicht ganz angemessenen Bemerkungen. Aber es ist schwer, über den aktuellen Zustand der deutschen Parteienlandschaft *keine* Satire zu schreiben. Und das betrifft ja nicht nur das Häuflein mutierender Funktionsliberaler. Daß die SPD eine Art ostfriesischer Primaries braucht, um sich über ihren Kanzlerkandidaten schlüssig zu werden – man hätte ja zum Beispiel auch mal die eigenen Mitglieder fragen können –, ist genauso entlarvend wie die Tatsache, daß die Union im deutschen Herbst 1998 den Wählern einen Designatus vorzusetzen gedenkt, den viele in den eigenen Reihen lieber als Resignatus sähen. Aber darauf, was in Parteien unterhalb der medialen Reizschwelle gewünscht oder gedacht wird, kommt es schon lange nicht mehr an.

Bündnis 90/Die Grünen ausgenommen, hat das Volk in den Parteien so wenig zu sagen wie die Parteien dem Volk. Und darum sind unsere Altparteien so unsagbar langweilig geworden,



daß sich manche ernsthaft fragen, ob es sie überhaupt noch gibt. Es muß sie aber wohl noch geben, denn in den Medien tauchen sie zumindest vor Wahlterminen mit schöner Regelmäßigkeit auf – eine Art Fliegender Holländer auf Beutezug gegen harmlos vor dem Wind kreuzende Wechselwähler. Auch war vor kurzem in den Zeitungen zu lesen, daß die Mitgliederzahl der Parteien, die bayerische CSU selbstredend ausgenommen, kontinuierlich zurückgeht – also gibt es immerhin noch Parteibuchinhaber, die nicht verstorben, entlaufen oder wie unser Altbundespräsident wegen mangelnder Partei- und Beitragsdisziplin von der Computererfassung ausgeschlossen sind.

In derselben Zeitungsnotiz war übrigens auch zu lesen, daß sich die Deutschen von einem Austausch der regierenden Parteien mehrheitlich *keine* Besserung der Lage erhoffen – ein Zustand konfuzianischer Schicksalsergebenheit, der unserem ungestümen nordischen Wesen eigentlich fremd ist und zeigt, wohin Regierungskunst ein Volk führen kann. Aber auf diesen Punkt komme ich noch gesondert zu sprechen.

Es gibt die Parteien also noch, und es muß sie ja auch geben, weil ohne sie in einer Demokratie kein Staat zu machen ist. Artikel 21 des Grundgesetzes sagt, wie bekannt: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ *Wie* diese Mitwirkung zu geschehen hat, hat das Bundesverfassungsgericht, in dessen Dunstkreis – na, sagen wir besser Strahlenkranz – wir uns hier an diesem Ort bewegen, mehrfach schön und eindrucksvoll beschrieben: Vom Bürger zu den Staatsorganen hin sollen die Parteien einen fortwährenden, lebendigen Meinungsbildungsprozeß initiieren, und es soll im freien Spiel politischer Kräfte geschehen, aber auch in fester gesellschaftlicher Verankerung und, den Verfassungsrichtern besonders wichtig, mit gebührender Staatsferne.

Man ist versucht, an dieser Stelle in den Standardzwischenruf politischer Hinterbänkler „Hört, hört!“ auszubrechen. Aber so exotisch, wie sich diese Postulate heute ausnehmen, waren sie ja keineswegs immer. Die Älteren wissen noch sehr gut, welche Grundsatzdiskussionen und Richtungskämpfe es in der jungen Bundesrepublik z. B. um die Nato-Integrationspolitik Konrad Adenauers oder späterhin um Willy Brandts neue Ostpolitik gegeben hat – und das nicht nur in der Bevölkerung, sondern eben auch in und zwischen den Parteien. Parteiveteranen können sich sehr wohl erinnern, wie spannend der Weg der CDU vom antikapitalistischen Ahlener Programm zur sozialen Marktwirtschaft Erhardscher Prägung war, welcher ungeheuren Überzeugungsleistung Herbert Wehners es bedurfte, um das Godesberger Programm in der SPD konsensfähig zu machen und welchen Wellenschlag das Thesenpapier des Grafen Lambsdorff auslöste, mit dem das Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts eingeläutet wurde.

Où est le neige d'antan? Wo ist der Schnee vergangener Jahre? Gibt es heute keine Themen mehr, die groß genug sind, um in den Parteien Meinungsbeben zu erzeugen, die auch an der

Basis noch politseismographisch spürbar sind? Ist alles geregelt, alles paletti? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Vom Euro bis zur Massenarbeitslosigkeit, von der Megaverschuldung der öffentlichen Hand bis zur Zukunft unseres Sozialsystems, vom levantinischen Steuerdschungel bis zum Leviatan der Bürokratie, von neuen Bundesländern bis zu alten Vorurteilen: Wohin man blickt, eine Fülle von Problemen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen. Und, damit stets verbunden, drängende Fragen, auf die sie, die Bürger, von ihren gewählten Vertretern wenn schon keine Antwort, dann doch wenigstens die Bereitschaft zu ernsthaftem Anhören, Argumentieren und Abwägen erwarten.

Doch was wird ihnen statt dessen auf dem Markt medialer Eitelkeiten geboten? Eine Kakophonie tagespolitischer Statements der Damen und Herren Kanzler, Ministerpräsidenten, Minister, Parteivorsitzenden, Generalsekretäre, Fraktionsvorsitzenden, Spitzenkandidaten und Fastspitzenkandidaten, mit einem intellektuellen Verfallsdatum, das oft nicht weiter als bis zum nächsten Zeitungsgespräch reicht. Was da wer fordert und zurückweist, vorwirft und nachtritt, behauptet und dementiert, ist kein lösungsorientierter gesellschaftlicher Diskurs, sondern exhibitionistischer politischer Autismus. Mit einer lebendigen Parteienlandschaft hat es nichts, wirklich gar nichts zu tun.

Als autonome und bürgernahe Meinungsbildungsforen gibt es die Altparteien nun in der Tat nicht mehr. Sanft und von niemandem betrauert sind sie entschlafen. Statt dessen haben wir Parteiagenturen bekommen, die Parteiraion mit Staatsraion und res publica mit Public Relations verwechseln. Und die gerade volljährig gewordenen Grünen schicken sich, wenn nicht alles täuscht, an, denselben Weg zu gehen und ihr programmatisches Gewissen einer wie immer gearbeteten normativen Kraft des Faktischen unterzuordnen. Im Garzweiler Braunkohleloch läßt sich ihre künftige Grablege bereits besichtigen.

Was ist da passiert? Wie konnten aus Mitgliederparteien, deren Stolz und Ehrgeiz es einmal war, sich möglichst breit in der Bevölkerung zu verankern, dröge Funktionärseliten ohne Bodenhaftung werden? Was machte aus Programmparteien, denen es um politische Wegweisung, wenn nicht gar um geistige Führung ging, einen Club von – ich zitiere Richard von Weizsäcker – „Generalisten mit dem Spezialwissen, wie man politische Gegner bekämpft“?

Ich biete, stichwortartig, vier Erklärungsvarianten an.

*Erstens:* Der lemminghafte, demoskopiegläubige Drang aller Parteizentralen zur „politischen Mitte“, wo angeblich Wahlen zu gewinnen sind, hat zur programmatischen Implosion der Parteien geführt. Mitte ist alles und nichts, jedenfalls dann, wenn man sie tagesopportunistisch und nicht ordnungspolitisch versteht, und genau das ist gängige politische Praxis. Der Begriff Ordnungspolitik spielte im politischen Wettbewerb einmal eine zentrale Rolle, an ihm schärfte sich

das Profil der Parteien. Heute hat er Anspruch auf einen ehrenvollen Platz im Fremdwörter-Duden.

*Zweitens:* Die Parteien haben verinnerlicht, daß zuviel programmatische Festlegung beim Bestreben, regieren oder wenigstens mitregieren zu wollen, schädlich ist. Absolute Mehrheiten lassen sich nur noch selten erreichen. Meist muß mit wechselnden Konstellationen regiert werden. Machtpolitisch macht es dann mehr Sinn, sich gegenüber den möglichen Partnern von morgen Optionen offenzuhalten, als vor der Wahl auf zu vielen Feldern eindeutig Position zu beziehen. Das mag zwar hier und da mehr Wählerstimmen bringen, versperrt aber möglicherweise den Weg auf die Regierungsbank. Cui bono – wem nützt es? – hieß es schon im alten Rom, und dort verstand man bekanntlich eine Menge von Machtpolitik.

*Drittens:* Eine überzogene, steuerfinanzierte Staats-Alimentation hat den Parteien den Druck und die Motivation genommen, sich draußen im Land um Mitglieder oder wenigstens um Sympathisanten bemühen zu müssen. Herrn Solms ist die Erkenntnis zu verdanken, daß nicht zahlenmäßige Schwindsucht, sondern Schlamperei beim Beantragen von Auszahlungsraten eine Partei an den Rand des Ruins führen kann. Wäre das Bundesverfassungsgericht bei seiner klaren Rechtsprechung von 1966 geblieben, wonach eine allgemeine staatliche Parteienfinanzierung unzulässig ist, bestünde noch eine gewisse Hoffnung, dem „Beutezug der Parteien gegen den Staat“ (wieder so ein degoutantes Wort Richard von Weizsäckers) irgendwann Einhalt gebieten zu können. Leider haben sich die Richter 1992 dem faktischen Verfassungsbruch, den die Politik 25 Jahre lang ungeniert betrieben hat, gebeugt. Statt 1 Milliarde dürfen sich die Parteien zwar jetzt nur noch 400 Millionen jährlich zuweisen – doch das ist immer noch viel zuviel, um ernsthaft in Konkurrenz um wählende Bürger und zahlende Mitglieder treten zu müssen.

*Viertens* schließlich: Die moderne Mediengesellschaft läßt innerparteiliche Programmdiskussionen als politisch inopportun erscheinen. Der Nachrichtenmarkt ist zu inhomogen und schnelllebig geworden, als daß am Ende langwieriger innerparteilicher Meinungsbildungsprozesse für die Parteiführungen noch nennenswerte Profilierungsgewinne stehen könnten, wie das in den fünfziger und sechziger Jahren der Fall gewesen ist. Heute muß die veröffentlichte Reaktion einer Handvoll Schlüsselmedien das Delegiertenvotum ersetzen. Das geht schneller und bindet weniger. Programmatische Auseinandersetzungen werden wegen ihrer unpopulären Streitoptik als Risiko betrachtet und daher, wenn möglich, beherzt abgewürgt. Das „ewige Geseiere“ nerve ihn, sagte der FDP-Landesvorsitzende Walther Döring neulich, als in seiner Partei ein paar Stimmen gegen den Kurs der Parteispitze laut wurden. Man erinnert sich: Die FDP hatte mal einen Theodor Heuss und einen Thomas Dehler in ihren Reihen. Herr Döring weiß das sicher – schließlich war er mal Lehrer für Geschichte.

Es wäre reizvoll und lohnend, die Ursachen für den krassen qualitativen Verödungsprozeß

der Parteien noch eingehender zu beleuchten. Da wäre dann zum Beispiel davon zu reden, daß an der Kasse offenbar doch die Ideen sterben und es leichter ist, neue Geschenke zu verteilen als für neue Gedanken zu werben. Ich muß es mir aus Zeitgründen versagen, um noch einige Anmerkungen zum zweiten Teil des Themas, der Krise des Parlaments, machen zu können.

Aus der Krise der Parteien folgt notwendig eine Krise des Parlamentarismus. Denn was sind Parlamente anderes als die ideellen, manchmal auch ideologischen Umschlaghäfen der Parteien? Den ungebundenen Volksvertreter, an den uns Artikel 38 des Grundgesetzes glauben machen will, gibt es sowenig wie den Weihnachtsmann, und es wäre kindlich, darüber in Tränen auszubrechen. Die Parteien besitzen nun mal das parlamentarische Politikmonopol, also wäre es vermessen zu verlangen, daß sie dieses Monopol ausgerechnet im Tempelbezirk der Politik nicht nutzen sollen.

Aber, und das ist der springende Punkt: sie sollten ihr Monopol so nutzen, daß sie ihrem verfassungsmäßigen Auftrag, den Willen des Volkes von unten nach oben zu mediatisieren, gerecht werden. Und eben das tun sie nicht. Den größten Teil einer Legislaturperiode arbeiten sie auf umgekehrte Weise, indem sie sich von einer Flut exekutiver Vorlagen und Vorgaben den Geschäftsgang diktieren lassen. Ministerielle Gesetzentwürfe werden zu Gesetzen, ministerielle Planentwürfe zu Plänen, große und kleine ministerielle Antworten auf große und kleine Abgeordneten-Anfragen zum unentbehrlichen Mengengerüst parlamentarischer Ausschußberatungen. Und weil bei den meisten Beratungen fähige Minister und fleißige Beamte dabeisitzen, die darüber wachen, daß alles seinen geregelten Gang geht, geht auch alles seinen geregelten Gang. Das Leitungs-Wasser fließt, wie es sich gehört, von oben nach unten und nicht etwa den Berg rauf.

Darum läßt sich ohne große Übertreibung feststellen, daß in der Verfassungspraxis Exekutive und Legislative die Plätze getauscht haben: Die Parlamente vollziehen, wenn auch nach eigenem Reglement und mit beträchtlichem rhetorischem Aufwand, was ihnen die Exekutive vorgibt, was diese nicht hindert, das Ergebnis dankbar zu quittieren und anschließend das zu tun, was sie ohnehin tun wollte.

Nun ist diese Erkenntnis weder neu, noch muß sie per se ein Unglück sein. Angesichts der komplexen Sachzwänge und der personellen Waffenungleichheit zwischen Regierungsapparaten einerseits und Parlamentsgeschäftsstellen andererseits wird es in modernen Staaten immer ein Übergewicht der Administration geben, und es ist allemal besser, deren Tun und Lassen parlamentarisch zu begleiten, als es völlig ungeschützt auf die Bürger loszulassen.

Das eigentliche Unglück ist, daß unseren Parlamenten darüber hinaus nichts einfällt, was wirklich originären, unverwechselbaren Charakter besitzt. Daß sie es nicht fertigbringen, eine politische Kultur zu erzeugen, die sich von der Verwaltungskultur qualitativ unterscheidet – sei es durch eine souveräne und offene Art, Dialoge zu führen, durch den Mut zu unkonventionellen



Ideen und stimulierenden Perspektiven oder durch noch anderes. Und das hat nun allerdings mit personellen Stärkeverhältnissen gar nichts zu tun, sondern es ist eine Frage des individuellen Ideenreichtums und des kollektiven Selbstverständnisses. Das mindeste wäre, sich stets bewußt zu bleiben, als Volksvertretung jede Art von Willfährigkeit gegenüber schabloniertem Vordenkertum weit von sich weisen zu müssen.

Genau an diesem Punkt zeigt und rächt sich die programmatische Austrocknung der Altparteien. Sie können – wohlgermerkt: ich rede von Parteien, nicht vom einzelnen Abgeordneten – sie können sich offenbar nichts anderes mehr vorstellen, als am Finanz- und Verwaltungstropf des Staates zu hängen und dessen Infusionen in den eigenen Kreislauf zu übernehmen. Sie sind entwöhnt, aus eigener Kraft zu leben. Sie haben den Staat verinnerlicht, und nun lebt er in ihnen und läßt sie nicht mehr los. In ihren Adern fließt mehr Tinte als Blut.

Das hat Folgen – nicht nur für die Arbeit von Parlamenten, sondern auch für ihr Ansehen, besser gesagt, für ihr Nicht-mehr-Ansehen in der Bevölkerung. Einer ipos-Umfrage vom Herbst letzten Jahres zufolge rangieren die Parteien inzwischen in der allgemeinen Wertschätzungs-Skala auf dem letzten Platz, noch hinter den Beamten – und das will was heißen. Aber so groß ist der Unterschied ja gar nicht mehr. Manche Volksvertretungen nehmen sich inzwischen aus wie ein freigestelltes Lehrerkollegium. Weil bei der Kandidatenkür oft nur noch Bewerber zu finden sind, die ihre Karriereplanung frühzeitig auf die beziehungsreiche Verquickung von Parteidienst und öffentlichem Dienst ausgerichtet haben, besitzen Seiteneinsteiger nur noch geringe Nominierungschancen. Und überdies verspüren immer weniger Freiberufler und Mittelständler Lust, sich die zeitraubende und bürokratielastige Partei- und Parlamentsfron aufzuhalsen. Der Arbeiter als Parteiarbeiter ist ohnehin fast ausgestorben.

So reproduziert sich eine Demokratie, die zur Beamtokratie zu werden droht, von Wahl zu Wahl in immer neuer Re-Inkarnation fort, bis sie – ich spiele ein bißchen Orwell – eines Tages den Zustand unablässig geschäftig tuender Erstarrung erreicht haben wird – ein genau geregeltes Erfrieren in der Kälte der Macht, um diesen schönen Titel wenigstens einmal im Munde geführt zu haben.

Was tut bei alledem das Volk? Das ist von den vielen spannenden Fragen die spannendste. Volkes Stimme artikuliert sich ja nicht im Stil politologischer Oberseminare. Sie artikuliert sich bei tausend Gelegenheiten und an tausend Orten, in der Kaffeepause am Arbeitsplatz, beim Warten auf die U-Bahn, beim Kegelabend – und es spielt vieles hinein, was morgen schon wieder ganz anders sein kann. Selbst ein Vierer im Lotto oder der Sieg des KSC versöhnt mit manchem. Insofern ist es schwierig, Generalaussagen über Volkes Meinung zu treffen, und die Demoskopien mögen ihre Wahrsagekunst noch so sehr als Wissenschaft anpreisen, sie ist keine.

Ich habe als Regierungssprecher etliche Meinungsumfragen in Auftrag gegeben und auch

fest an sie geglaubt, bis ich eines Tages aus Übermut in das Repertoire von Standardfragen die Frage nach einem fiktiven Staatssekretär Hägele aufnehmen ließ. Er brachte es auf Anhieb auf eine Bekanntheitsquote von 20 % und war beliebter als die meisten Minister.

Um die Schwierigkeit wissend, Volkes Stimme und Stimmung zu interpretieren, wage ich es trotzdem, meine persönlichen Eindrücke aus vielen Gesprächen ein Stück weit zu verallgemeinern. Noch nie habe ich ein solches Maß an Parteienverdruß – was etwas anderes ist als Politikverdruß – und eine so brisante Mischung aus Gereiztheit und Ratlosigkeit erlebt. Ich kann mich nicht erinnern – selbst 1968 nicht, als die Große Koalition zu Ende ging und sogar Zahnärzte öffentlich bekundeten, erstmals SPD wählen zu wollen –, so viele sonst innerlich gefestigte Menschen getroffen zu haben, die schon beim ersten Bier auf den Tisch hauten und riefen, jetzt hätten sie aber endgültig die Nase voll und es sei höchste Zeit, eine neue Partei zu gründen. Und kaum je habe ich soviel spontane Leserresonanz erfahren wie vor kurzem auf einen Zeitschriftenartikel, in dem ich die unkeusche Frage stellte: „Ist die Politik noch zu retten?“

Mir scheint, da kommt mehr zum Vorschein als die landesübliche Politikerschelte. Hier fühlt sich, quer durch alle Schichten, ein nicht unerheblicher Teil unseres Volkes politisch verraten und verkauft. Dramatisch viele Wähler fühlen sich von ihren Repräsentanten im Stich gelassen, verwaist. Sie erkennen sich in den Parteien, wenn überhaupt, nur noch bruchstückhaft wieder, und von dem ewigen medialen Einerlei egomaner Personen und Parolen haben sie die Nase gestrichen voll. Wenn ihnen jetzt wieder, wie vor jeder Wahl, suggeriert wird, diesmal gehe es aber wirklich ums Ganze, um Volksschicksal und Jahrhundert-Richtungsentscheidung, dann glauben sie das schlicht nicht mehr, weil sie zu oft erlebt haben, daß sich nach Wahlen eben wenig oder gar nichts verändert hat. Der Wähler 1998 ist illusionslos bis zum Zynismus. Er schwankt zwischen Resignation und Frust, will heute überhaupt nicht mehr zur Wahl gehen, morgen denen da oben einen Denkkzettel verpassen wie noch nie, ohne aber auch sagen zu können, wie, am dritten Tag würde er am liebsten eine neue Partei gründen, um am vierten, so er etwas positiver gestimmt ist, es dann vielleicht doch noch mal mit den bisherigen Matadoren probieren zu wollen. Und alsbald wiederholt sich dasselbe Spiel.

Das ist eine sehr fragile Situation, die immer noch ausreichen mag, um sich über die nächste Bundestagswahl hinüber zu retten. Mit Sicherheit reicht sie aber nicht aus, um der neuen Regierung, wer immer sie bilden wird, eine verlässliche politische Basis für jene grundlegenden Reformen zu sichern, die dringend notwendig sind. Dazu ist mehr erforderlich: Die Rückgewinnung des Respekts vor der Politik. Wie und wodurch könnte sie gelingen?

Ich glaube, die wichtigste Botschaft, die jetzt von der Politik ausgehen muß, ist die Bereitschaft, sich selbst in den Reformprozeß einzubringen, der von der gesamten Gesellschaft verlangt wird. Wer als Politiker von der Wirtschaft Innovationen fordert – die sie im übrigen schon in



hohem Maße erbringt –, darf sich nicht mit der Abhaltung von Innovationskongressen begnügen. Er muß seine eigene politische Erneuerungsfähigkeit unter Beweis stellen. Wer Tarifpartnern mehr Flexibilität anempfiehlt, muß selbst zeigen, daß er sich veränderten Verhältnissen anzupassen vermag. Wer sich anschickt, die Besitzstände anderer anzugreifen – was unvermeidlich sein wird –, sollte zuvor die eigenen kritisch überprüft haben.

„Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit“, lautet ein Buchtitel Erhard Eppers. Das gilt für alle Parteien. Glaubwürdigkeit werden sie erst dann wieder erlangen, wenn sie sich den Bürgern stärker zuwenden als den staatlichen Institutionen. Und sie müssen es tun, denn es gibt politisch nichts Vordringlicheres, als wieder ein nach dem Graswurzelprinzip funktionierendes Parteiensystem zu installieren, das beim Bürger eine Art aufsuchender politischer Überzeugungsarbeit leistet. Dafür aber ist die faktische staatliche Vollalimentation der Parteien denkbar ungeeignet; ich halte sie für ein absolutes Verhängnis. Statt selbst Dienstleistungen am Bürger zu erbringen, werden die Parteien gegenwärtig dazu verleitet, in großem Stil Dienstleistungsderivate von Werbeagenturen, Meinungsforschungsinstituten und ähnlichen Schnickschnack zu kaufen und darüber ihren eigentlichen Adressaten, das Volk, zu vergessen. Eine angemessene Parteienfinanzierung braucht nicht über eine Unkostenpauschale für bescheiden geführte Wahlkämpfe hinauszugehen. Ich stelle die These auf, daß die Parteien argumentativ stärker auf dem Meinungsmarkt vertreten wären, wenn sie mit zehn Prozent ihrer jetzigen Etats auskommen müßten.

Ein Akt der Glaubwürdigkeit wäre es auch, die innerparteiliche Demokratie durch eine obligatorische Direktwahl von Kandidaten zu stärken. Das Unwesen der Listenvorspanne und Listenplatz-Reservierungen für die Parteiprominenz ist ein verzopfter Nepotismus, nichts weiter. Wenn überhaupt Reservierungen und Quotierungen, dann nicht für Altersjubilare, Titelträger und Proporzler, sondern für Frauen und Berufsgruppierungen, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören.

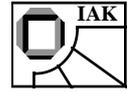
Und ich will mich nicht von diesem Podium verabschieden, ohne Ihnen meine Lieblingsidee offeriert zu haben, die, wie ich zugebe, auf den ersten Blick einigermaßen befremdlich wirkt. Ich hielte es für einen Akt der Wahrheit und Klarheit, die Legislaturperioden zu *verkürzen*. Vier oder gar fünf Jahre währende Amtszeiten sind angesichts des ungeheuren Wandlungstempos, dem unsere Gesellschaft unterworfen ist, ein schwer zu verkraftender Anachronismus. Er führt dazu, daß in jeder Legislaturperiode die Zahl der nicht einzulösenden Versprechungen wächst und viele Kurskorrekturen erfolgen, die vom ursprünglichen Wählervotum nicht mehr gedeckt werden. Warum sich dann nicht, beispielsweise nach zwei Jahren, offen und ehrlich einem erneuten Wahlgang stellen, der die in der Zwischenzeit geleistete Arbeit neu legitimiert oder aber sie verwirft?

Das Gegenargument, Wahlperioden müßten so lange dauern, um Kontinuität zu sichern, ist

absurd. Das einzige, was wir in Deutschland im Übermaß haben, ist politisches Beharrungsvermögen und verwaltungsmäßig abgestütztes „Weiter so“. Es zählt doch zu den großen Triumphen der 68er Bewegung, der ich selbst entstamme, daß sie es geschafft hat, Sitzblockaden zum offiziellen Regierungsinstrument zu machen! Und sage niemand, politische Sachverhalte seien so komplex, daß sie nicht in einem Zweijahreszeitraum entschieden werden könnten, wenn man es denn nur wollte. Es gibt kein großes gesellschaftliches Problem, von der Steuergerechtigkeit bis zur Rentendynamik, zu dem nicht bis ins Detail ausgearbeitete Referentenentwürfe und hochkarätige Sachverständigengutachten existieren. Wir sind umgeben von Experten, die unablässig Papiere produzieren, in denen steht, was geschehen müßte.

Der Politik mangelt es nicht am Wissen, sondern am Entscheidungsdruck, das, was getan werden müßte, auch zu tun. Es wird zuviel Zeit vergeudet mit Machterhaltungsspielchen, Profilierungsübungen, Medienspektakeln und wahlkampfbedingten Entscheidungsmoratorien. Öfter wählen zu lassen, hieße realistischere Planungen vornehmen, effizienter arbeiten, schneller entscheiden und gewissenhafter Rechnung legen zu müssen. Vor allem aber hieße es, dem Volk wieder einen Begriff davon zu geben, was es bedeutet, der Souverän des politischen Willens und Handelns zu sein.

Sie werden wahrscheinlich sagen, das alles seien Träume. Sie haben recht: Ja, es sind Träume. Aber wer nicht von besseren Zeiten zu träumen wagt, hat die Zukunft bereits verloren gegeben. Und dazu besteht, bei aller Kritik, denn doch kein Grund. Seit ich Herrn Westerwelle gehört habe, aus dessen Mund ein programmatisches Bekenntnis zu vernehmen ich nie gehofft hätte, bin ich mir dessen sogar ganz sicher.





## **Teil II: Aphoristische Betrachtungen**



## **Populismus contra Aufklärung – die Sicht einer Politikerin**

*Anke Martiny*

Wenn ich es richtig sehe, ist mein wesentlicher Part in dieser Diskussionsrunde, im Sinne der political correctness den weiblichen Farbtupfer beizusteuern, nach dem Planungsmenschen geradezu lechzen, wenn es an das Besetzen von Podien geht. Diese Rolle will ich auch gerne übernehmen, zumal ich als Germanistin, Geisteswissenschaftlerin, Intellektuelle mit achtzehn Jahren aktiver Politikerfahrung im Bundestag und in einer Landesregierung auch sonst noch Farbiges beizutragen habe. Unter anderem habe ich ein Buch geschrieben – „Kühle Gefühle zur Lage der Nation“ –, in dem Zusammenhänge behandelt werden, um die es in dieser Veranstaltung geht.

Eine Vorbemerkung zunächst zum geistigen Standort: Solange ich denken kann, war mein gedanklicher Ansatz, wenn es an das Erfassen von politischen Problemen ging, etwa mit dem Satz umschrieben „Das muß man aber ganz anders machen!“ Ein umstürzlerischer Ansatz gewissermaßen. Ganz in der Tradition meines Vorfahren Carl Friedrich Martiny, der als Abgeordneter des preußischen Wahlkreises Schlochau/Flatow im Paulskirchenparlament saß und sich als Mitglied der äußersten Linken am badischen Aufstand beteiligte und dafür neunzehn Monate ins Gefängnis mußte. (Das möchte ich wegen des Jubiläumsjahres von 1848 und wegen des badi-schen Lokalkolorits hier erwähnen.)

Ganz so schlimm war es bei mir nicht. Denn wenn ich dann tatsächlich mit der Lösung eines politischen Problems betraut war, ging ich eher reformistisch vor: „Man muß doch bitte folgendes bedenken ...“ „Man kann die Sache auch ganz anders sehen ...“ Also, der Volksaufstand ist meine Sache eher nicht, auch wenn ich mich zur Adenauerzeit schon als Schülerin gefragt habe, wofür ich denn wohl „auf die Barrikaden“ stiege. Das Bild hat mich immer beschäftigt. Zum Populismus bin ich leider herzlich unbegabt, meine Sache war und ist die Aufklärung. Deswegen möchte ich Sie auch vom Reiz und Charme der Aufklärung überzeugen.

Unser Thema ist wahrlich nicht neu. Schon im alten Rom hieß es, das Volk verlange „panem et circenses“. Und in Ciceros berühmten Reden, an denen wir uns alle im Lateinunterricht die Zähne ausbissen, läßt sich studieren, mit welchen rhetorischen Mitteln sich Populismus und Aufklärung sprachlich fassen lassen. Reiche Beispiele liefern auch Shakespeares Dramen, aber natürlich auch viele andere Autoren, unter anderem Bert Brecht.

Aber im Rahmen dieses Symposiums geht es weniger um antipodische Denkhaltungen als um eine fundamentale Gegensätzlichkeit im politischen Tagesgeschäft. Läßt sich sagen, der Populismus ist die Sprache der Macht, wohingegen Aufklärung sich mit der Macht nicht verbinden läßt? Eignet aufklärerisches Gedankengut und Handeln den Nicht-Mächtigen? Manche Beobachtung spricht dafür.

Aber ganz so einfach liegen die Dinge nicht. Man wird vielleicht sagen können, daß der Populismus als eine eher rechte politische Kraft wirkt, die den Machterhalt oder Machtgewinn anstrebt und hierfür alle kommunikativen und rhetorischen Mittel einsetzt – die „Propaganda“, die „Volksverdummung“, die „Halbwahrheit“, den „Appell an die niederen Instinkte“, die „Symbolhandlung“, wie auch immer wir die Tricks der Populisten nennen. Eines ist ganz klar: Vom Baby-kissing bis zur barbusigen Tanztruppe auf einem CDU-Parteitag oder dem Bayerischen Defiliermarsch bei der CSU kommt der Populismus immer saftig, knackig, sinnlich daher. Einen trockenen Populismus gibt es nicht. Populismus ist volkstümlich, oft derb, zeigt Witz und Humor, aber „knüppelt“ auch: Ein „Totschlag-Argument“ ist nicht aufklärerisch.

Mit der Aufklärung hingegen ist es wie mit dem Sozialismus: Sie bleibt eine „ständige Aufgabe“. Dergleichen vermittelt sich eher im Kopf als über die Sinne. Trocken muß sie deshalb nicht sein. Aber das Vergnügen an aufklärerischem Denken und Argumentieren ist eher ein intellektuelles. Auf die Schenkel schlagen wird sich niemand anlässlich eines gut gewählten Arguments. Aber es gibt dennoch wenig Vergnüglicheres als Lichtenbergs Sudelbücher oder Canettis Aphorismen oder auch Musils Entfaltung aufklärerischen Materials in seinem „Mann ohne Eigenschaften“.

Die drei Genannten bedienen sich hier übrigens einer sprachlichen Finesse, wie sie sich aufklärerischer kaum denken läßt: Sie benutzen zur Charakterisierung ihrer Gedankenwelt den *conjunctivus potentialis*. „Was wäre, wenn...“, „Gesetzt den Fall, daß...“ Musil erfindet den „Möglichkeitssinn“, seine Metapher für eine aufgeklärte bessere Welt, während rundum Kakaniens waltet. Heutzutage gerät der Konjunktiv generell ziemlich aus der Mode, Schülerinnen und Schüler beherrschen ihn schlecht.

Eine andere Form, Aufklärung sinnlich erfahrbar zu machen, ist das Absurde. Die Camus'sche Denkfigur ist der „Mythos des Sisyphos“. Aber Camus hatte Vorläufer. Mir ist Johann Nestroy besonders lieb, der dem Metternich'schen Regime auf seine Weise trotzte, indem er beispielsweise in seinem Volksstück „Freiheit in Krähwinkel“ den Ratsbeisitzer Schabenfeller, einen Kürschner, sagen läßt: „Mir wär d'Freiheit schon recht, wenn ich nur wüßt', ob dann die hiesige Nationalgarde Grenadiermützen kriegt“. Die Beispiele bei Nestroy sind Legion, die bezeugen, wie er Machtstrukturen sprachlich bricht, indem er sie ad absurdum führt.

Ähnlich wie bei Nestroy tut dies in vielerlei Weise in unserem Jahrhundert Oskar Maria

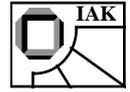
Graf, beispielsweise indem er in einem seiner bayerischen Kabinettstückchen den Gstödl-Sepp bei einer sozialdemokratischen Parteiversammlung 1918 im Münchner Mathäuser-Bräu aufspringen und in die Runde rufen läßt: „Mach ma hoit a Revoluzion, daß a Rua is...“

Die modernen aufklärerischen Volkskünstler sind die Spontis und die Sprayer. „Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“ ist einer ihrer sinnfälligsten Sprüche.

Das konträre Gegenüber von Populismus und Aufklärung ist heutzutage ohne Massenmedien nicht denkbar. Hier haben die Elemente der Aufklärung zunächst keine große Unterstützung, denn um aufzuklären, braucht man Raum und Zeit, und die werden nach den Marktgesetzen der Mediengesellschaft für Werbung und Konsum benötigt. Aufklärung in einer Minute zehn Sekunden? In einem Nachrichtenblock, der nach der Devise zusammengestellt ist „Does it sell“? In einem Zusammenhang, der nur stehende Bilder liefert? Daraus kann wenig werden.

Sicher kann man nicht generell sagen, daß alle Fernsehbilder lügen. Viele aber tun es. So wurde vor Jahren, als Klaus Töpfer noch Umweltminister war, einmal gefilmt und als Nachricht gesendet, wie Klaus Töpfer den Rhein durchschwimmt. Vom Beiboot begleitet sieht man ihn schwimmen, dann steigt er aus dem Wasser. Man erkennt: Es ist Klaus Töpfer, und er kann schwimmen; es ist der Rhein; in der Badehose ist der Mann nicht so pummelig, wie sein rundes Gesicht vermuten läßt.

Das Bild soll aber sagen, und darauf deutet der Kommentar hin: Der Rhein ist sauber, nicht nur Fische, auch Minister gedeihen darin prächtig. Eine verlogene Botschaft. Populismus statt Aufklärung. Unser Thema.



## **Populismus contra Aufklärung – die Sicht eines Filmwissenschaftlers**

*Gerd Albrecht*

„Populismus contra Aufklärung“ heißt das durch das Tagungsprogramm vorgegebene Thema. Also ein historisches Seminar? Denn genau diese Kontroverse ist bereits 1784 im Gange, als Kant den Text „Was ist Aufklärung?“ im 4. Heft der „Berlinischen Monatsschrift“<sup>1</sup> publiziert. Sie hatte schon vorher angefangen, als die Frage, was unter Aufklärung zu verstehen sei, im ersten Heft der neuen Zeitschrift<sup>2</sup> gestellt wurde. Moses Mendelssohn übrigens betonte an gleicher Stelle im September 1784<sup>3</sup>, daß es bei Aufklärung natürlich auch um Volksaufklärung gehe – ein Begriff, der später im Titel von Goebbels Ministerium wiederauftauchte.

„Populismus contra Aufklärung“: Gilt Popularität denn gar nichts? Natürlich möchte jeder den Kantischen Imperativ im Wortlaut zitieren, aber in der Fassung „Was du nicht willst, daß man dir tu’, das füg’ auch keinem andern zu!“ ist er gewiß sehr populär, aber auch sehr praktisch und praxisbezogen ausgedrückt. „Aufklärung contra Populismus“? Wenn Popularität dabei außer acht gelassen werden kann, wird die Gegenüberstellung nichts erbringen.

Populismus, sagen wir, ist immer etwas Negatives. Aber geht dies nicht in die Richtung, daß aufklärend immer ich bin und allenfalls populär, populistisch dagegen immer der andere ist und im minder schweren Falle „zu“ populär?

Daß nun ich als ein Mensch der Medien (nicht des Fernsehens und auch nicht unbedingt der schreibenden Zunft, denn mein Metier ist seit eh und je der Kinofilm und meine Kommunikationsform ist das Sprechen) dieses Raisonement über Macht und Ohnmacht der Politik eröffne, ist meines Erachtens nicht merkwürdig. Gerade in den Medien, in allen Medien stolpert man ständig über die Unmöglichkeit, Aufklärung und Populismus als sich ausschließende Alternativen zu denken oder zu verwirklichen – eine Unmöglichkeit, mit der die Medien ebenso leben müssen wie die Politik.

Und dieses Raisonement über die Ohnmacht und die Macht der Politik, dieses Nachdenken über ihre Ziele und Methoden kann doch wohl angesichts der Gegenüberstellung von Populismus

---

<sup>1</sup> Vgl. Berlinische Monatsschrift, H. 4, Dezember 1784.

<sup>2</sup> Vgl. ebd., H. 1, November 1783.

<sup>3</sup> Vgl. ebd., H. 3, September 1784.



und Aufklärung nicht der Maxime huldigen, der Zweck heilige jeweils das eine oder das andere Mittel! So einfach ist es mit dem „contra“ nicht, als ob bei Aufklärung und Populismus zwei Möglichkeiten gegeneinander antreten, von denen mal die eine, dann wieder die andere bevorzugt werden könnte!

Wo also stehen die Medien in diesem Beziehungsgeflecht? Beginnen wir bei einem naheliegenden Beispiel: Die Vulgata vom Ende des 4. Jahrhunderts nach Christus wurde doch nicht zufällig so benannt, sondern sollte tatsächlich eine Vulgarisierung sein. Die fremde griechische Sprache der Heiligen Schrift im Lateinischen zu verstehen, entsprang dem Konzept nach „Zugänglichkeit“ zur „Aktualität“ des „allseits Wichtigen“ im Medium der Sprache, der Schrift, später des Drucks und der Zeitung, schließlich auch der anderen Medien!

Wie sagt Luther? „Dem gemeinen Mann [...] auf das Maul sehen!“<sup>4</sup> Allerdings ist dies Verhalten nicht identisch mit der Vorgehensweise, wenn man „dem andern nach dem Munde redet“<sup>5</sup>. Aufklärung? Populismus? Das sind doch erst einmal Ziele, bei denen zu prüfen bleibt, mit welchen medialen (oder auch politischen) Mitteln man sie am besten verwirklicht. Und wenn uns die Nationalsozialisten das Wort „Volksaufklärung“ schon verleidet haben, so wird als Mittel die verständliche Sprache doch gewiß ihr Recht behalten dürfen!

Aufklärung? Wer klärt eigentlich wen dabei auf? Kant ist da sehr dezidiert: „Ich – mich!“ Meine Feigheit, meint er, meine Faulheit ist es, die mich daran hindert, von diesem meinem Kopf Gebrauch zu machen! Haben wir dieses Verständnis nicht schon längst und unter der Hand ungeheuerlich gewandelt? „Ich kläre Sie auf!“ Oder: „Sie klären mich auf!“ (Etwa: „Die“ Medien – „uns“? Oder: „Die Parteien“ – „uns“? Oder: „Wir“ – „alle anderen“?)

In seinem Reden über Aufklärung ist Kant überdies viel praxisnäher als wir. Er sagt: Der Universitätsprofessor kann publizieren, was er will und erkannt hat, und soll dies auch tun. Aber Kant, der Universitätsprofessor, fügt gleich hinzu: Der Universitätsprofessor hat im Hörsaal nur das vorzutragen, was der Staat zum Vortrag zuläßt! „Was ist Aufklärung?“ muß man da auch Kant fragen. Denn diese Rückbeziehung auf Kant wird zum Bumerang für unser eigenes Aufklärungsverständnis, wenn man bei ihm liest, daß der Theologe (oder Ideologe?) jedenfalls schreiben darf, was er über die Lehren der Kirche als falsch erkannt hat, aber innerhalb seiner Gemeinde das zu lehren hat, was kirchliche Lehre ist – gleichgültig, was er erkannt hat. (Da werden einem Medienmenschen die Unterschiede zwischen privater, öffentlicher und veröffentlichter Meinung bei einem selbst und bei Personen der Zeitgeschichte noch einmal aus ganz anderer Perspektive anschaulich!)

<sup>4</sup> *Martin Luther*: Sendbrief vom Dolmetschen; WA 30/2, S. 637.

<sup>5</sup> Vgl. *Röhrich*: Lexikon der sprichwörtlichen Redensarten, Stichwort „Mund“.

Was wird aus der Kantischen Aufklärung, aus der Mendelssohnschen Volksaufklärung, aus unseren radikalen Aufklärungskampagnen angesichts solcher Distinktionen?

Gibt es Populismus und Aufklärung eigentlich nur im Reden? Oder auch im Handeln? Zum Aufklären im Reden und Handeln muß man, das dürfte klar sein, die Worte und die Taten „durchsichtig“ machen, so „verfremden“ (in einer nicht erst von Brecht ge- oder er-fundenen Bedeutung), daß ihr „eigentlicher“ Sinn zum Vorschein kommt. Jeder im Kontext seiner sozialen Schicht, seines Berufs, seines Geschlechts, seiner Nation ist, wenn Aufklärung noch etwas meinen und vor allem bewirken soll, vor die Aufgabe gestellt, den Sinn seines Handelns auch im Blick auf die Ziele und Gründe zu vermitteln.

Das Thema „Aufklärung contra Populismus“ kann daher im Rahmen dieser Tagung keine Schuldzuweisungen rechtfertigen – weder an die Politiker und Politikerinnen, noch an „die“ Medien in allen fraglichen und fragwürdigen Formen, noch an die Männer, Frauen (und Kinder?), die in diesem Land wohnen. Denn der nicht nur am Stammtisch und bei Talk-Shows, sondern auch zwischen Politikern und politischen Parteien florierende Allerweltsspruch „Ich würde es anders machen als DIE!“ hat keinerlei aufklärerischen Wert. Vielmehr ist diese Kritik um der Kritik willen wohl ihrerseits populistisch, solange sie nicht den Sinn des eigenen gewollten oder durchgesetzten Handelns darlegen kann oder will. In diesem Sinne kann das Sagen, was der andere gern hören will, weil ihm „die Ohren danach jücken“ (Luther), schwerlich als aufklärerisch gelten. Wo ist die Kritik, die zur Aufklärung nun mal „gehört wie das Amen in der Kirche“, die im Kantschen Sinne uns selbst zum Gegenstand hat, uns selbst wenigstens mit einbezieht? Ehe dies nicht passiert, sind Schuldzuweisungen „billig“, weil effekthascherisch, aber nicht aufklärend.

Es stellt sich allerdings auch die Frage, ob es nur einen Populismus oder eine Aufklärungs-Intention der Agierenden gibt und nicht auch einen Aufklärungs- bzw. Populismus-Wunsch der Rezipierenden. Wer schreibt oder Sendungen macht, wer votiert oder Politik macht, „wie es die Leute, die Leser, die Wähler wollen“, scheint uns populistisch vorzugehen, und wer ihre besseren Ziele und Möglichkeiten sich zum Maßstab nimmt, scheint eher aufklärerisch zu verfahren. Aber wer ist hier Henne und wer Ei? Oder anders ausgedrückt: wer ist „prima causa“ dieses Handelns oder auch Redens?

Nur im Recht können die „Oberlehrer“ der Schulen wie der Nation doch nicht sein, die behaupten, sie dürften den Wissens- und den Wollens-Stand derer „mir nichts, dir nichts“ ignorieren, für die sie reden und entscheiden.

Wir ignorieren gern, wo wir es denn nicht übersehen können, daß es bei Aufklärung wie Populismus einen „circulus vitiosus“ gibt, der bei dieser Schlange, die sich selbst in den Schwanz beißt, die Feststellung erschwert, wo denn nun die Avantgarde und wo die Nachhut ist.



Noch einmal abschließend zurück zu den Medien, zu meinem eigentlichen Berufsfeld, dem Spielfilm – allerdings keine Beispiele aus jüngster Zeit, weil sie vielleicht zu wenig bekannt sind. Ist „Rossini – oder die mörderische Frage, wer mit wem schlief“ (Helmut Dietl, 1997) ein aufklärerischer Film? Er versteht sich so. Sind wir schon aufklärerisch, wenn und weil wir uns so verstehen? Oder wird sich uns demaleinst sein kritisches Potential enthüllen? Sind aus länger zurückliegenden Jahren die „Otto“-Filme oder „Loriot“-Filme aufklärerisch? Solche Fragen nach diesen zwei unterschiedlichen Gattungen erweisen schnell, daß es auch individuelle Erwartungsniveaus gibt, die nicht einfach übergangen werden können.

Alexander Kluge mit „Abschied von gestern“ (1966), Jean-Luc Godard mit „Weekend“ (1967), Luchino Visconti mit „Der Leopard“ (1962), Vittorio de Sica und der filmische Neoverismus Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg, aber, um ein ganz anderes Genre zu nennen, auch „Ninotschka“ (1939) oder „To Be Or Not To Be“ (1942) von Ernst Lubitsch – das waren (mit hunderten weiterer Beispiele) Marksteine der Aufklärung im Laufe der Filmgeschichte.

Die Entstehungszeit dieser Filme liegt nicht so weit zurück wie Kants Aufsatz „Was ist Aufklärung?“ Aber im Blick auf die mögliche Bedeutung für uns erscheinen sie vielen als antiquiert. Doch wie Kant mit seiner scheinbar antiquierten Unterscheidung von Forschungs-Publikation und Lehr-Vortrag eine Frage aufgreift, die auch noch heute politisch brisant ist, so sind auch diese Filme uns nur scheinbar fern, weil wir ihren aufklärerischen Elan, ihre empörte Wut über das „Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen“, ihre Attacken gegen diese „selbst verschuldete Unmündigkeit“ gar nicht mehr wahrnehmen.

Hoffnungsvoll stimmen einige Erfahrungen im Blick auf aufklärerische Möglichkeiten. Heinz Ehrhardt galt viele Jahre als Trottler der Nation, bis dann plötzlich die Programmkinos bzw. ihre Besucher das Aufklärerische in seinen Filmen entdeckten. So wurden sie zu sogenannten Fan-Filmen für diejenigen, die auf das Sehen und Verstehen von Filmen „geeicht“ sind. Ein anderes Beispiel: „Dick & Doof“ wurden, übrigens nur in Deutschland, zwei Schauspieler genannt. Dann wurden beide auch bei uns als „Stan & Laurel“ identifiziert und personifiziert. Ihre Filme, in denen man höchstens schenkelschlagend sich glaubte amüsieren zu können, enthüllten sich nun nicht nur als kunstvolle Parodien zweier Individuen, sondern erwiesen ihre Kraft, zur Selbsterkenntnis vieler Menschen, des Menschen beizutragen.

Aufklärung erweist sich hier als ein Potential, das schlummern kann und der Entdeckung bedarf, weil es sonst ungenutzt bleibt. Wie Kant schon sagte: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.“

## **Populismus contra Aufklärung – die Sicht eines Chefredakteurs**

*Gottfried Capell*

Wahrscheinlich wird von mir, als dem Chefredakteur einer Tageszeitung, Nachdenken, und zwar nach Möglichkeit selbstkritisches, über das eigene Medium erwartet. Ich will mich daher auch konsequent daran halten, das Thema Populismus contra Aufklärung auf die regionalen Tageszeitungen zu beziehen. Ich werde also nicht nur die elektronischen Medien, sondern auch andere Zeitungsgattungen, wie die Boulevardpresse auf der einen, oder die National Quality Papers auf der anderen Seite, weitgehend unberücksichtigt lassen. Ein paar Gemeinsamkeiten liegen ohnehin auf der Hand.

Der Berliner Tagesspiegel, im Kern eine Regionalzeitung, führt im Untertitel den lateinischen Satz: „Rerum cognoscere causas“. Es ist ein gewaltiger Anspruch, den Dingen immer auf den Grund gehen zu wollen, und er ist, ehrlich gesagt, überheblich. Mir gefällt das englische Wort „Newspaper“ ziemlich gut. Es sagt, womit es Zeitungen zu tun haben, nämlich mit Nachrichten und Neuigkeiten. Für Zeitungen sind nur Neuigkeiten auch Nachrichten, Nachrichten müssen Neues vermitteln. Das ist schon schwierig genug, denn wann sagt ein Politiker schon einmal etwas Neues. Wir werden im bevorstehenden Bundestagswahlkampf gar nicht anders können, als immer die gleichen Worte der Politiker wiederzugeben, deren Neuigkeitswert erstens selten und dann meist auch nur gering sein wird. Und wir werden nicht daran vorbeikommen, das Formelhafte der politischen Sprache nachzubeten, weil ja auch die politische Rede die Zusammenhänge komprimiert und verkürzt. Helmut Schmidt, der einmal wegen einer sehr plakativen, aber auch sehr verkürzten Aussage angegriffen wurde, antwortete dem Kritiker, er habe die „Kurzschrift“ seiner Rede nicht verstanden und interpretierte dann in einem 20-Minuten-Kolleg den einen Satz, den er gesprochen hatte. 20 Minuten! Meine Damen und Herren, der sogenannte normale Zeitungsleser, also nicht der Profi, beschäftigt sich mit seiner Tageszeitung im Durchschnitt etwa 27 Minuten.

Wenn ein intelligenter und redegewandter Mann wie Helmut Schmidt schon 20 Minuten braucht, um einen einzigen, relativ lapidaren Satz zu erläutern, können Sie sich vorstellen, wie schwer es für uns Journalisten ist, den Dingen wirklich „auf den Grund“ zu gehen. Ich mache übrigens darauf aufmerksam, daß die klassischen Nachrichtensendungen des Fernsehens, Tagesschau und Heute, so gut wie nie mehr als 15 Nachrichten (einschließlich Sport und Wetter) enthalten. Dies leistet eine Tageszeitung mühelos allein auf ihrer ersten Seite. Das Fernsehen muß



noch viel mehr als wir auswählen und komprimieren. Ein anderes kommt hinzu. Wir müssen die Leser dazu bringen, die von uns angebotenen Artikel zu lesen. Ein nicht gelesener Artikel ist mindestens genauso schlimm wie einer, der nicht geschrieben ist. Wir müssen also, wie es der langjährige Chefredakteur der Tageszeitung Die Welt, Herbert Kremp, einmal formulierte, die „Einflugschneise in das Hirn des Lesers finden“.

Das fängt mit der Überschrift an. Eine schlechte Überschrift läßt den Leser den ganzen Artikel ignorieren. So etwas kann man heute messen. Und wenn ich mit dem ersten Satz den Leser nicht einfange, wird er den zweiten gar nicht erst lesen. Es geht in den Zeitungen nicht nur um die hehre, die reine und lautere Wahrheit, sondern auch darum, die Nachricht an die Frau oder den Mann zu bringen. Tageszeitungen mit hochgeistigem Inhalt, die nur in den Archiven verschwinden, sind ein Widerspruch in sich selbst. Sie sind eine leichtverderbliche, kurzlebige Ware, und vor allem: sie sind eine Ware, sie wollen verkauft und gekauft werden. Journalisten sind Nachrichtenhändler, die für ihre Arbeit Geld bekommen. (Das gilt selbstverständlich auch für alle anderen Menschen, die an Herstellung und Vertrieb einer Zeitung beteiligt sind.) Waren unterliegen aber auch Einflüssen der Zeit. Das gedruckte Wort hat längst die Konkurrenz der akustischen und visuellen Medien zu ertragen. Man kann eine Zeitung heute nicht mehr so machen, wie den 1814 von Joseph Görres gegründeten Rheinischen Merkur. Regionale Tageszeitungen, wie etwa die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN), sind keine „Intelligenzblätter“, sondern Produkte, die sich an eine große Zahl von Kunden, sprich Lesern, wenden. Sie sind kommerzielle Unternehmen, die sich verkaufen müssen. Daß die verkaufte Ware – Nachrichten oder Informationen – etwas anderes ist und sich von anderen Produkten, wie Autoreifen oder Kosmetikartikeln, unterscheidet, macht die Sache allerdings schwierig. Es gibt nämlich auch den moralischen Anspruch, der uns oft regelrecht um die Ohren geschlagen wird, daß wir zum Beispiel der Wahrheit verpflichtet sind. Schon Pilatus wußte nicht so recht, was Wahrheit ist. Ich würde lieber formulieren, daß Journalisten sorgfältig und nach bestem Wissen berichten sollten. Ich halte Bescheidenheit, gerade auch bei Journalisten, für eine wichtige Tugend, die sich unter anderem darin äußert, daß Zeitungen zwar berichten, aber nicht Politik machen sollen. In dem Sinne halte ich übrigens die Redensart von der vierten Gewalt für eine schmeichelhafte, aber heftige Übertreibung.

Wenn Sie das alles berücksichtigen, werden Sie verstehen, daß ich für Regionalzeitungen, eigentlich für Zeitungen überhaupt, mit dem Begriff Populismus nicht so besonders glücklich bin. Populismus ist stets ein Bruder der Demagogie, also der Volksverführung. Zeitungen wollen niemanden verführen, sie machen keine Propaganda, sie wollen gelesen werden, und dazu suchen sie die Lesernähe.

Sie müssen darauf achten, daß der Leser versteht, was er liest – sonst liest er es erst gar nicht – und daß den Leser interessiert, was er liest, sonst liest er nämlich auch nicht. Das ist, mit einem

zugegebenermaßen geistigen Gut, ein Marktgeschehen, eine Sache von Angebot und Nachfrage. Da sich auf dem Markt auch die bunten Bilder des Fernsehens, vor allem auch des privaten, tummeln, hat das für das Zeitungsmachen Konsequenzen, die aber zum Beispiel die BNN in Grenzen zu halten trachten. Nur: Ein farbiges Bild auf der ersten Seite oder eine eingängige, griffige Überschrift müssen nicht populistisch sein. Sie haben einstweilen nicht einmal etwas mit Boulevardpresse zu tun. So vielgestaltig die Regionalpresse heute ist, und sie ist viel differenzierter als sie etwa vor zwanzig Jahren war, sie hat den Anspruch der Seriosität nicht aufgegeben. Schauen Sie sich die Stuttgarter oder die Badische Zeitung an. Diese Zeitungen haben, ähnlich wie wir, eine Meinung und ein Profil, aber sie sind nicht populistisch, sondern sie versuchen aufzuklären und zu erklären. In diesen Zeitungen und in Dutzenden anderen wird durchaus der Versuch gemacht, Zusammenhänge und Hintergründe aufzuhellen. Es ist unsere tägliche Arbeit, und die ist schwer genug, den Lesern mitzuteilen, worum es tatsächlich geht. Dies versuchen wir, über die reine Information hinaus, durch Hintergrundberichte, Reportagen, Features, und erst zuletzt auch durch Kommentare. Das können wir selbstverständlich nicht komplett und in allen Fällen, das können wir auch nicht täglich, und es liegt im Charakter einer Tageszeitung, daß dieses Bemühen immer etwas Vorläufiges hat. Unfehlbarkeitsansprüche gibt es schon gar nicht. In den BNN erscheinen selten Artikel, die länger sind als 150 Zeilen à 44 Anschläge. Wir wissen heute – ich sagte ja bereits, daß man so etwas messen kann –, daß schon eine solche Länge den Durchschnittsleser überfordert. Viele Zeitungen gehen zu kürzeren Komplexen über, versuchen dann aber, in drei Artikeln das gleiche Thema von drei verschiedenen Seiten zu beleuchten. Das ist dann alles etwas mundgerechter und etwas griffiger. Es wird von den Lesern als weniger ermüdend oder gar langweilig empfunden. Das ist aber letzten Endes eine Frage der Verpackung in einer sich verändernden Konsumwelt, die eben auch geistige Waren nicht ungeschoren läßt.

Ich glaube nach wie vor, daß die Zeitungen unseres Typs, die sich ziemlich eindeutig an ein in jeder Hinsicht mittelständisches Publikum wenden, populär sein wollen, aber keineswegs populistisch. Sie versuchen, die tägliche Informationsfülle, die bei den BNN allein 1.300 Nachrichten aus aller Welt umfaßt, und dabei handelt es sich nur um die Meldungen der Nachrichtenagenturen, zu bändigen und aufzubereiten. Hinzu kommen stapelweise Mitteilungen von Privatpersonen, Institutionen und Verbänden, und es kommt, vor allem im lokalen und regionalen Bereich, das dazu, was wir selber recherchieren und schreiben. Wir bemühen uns um Seriosität, wir hüten uns aber davor, „seriös“ mit „langweilig“ zu verwechseln. Seriosität bedeutet nach meiner Auffassung durchaus auch das Bemühen um Aufklärung von Sachverhalten, Erklärungen, Hintergründen und Zusammenhängen. Und ich finde, daß die deutsche Tagespresse diesem Anspruch gar nicht so schlecht gerecht wird. Allerdings sollen wir auch täglich der Tendenz zum allzu menschlichen Eigenlob widerstehen. „Rerum cognoscere causas“ ist in der Regel ein zu hoher Anspruch. Daran hebt sich ein Journalist, um stilgerecht aus dem Bild zu fallen, meist einen Bruch.



## **Populismus contra Aufklärung – die Sicht eines Kulturpolitikers**

*Olaf Schwencke*

Am Ende eines Jahrhunderts, ja eines Jahrtausends sogar, mehren sich insbesondere in den Medien die Stimmen der Apokalyptiker jedwelcher Art – künftiges Unheil verkündigend: Da ist die Rede vom „Ende der Geschichte“, vom „Ende der Arbeit“, dem „Ende der Kunst und der Natur“ und dem „Ende der Zuversicht“. Schließlich bezichtigt uns der Karlsruher Philosoph Peter Sloterdijk alle der Teilnahme an einer „Selbstmörderparty“, nachdem sein amerikanischer Kollege Huntington uns bekanntlich den „Clash of Civilizations“ alsbald prophezeite!

Fin-de-Siècle-Stimmung allüberall.

Die der Politik attestierte „Ohnmacht“ – vor Jahren sprach man schon von der „Unregierbarkeit“ – avancierte gewissermaßen zum Oberbegriff derartigen Denkens! Ist es, abgesehen mal vom politischen Feuilleton, angezeigt, so zu reden? Populismus contra Aufklärung: Ist das wirklich die entscheidende Frage?

Keiner wird einem „Populismus“ hier bei den *Karlsruher Gesprächen* das Wort reden; auch ich selbstverständlich nicht. Wer stände nicht, allemal verbal, auf Seiten der Aufklärer! Populismus – das verwerfliche Falsche – und Aufklärung – das angezeigte Richtige? Böse Macht contra guten Geist? Machtgier gegen Humanität? Werteverfall contra Wertebewußtsein?

So einfach kann man sicherlich nicht kategorisieren. Sehen wir also genauer hin: Sind die jeweiligen Ränder von Populismus und Aufklärung wirklich so deutlich markiert? Wo beginnen, wenn wir auf das politische und gesellschaftliche Geschehen unserer Tage blicken, Populismus einerseits und Aufklärung andererseits?

Lassen Sie mich aus dem aktuellen Bereich des Politik-Geschehens an drei „Fallbeispielen“ von „(Ohn)Macht der Politik“ demonstrieren, wofür ich den Blick zu schärfen versuche: Populismus und Aufklärung!

In der Bevölkerung wachsen die Bedenken, in den letzten Monaten immer stärker, gegen den EURO, die künftige gemeinsame europäische Währung. Was tut „die Politik“? Keine Partei von parlamentarischer Bedeutung springt, ebensowenig wie „die Politiker“ (abgesehen von wenigen Hinterbänkern), auf diesen populären Zug. Populismus contra Aufklärung? Auch wenn man sich



mehr Aufklärung über den EURO gewünscht hätte, die sicherlich manche Verwirrungen verhindert hätte, kann man doch nicht sagen, daß die Politik „populistisch“ – wenngleich anfangs einige Politiker dazu durchaus geneigt waren – darauf reagiert hat.

Ein weiteres Beispiel: Seriöse Befragungen, sowohl in Berlin als auch im übrigen Bundesgebiet, haben erbracht, daß die Zustimmung der Leute für ein zentrales Holocaust-Denkmal in Berlin immer geringer geworden ist; Reaktionen wie „Muß das sein?“, „Haben wir nicht schon genug Mahnstätten?“, oder „Viel zu spät!“, „Viel zu gewaltig!“ und „Viel zu teuer!“ reichen bis hin zu Äußerungen wie „Nun muß endlich damit Schluß sein!“. Dennoch werden sowohl in Bonn als auch in Berlin in Kürze die Entscheidungen für den Bau eines zentralen Holocaust-Mahnmals erfolgen. Keine „populistische“ Entscheidung, doch eine sehr notwendige, zugunsten der Aufklärung trotz der Gegenstimmen im Volk, durch die „Politik“.

Der von uns allen viel gelobte Bundespräsident wirkt vor allem, wie schon sein Vorgänger, durch seine Reden: Seine Berliner „Ruck“-Rede vom vergangenen Sommer wird wohl in die Annalen der Geschichte unserer Republik eingehen. War sie eine durch und durch „aufklärerische“ Rede? Hatte sie nicht auch starke Elemente des Populistischen – indem sie zwar allgemeine Mißstände, wie sie jedermann in diesem Lande sieht, benannte, jedoch Roß und Reiter, die Reform-Verhinderer, keineswegs beim Namen nannte! Damit Sie mich nicht mißverstehen: selbstverständlich sehe auch ich unsere bundesrepublikanische Gesellschaft nicht gerade in Aufbruchstimmung, sondern eher verharrend wie unter einer dicken Soße des Gleichmuts; daher war das schon eine wichtige Rede Roman Herzogs. Doch zum politischen Handeln hat sie eben nicht geführt!

Was will ich mit diesen Beispielen sagen?

Populismus ist nicht grundsätzlich von Übel – ein dosierter „Schuß“ davon (dem Volk aufs Maul schauen) kann durchaus sinnvoll sein, ja, der Aufklärung sogar nützen. Die Grenzen liegen da, wo „Populismus“ zum politischen Prinzip wird: Das personifizierte Beispiel ist der prinzipienlose Geselle, der Rechtspopulist Jörg Haider, der kein Thema ausläßt, das Stimmung macht und seiner „Freiheitlichen Partei“ Stimmen bringt.

Ich gehöre nicht zu denen, die den Rückblick auf nunmehr nahezu 50 Jahre parlamentarische Demokratie in Deutschland mit einer „rosa Brille“ sehen; doch cum grano salis ist es gelungene Geschichte – dank der „Macht“ der Politik! Wer von der „Ohnmacht der Politik“ spricht – und das meine ich selbst in bezug auf die wachsenden Globalisierungstendenzen in der Wirtschaft –, könnte genausogut auch vom „Ende der Politik“ überhaupt sprechen. Das hielte ich für verantwortungslos!

Sicher, auch ich halte die amtierende Politiker-Garde nicht gerade für eine optimale – das könnten wir Bürger ja in einem gewissen Ausmaß im Herbst dieses Jahres ändern –, doch sie grundweg als „Nieten in Nadelstreifen“ zu diffamieren, ihre Äußerungen als bloße „Medien-Geilheit“ zu bezeichnen und ihnen grundsätzlich aufklärerische, das heißt vernünftige, also verantwortliche Ziele abzusprechen, wäre falsch und ungerecht. Wer von der „Ohnmacht“ der Politik spricht, betreibt auch intellektuell ein gefährliches Spiel: Mit dem „Ende“ der Politik könnte das Ende der parlamentarischen Demokratie in Deutschland kommen: des Redens, Handelns und Gestaltens aus dem Geist unseres Grundgesetzes!

Warnen möchte ich mit diesem Beitrag vor allem apokalyptischen „Ende“-Geschwätz. So wenig das heute angezeigt ist für die Politik oder die Arbeit (eher sehe ich, wie Hermann Glaser, die Notwendigkeit einer „Tätigkeitsgesellschaft“), sowenig trifft das zu für die Geschichte. Und keineswegs trifft es zu für *die* Kunst, wie das Karlsruher Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) so eindrucksvoll und schwingvoll demonstriert, quasi als meines Erachtens gelungenen Auftakt zu einer Zweiten Moderne „Jenseits von Links und Rechts“ (Giddens), die auch ihrerseits wiederum der Unübersichtlichkeit nicht entbehrt.

Darin liegt die Zukunft – intellektuelle und politische.



**(Ohn)Macht der Politik**  
**– die Sicht eines Philosophen: Weder Ohnmacht noch Aufklärung,**  
**sondern Unvermögen der Politik**

*Helmut Spinner*

Das Oberthema „Macht und Ohnmacht der Politik“ in Verbindung mit dem Spezialthema „Populismus contra Aufklärung“ suggeriert eine gedankliche Verbindung, die eine falsche Ausgangsannahme mit einer leider zutreffenden Feststellung verbindet: *Die Ohnmacht der Politik (ver)führt sie zum Populismus.*

Über Aufklärung kann man philosophisch Feinsinniges sagen, was ja auch schon geschehen ist. Wenn man über Macht und Ohnmacht der gegenwärtigen Politik sprechen will, sollte man keine übertriebene Vorsicht walten lassen und Klartext reden.

Mein erster Einwand zielt auf das Thema ab. Wenn es eine Frage ist und keine Ablenkung oder Entschuldigung, ist das überhaupt die richtige Frage? Sollten wir nicht besser nach den *Funktionen und Optionen der Politik* fragen? Und weiter danach, welchen *Gebrauch* Politiker und Parteien von dem Gemisch aus Macht und Ohnmacht machen, das ihnen zur Verfügung steht? Dieselben Fragen sollte man stellen für die Wirtschaft und Wissenschaft, für die Justiz und Verwaltung etc.

Den Politikern und Parteien wird nachgesagt, den Machterwerb bzw. die Machterhaltung als Selbstzweck zu betreiben. Das ist weniger ein Vorwurf als eine Binsenwahrheit. Machterwerb bzw. Machterhaltung vorausgesetzt, ist hier zu fragen, wozu die Macht eingesetzt wird – oder bewußt *nicht!*

Macht ist ein Instrument zum funktionalen Gebrauch, mit der man viel oder wenig machen kann, in den Grenzen der Verfassung und leider auch unter der Herrschaft der Umstände. Im Wortsinne: des Drumherumstehenden im räumlichen und zeitlichen Nahbereich. Das verführt zur Kurzsichtigkeit und Kurzfristigkeit der Politik, zum Populismus.

Ich halte den *Mythos von der Ohnmacht der Politik* für ein ganz großes Märchen, welches von Politikern lanciert wird, um von ihren Versäumnissen abzulenken. Dagegen stelle ich meine erste These: *Es ist genügend Macht da und es gibt ausreichende Machtmittel, um das Erforderliche zu tun.* Das Problem ist, daß von ihnen zu wenig oder ein falscher Gebrauch gemacht wird.



Ein Beispiel: Artikel 21 des Grundgesetzes billigt den Parteien das Recht auf Mitwirkung bei der politischen Willensbildung zu und gibt ihnen auch die Mittel dazu (zuviel, wenn man an die ausufernde Parteienfinanzierung denkt). Wohlgedenkt: bei der Willensbildung, nicht bei der – privaten und öffentlichen – Meinungsbildung.

Das ist meines Erachtens in keiner Weise eine Ermächtigung, daß die Parteien krakenartig das öffentliche Leben durchsetzen. Es ist leider zuzugeben, daß das Bundesverfassungsgericht durch einschlägige Urteile zu dieser Wucherung der Politik beigetragen hat.

Es besteht meines Erachtens keinerlei Grund, daß die Parteien in den Medien sind und in allen anderen Institutionen der Meinungsbildung. Sie sollten sich auf die politische Willensbildung beschränken und diese ureigene Aufgabe der Politik gut machen.

Meine zweite These besagt: *Der gegenwärtige Stillstand der Politik ist in keiner Weise durch die doppelte Exkulpation des Machtmangels der Regierenden und der Blockadepolitik der Opposition erklärbar.*

Beispiel Steuerreform: Die Fakten sind bekannt. Sie sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Untätigkeit, die von den Chancen der Politik keinen Gebrauch gemacht hat.

Nach einer bekannten Anekdote hat Max Weber einmal den Versuch gemacht, General Luderndorf zu erklären, wie eine parlamentarische Demokratie funktioniert: Der Politiker wendet sich an das Volk und sagt: „Leute, bitte wählt mich!“ Nachdem er gewählt worden ist, sagt er: „Kinder ich danke euch, aber jetzt haltet das Maul und laßt mich machen!“

Wir haben zu lange das Maul gehalten und die gewählten Politiker machen lassen was sie wollen – und was sie nicht wollen. Jetzt können wir rückblickend nur fragen: Was haben sie gemacht?

Wir sollten diese Frage viel nachdrücklicher stellen. Was haben sie aus ihren Möglichkeiten gemacht? Sie haben Versprechungen gemacht. Haben sie sie auch gehalten? Sie haben nichts, das Falsche, jedenfalls zu wenig gemacht.

Hier muß ich leider Herrn Sontheimer entschieden widersprechen, der – wenn ich ihn richtig verstanden habe – die These vertrat, daß die Macht der Politik immer mehr begrenzt werde und daß dies ihre vermeintliche Ohnmacht erklären würde. Ganz abgesehen davon, daß die Macht der Politik, speziell der Parteien, verfassungsgemäß begrenzt sein *muß*, bin ich der Auffassung, daß sie es weit weniger ist, als sie es sein sollte. Das schließt partielle Ohnmacht nicht aus, die natürlich meist zur falschen Zeit, am falschen Platz, für die falschen Leute vorliegt.

Zur verfassungsmäßigen Begrenzung der Macht der Politik, der Politiker und der Parteien (die zwar zusammenhängen wie Pech und Schwefel, aber trotzdem nicht deckungsgleich sind)

haben wir im wesentlichen drei Instrumente: Erstens die institutionelle Gewaltenteilung; zweitens die Herrschaft auf Zeit und drittens die Unabhängigkeit der Parteien, der Politiker und des Parlaments.

Aber alle drei machtbegrenzenden Vorkehrungen sind ja längst ausgehöhlt, wenn nicht stellenweise ausgehebelt:

1. Die Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament ist dadurch ausgehebelt, daß die Mehrheitsfraktion im Parlament nicht die Macht der Regierung kontrolliert, sondern stützt und gegen Kritik und Opposition absichert.
2. Die Herrschaft auf Zeit ist ebenfalls ausgehebelt, denn wir können die wichtigsten Repräsentanten der Parteien nicht mehr abwählen. Die höheren Chargen sind nicht mehr abwählbar. Selbst wenn sie ihren Wahlkreis verlieren sollten, bleiben sie über die gesicherten Listenplätze dabei. Auf diese Weise haben wir also Politiker, die jahrzehntelang in Machtpositionen der Regierung oder Opposition bleiben, mit einer nur theoretischen Möglichkeit, sie vorzeitig abzuwählen. Ihre Macht wird nur durch die Altersgrenze eingeschränkt, die ihrerseits weit hinausgeschoben werden kann – wenn die Parteien es wollen. Es müßte schon einen wahlpolitischen Erdbeben geben, um daran etwas zu ändern.
3. Die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit der *Politiker* – die als Parlamentarier nur ihrem Gewissen verpflichtet sind –, ist meines Erachtens ihr größtes Machtpotential, von dem sie den geringsten Gebrauch machen: praktisch so gut wie keinen! Unabhängige Mehrheitsentscheidungen quer zur Parteilinie sind ja absolut verpönt. Dafür gilt: *Auf Abweichung folgt Bestrafung*. Dafür haben die Parteien ein breitgefächertes Sanktionsinstrumentarium geschaffen, von der Nichtnominierung bis zum *EdK-Fall*, dem Ende der Karriere. Die Unabhängigkeit weicht dem Fraktionszwang.

Zum Macht/Ohnmacht-Thema fasse ich zusammen: Nicht die Macht der Politik ist zu klein, sondern der Gebrauch davon zur Lösung der Probleme. Politiker und Parteien, allen voran die Regierenden, nützen die ihnen von der Verfassung eingeräumten Freiräume nicht aus, um gute Politik zu machen.

Nun noch einige Anmerkungen zum Thema Populismus contra Aufklärung. Dem protestantischen Theologen Paul Tillich wird folgende hübsche Anekdote zugeschrieben: Ein Pastor, der frisch vom Theologiestudium zum Gemeindedienst gekommen ist, legt dem berühmten Theologen eine heikle Frage zur Entscheidung vor.

Da gibt es dieses alte Mütterchen, welches den Pastor mit der Frage in Verlegenheit bringt: „Herr Pfarrer, stimmt es wirklich, daß im Himmel ein Buch geführt wird über alle guten und



bösen Taten?“ Der Pastor kommt damit zum Professor Tillich und sagt: „Sie wissen es, und ich habe im theologischen Seminar gelernt, daß es nicht stimmt. Aber soll, darf ich das dem Mütterchen sagen?“

An dieser Stelle bringt Tillich seine berühmte *Lehre vom gebrochenen und ungebrochenen Mythos* ins Spiel, indem er dem Pastor verschwörerisch erklärt: Er müsse zurückfragen und zunächst einmal in Erfahrung bringen, ob das Mütterchen selbst noch fest an die Geschichte glaubt. Wenn ja, soll man es nicht gegen seinen Willen aufklären. Man darf ihm guten Gewissens bestätigen, daß im Himmel das Buch geführt wird. Wenn an ihm (dem Mütterchen) aber schon der Zweifel des Unglaubens nagt, dann soll der Pastor es in den Kreis der Aufgeklärten einbeziehen und ihm sagen, daß es sich hier um ein frommes Märchen handle, mit dem die moderne Theologie durch das Entmythologisierungsprogramm aufgeräumt habe.

Populismus contra Aufklärung: Wir hier sind diejenigen, bei denen sich der Wurm des Zweifels bereits bis zu den Wurzeln durchgefressen hat. Das wissen auch die Politiker, die uns im engeren Diskussionskreis mit ihren Märchen verschonen. Aber sobald es in die Öffentlichkeit geht, im Wahlkampf insbesondere, verwechseln sie den Wähler mit dem alten Mütterchen, das nicht aufgeklärt werden will, soll, kann, muß, darf, sondern mit allen Mitteln der politischen Propaganda weiterhin im ungebrochenen Mythos gehalten wird.

An dieser Stelle sollten wir uns an unseren Job erinnern: *Wissenschaft als Beruf*. Dazu gehört die Aufklärung, genauer: die Erklärung des Wirklichen nach bestem Wissen. Das heißt: die Probleme auf den Punkt zu bringen mit der geschulten Rücksichtslosigkeit des wissenschaftlichen Blicks (wie Max Weber es formulierte).

Das könnten auch die Politiker haben, wenn sie es nur wollten. Sie müßten sich nur einbeziehen lassen in ein Programm des lebenslangen Lernens, welches heißt: *wissenschaftliche Beratung der Politik*. Dem haben sie aber vorher alle Zähne gezogen. Es ist nicht besser, sondern noch viel schlechter als sein Ruf. Es funktioniert nicht aus dem einfachen Grunde, weil die Politiker ihre Berater auswählen dürfen und dies in der Regel auch ganz parteiisch tun. Keine Regierung sucht sich Berater aus, um sich darüber belehren zu lassen, daß ihre Politik falsch sei. Im Ergebnis läuft das auf eine Wahrnehmungsverzerrung hinaus, welche in der Kognitionspsychologie „*Bestätigungsfehler*“ heißt. Er verstellt den Blick auf die Wirklichkeit nicht weniger als jede Ideologie, steht aber viel weniger in der Kritik.

Zur Einäugigkeit der Politik kommt als Kehrseite der Medaille die *Rückgratlosigkeit der Wissenschaft*. Diese hat zum Beispiel in jüngster Zeit dazu geführt, daß wir Wissenschaftler offensichtlich nicht in der Lage sind, dem politischen Druck des hochschulpolitischen Populismus auf die Universitäten in einer positiven Weise stand- und gegenzuhalten. Aber das ist ein anderes Thema.

Was wir zum Thema Aufklärung festhalten sollten: Keine Institution, auch nicht die Wissenschaft, kann für Wahrheit garantieren. Dieser alteuropäische Tagtraum – geträumt von den größten Philosophen, von Descartes bis Hugo Dingler – ist ausgeträumt. Das glaubt nur noch der Papst, aber der kann es auch nicht mehr (er weiß es nur noch nicht). Aber totalitäre Staaten praktizieren immer noch das Unmögliche. Sie haben zwar keine Wahrheitsgarantien, aber Informationsmonopole.

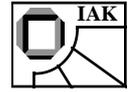
Was wir wirklich brauchen und auch bekommen können, wenn wir es nur wollen, ist *intellektuelle, institutionelle, informationelle Unabhängigkeit*. Gerade weil die heutige Politik ist, wie sie ist, braucht sie ein unabhängiges „Außenkriterium“, an dem sie ihre Auffassungen, Vorurteile, Ideologien abschleifen kann. Praktisch heißt das in der sogenannten Informationsgesellschaft: unabhängige Wissenseinrichtungen, deren Erkenntnis und Urteile nicht manipuliert werden können. Das macht sie nicht irrtumsfrei, aber kritisch.

Solange wir das nicht haben, werden die Aufklärungsprogramme nicht funktionieren. Das ist voraussehbar und gewollt. Ich plädiere für eine Ende der Nachsicht mit einer Art von Politik, die schlicht und einfach ihre Funktion nicht wahrnimmt und ihre Möglichkeiten nicht ausschöpft.

Abschließend möchte ich den amerikanischen Soziologen David Riesman zitieren, der in seinem berühmten Buch „Die einsame Masse“ geschrieben hat: „Die Aufrechterhaltung des Status quo ist das utopischste aller Ziele“.<sup>1</sup> Das richtet sich gegen die Nachkriegsreaktion und ist meines Erachtens wieder relevant für eine Vielzahl von unaufgeklärten Ideologemen der jüngsten Zeit: vom Markt, der alles richtet, bis zur Globalisierung, die intelligente Politik verhindert. Aber nur Politik kann Politik verhindern. Sie tut es, leider.

---

<sup>1</sup> *David Riesman*: Die einsame Masse: eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters, Darmstadt 1956.



## **(Ohn)Macht der Politik – die Sicht eines Unternehmers**

*Jürgen Morlok*

Die mit dem Thema „(Ohn)Macht der Politik“ umschriebenen Fehlentwicklungen der Politik, mit denen an die Stelle einer Wertorientierung der Politik an den in der bürgerlichen Aufklärung formulierten Gedanken, und dementsprechend in der nachfolgenden demokratischen Revolution postulierten Zielen, eine zunehmend durch Gefälligkeitspolitik und Parteiinteresse überlagerte und verfälschte Parteipolitisation des Politikbetriebes getreten ist, haben zu einer wachsenden, irrig als Politikverdrossenheit bezeichneten Parteienverdrossenheit der Bürger geführt. Ihre Überwindung ist mit bloßen parteitaktischen Korrekturen des heutigen Bildes der Parteien in den Augen der Wähler nicht zu leisten. Sie setzt eine Überwindung eben dieser Fehlentwicklungen voraus, die allein aus einer Rückbesinnung aller Politik über den Tag hinaus auf die tragenden Grundsätze und höchsten Wertsetzungen der bürgerlichen Aufklärung und demokratischen Revolution gelingen kann, aus denen unsere Epoche der Moderne hervorgegangen ist und noch immer hervorgeht.

Vier Wegmarkierungen zur Umkehr will ich aufstellen:

Erstens: Ich glaube immer noch daran, daß die These, die Freiheit sei unteilbar, es gebe keine abgeteilten und keine unterteilten Freiheiten, eine zentrale Wegmarkierung ist. Dies heißt z. B. im konkreten: Das Postulat der Staatsferne in der Wirtschaft muß einhergehen mit einem ebenso klaren Eintreten in Rechtsstaatsfragen. Oder, um ein weiteres Beispiel zu nehmen: Wenn wir für die Staatsferne in der Wirtschaft eintreten, dann müssen wir mit gleichem Nachdruck dafür kämpfen, die Regulierungswut des Staates einzudämmen. Und wir müssen, wenn wir uns für das Primat der individuellen Freiheit stark machen, in der konkreten Tagespolitik auch verdeutlichen, daß die soziale Verantwortung, die diese Gesellschaft ebenfalls hat, nicht allein beim Staat abgeladen wird, sondern daß wir auch die persönliche Verantwortung des einzelnen für das Gemeinwohl einklagen müssen. Dies gehört für mich untrennbar zusammen: Eintreten für die persönliche individuelle Freiheit muß gleichzeitig beinhalten, die persönliche private Bereitschaft für das „gemeine Wohl“ einzubringen. Und wenn wir sagen, wir wollen die größtmögliche Freiheit im Bereich von Bildung und Wissenschaft, dann muß man auch mit dem gleichen Nachdruck für einen größeren Wettbewerb im Bildungssystem, z. B. auch für private Schulen und für private Universitäten, eintreten.

Die zweite Wegmarkierung hat auch mit der ersten etwas zu tun. Grundsatztreue und pro-



grammatische Profilierung hat schon immer die Zielkonkurrenz unter den Parteien geschärft. Und das ist dringender und notwendiger denn je. Denn der Einsatz für hehre Ziele in der Politik wird unter den Parteien immer ähnlicher. Alle sind für Umweltschutz, alle wollen eine möglichst freiheitliche marktwirtschaftliche Ordnung usw. Aber die Abwägung der Zielkonflikte, die in solchen Forderungen stecken, findet seit langem nicht mehr auf der Ebene dieser Ziele statt, wie beispielsweise Prioritätsfragen zwischen Umweltschutz und ökonomischen Problemen. Es wird nur noch abgewogen auf der Ebene des Weges. Das führt im Endergebnis – und ich glaube, daß dies auch ein Grund für Politikverdrossenheit ist – zu diesen unendlich langen Sachdetaildiskussionen auf Parteitag, in Gemeinderatssitzungen, die immer langweiliger und immer langatmiger werden, und die der Wähler als politischer Normalkonsument überhaupt nicht mehr nachvollziehen kann und auch überhaupt nicht mehr nachvollziehen will. Ihn interessieren die Schneisen, die in den Wald geschlagen werden müssen, um Wege zu ziehen. Wie spätere Aufforstungsmaßnahmen an anderer Stelle auszusehen haben, ist ihm zunächst völlig egal. Wir müssen es wieder schaffen, zu einer Grundorientierung zu kommen, die klare Schneisen aufzeigt, anstatt abzugleiten – ich will damit nicht gegen notwendige umfangreiche Diskussionen unter Experten reden – in Abwägungsfragen auf der Ebene der Wege. Das letztere ist zwar langwieriger, aber einfacher und darum beschäftigen sich so viele so gerne damit. Die Abwägung auf der Ebene der Ziele ist ungleich komplizierter und erfordert sehr viel mehr politische Einsicht und politischen Mut, die getroffene Entscheidung dann auch durchzukämpfen.

Die dritte Markierung heißt: Politik überzeugt durch Inhalt und Person. Und wenn wir es nicht schaffen, in den Parteien genügend Frauen und Männer zu finden mit dieser Qualifikation, dann wird eben die Schere zwischen politischer Erwartung und der Aufgabenerledigung immer größer. Die Konsequenzen daraus zeigen sich dann sehr schnell in den Wahlergebnissen. Oder anders formuliert: Wir brauchen sowohl politische Professionalität, als auch Idealismus und Bürgernähe gleichzeitig, von dem großen schwäbischen Liberalen Reinhold Maier mit dem Bild „ebbes Bäck und ebbes Doktor“ treffend beschrieben. Wir müssen es schaffen, Personen zu finden, die politisch professionell arbeiten, aber gleichzeitig den Kontakt zum Bürger haben und mit diesem Bürger reden und ihn von der Sache überzeugen können. Hier ist genügend Ansatz zur Selbstkritik.

Und ich will noch weitere Beispiele nennen: Wo sind die Angebote der Parteien, Seiteneinsteiger in die Politik aufzunehmen? Wie unterstützen wir den notwendigen Austauschprozess zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen – sei es zwischen Wissenschaft und Politik oder zwischen Politik und Wirtschaft? Wo ist der Beitrag zur Verbesserung der politischen Arbeitsbedingungen, um diesen unglaublichen Leerlauf des politischen Alltagsbetriebs systematisch zurückzuschrauben. Wenn wir diesen unsinnigen Leerlauf, der sich auch auf Parteitag, Landesparlamenten und auch im Bundestag wiederfindet, nicht rigoros zusammenstreichen, dann

werden wir nicht jene Persönlichkeiten finden, die wir brauchen, damit Politik wieder durch Inhalt und Person überzeugt.

Zur Beschreibung der vierten Wegmarkierung will ich ein bißchen in die Nostalgie der 68er verfallen. Das Wagnis des Wandels annehmen, das war damals die begeisternde Vision der jungen Generation. Wir müssen wieder bereit sein, Herausforderungen anzugehen. Immer dann, wenn die Politik das Wagnis des Wandels angenommen hat, auf neue Pfade gegangen ist, auf denen der Wind von vorne kommt – eingedenk des alten chinesischen Sprichworts „Der Drache muß gegen den Wind fliegen, wenn er steigen will“ – war sie interessant und erfolgreich. Anderweitige Startversuche, z. B. mit dem populistischen Wind von hinten, sind bisher immer mißlungen. Denken Sie an die erfolgreichen Politikansätze im Bereich der Bildungs-, Deutschland- und Ostpolitik in den 60er Jahren, in den 70er Jahren sowie in den 80er Jahren in der Sicherheits- und Friedenspolitik. Und wo liegt nun das Wagnis des Wandels der 90er Jahre, um sich von der „(Ohn)Macht der Politik“ zu lösen? Ich sehe da drei Herausforderungen:

1. Wir müssen zukünftig den demokratisch gestalteten Interessenausgleich in dieser Gesellschaft bei stagnierendem, wenn nicht gar schrumpfendem Wohlstand schaffen. Die letzten 40 Jahre haben wir den Interessenausgleich erreicht im Umfeld eines wachsenden Wohlstandes, und zwar nicht nur national, sondern auch weltweit. Die Politik im nächsten Jahrzehnt wird jedoch folgendes schwierige Problem zu entscheiden haben: Wer zukünftig einer Gruppe zusätzlich etwas geben will, muß in dieser neuen Situation eines begrenzten, wenn gar stagnierenden Wachstums präzise sagen, welcher anderen Gruppe er es wegnimmt. Parlamentarische Demokratie bei schrumpfendem Wohlstand zu praktizieren, wird eine gigantische Herausforderung.
2. Die Zahl der globalen Probleme wächst. Wir müssen weg von der nationalen Nabelschau der Problemlösungen. Und wir werden Lösungen nur noch in sehr komplexen Zusammenhängen, in vernetzten Beziehungen finden, und das heißt, es gelingt uns nur, wenn wir auch eine Politik der Dialogfähigkeit über die gesellschaftlichen Gruppengrenzen hinaus schaffen. Dazu müssen wir erneut über das Verhältnis von Bürger und Staat nachdenken. Vielleicht ist es gar kein neues Verhältnis, vielleicht ist es sogar ein uraltes, das wir leider streckenweise vernachlässigt haben. Und da lautet mein Credo, daß wir ein Großteil der heutigen Aufgaben des Staates in die Gesellschaft hinein zurückverlagern müssen. Wir haben dem Staat immer mehr Aufgaben übertragen, die er selber immer weniger lösen kann. Nehmen Sie als Beispiel den ganzen Bereich des Sozialstaates oder auch die Frage des Arbeitsmarktes.
3. Und wir haben zugelassen, daß ein mangelndes Vertrauen in die Vernunft der Bürger den Staat mittlerweile an die Grenze seiner Regelungskompetenz, manchmal sogar ad absurdum geführt hat. Die Regelungsdichte, die wir aufgebaut haben, geht immer mehr an den Probleme-

men vorbei und treibt die Bürger dazu, sich alle legalen und illegalen Umgehungstatbestände auszudenken bzw. nach Mitteln und Wegen zu suchen, diese nicht mehr akzeptierte Regelungsdichte zu unterlaufen.

Kurzum: Ich glaube, daß eine Gesellschaft der Moderne auf die Eigenverantwortung der Menschen setzen muß. Und wer Eigenverantwortung der Menschen einklagt und die auch haben will, der muß in der Politik darauf drängen, daß wir in der Tat zu weniger Staat kommen müssen, zu weniger Bürokratie, zu weniger Regelungsdichte, denn das ist die existentielle Voraussetzung für die Zukunft der Freiheit.

## **(Ohn)Macht der Politik – die Sicht eines Parlamentariers**

*Peter Conradi*

### ***I. Parlamentsverdrossenheit***

Parlamentsverdrossenheit – ein altes Thema: „Das Parlament ist [...] öde, beschränkt, dünnelhaft und spießbürgerlich mit ständig weiter sinkendem Niveau“<sup>1</sup>. Eine Versammlung von berufslosen „Ignoranten“, alle „vom Tode geküßt“<sup>2</sup>. Die Beschimpfung des Parlaments von rechts und links hat in Deutschland Tradition.

Politik droht ohnmächtig zu werden, wenn die Bürger sich von der Politik, vom Parlament und von den Parteien abwenden, wenn sie sich nicht mehr am politischen Diskurs, am Gespräch über unser Zusammenleben beteiligen.

Die Kritik am Parlament nimmt immer dann zu, wenn eine politisch und personell ausgezehnte Koalition zu Ende geht. Das war so in den Jahren vor 1966, als die CDU/FDP-Koalition unter Ludwig Erhard zu Ende ging, das war so 1982, als die SPD/FDP-Koalition unter Helmut Schmidt ihrem parlamentarischen Ende entgegen taumelte, und das ist 1998 vor dem Ende der CDU/CSU/FDP-Koalition unter Helmut Kohl nicht anders.

Deutschland braucht den vom Bundespräsidenten geforderten „Ruck“, braucht eine Wiederbelebung des politischen Diskurses. Die großen Fragen unserer Zeit – die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der Alterssicherung – sind nicht mit herabsetzender Parlamentskritik, nicht mit Politikverdrossenheit zu lösen, sondern nur mit dem breiten öffentlichen Diskurs über Politik. So haben andere Demokratien, beispielsweise Schweden, Dänemark und die Niederlande, ihre Sozial- und Steuersysteme nach einer breiten öffentlichen Diskussion erneuert. Bei uns kam diese Diskussion nicht zustande, beispielsweise scheiterte das von den Gewerkschaften vorgeschlagene „Bündnis für Arbeit“ an der harten Linie der Arbeitgeber und der Regierung. Nach der Bundestagswahl muß diese Diskussion neu angestoßen werden. Wenn dann Bundestag und Bundesrat gemeinsam die Reform des Steuer- und Sozialsystems angehen, wird auch die Parlamentskritik nachlassen.

---

<sup>1</sup> Oswald Spengler, 1924, zitiert nach *Herbert Riehl-Heyse: Am Rande des Kraters. Reportagen und Essays aus drei bewegten Jahren*, München 1993, S. 114.

<sup>2</sup> *Hans Magnus Enzensberger*, 1993, zitiert nach ebd.



## ***II. Politikerwartungen***

In den 70er Jahren setzten die Menschen große Erwartungen in die Politik. Auch das Private sei politisch, hieß es damals. Politik, so dachten wir, könne alle Probleme lösen. Aus dieser Überforderung der Politik ist heute eine Unterforderung geworden. Die neoliberale Politik der Entstaatlichung, der Privatisierung, der Deregulierung und Entpolitisierung hat den Weg zur Individualisierung, zur Singularisierung geöffnet. Wer den Menschen über Jahre hinweg erzählt, der Staat störe nur, am besten überlasse man die Politik der Wirtschaft, jeder sei selbst seines Glücks (oder Unglücks) Schmied, darf man sich über den Verlust an gesellschaftlichen Bindungen nicht wundern. So wie die Bindungen an Kirchen, Gewerkschaften, an Vereine, die Bindungen an die Familie sich lockern, so werden auch die Bindungen an die staatliche Gemeinschaft schwächer, und mit ihnen die Erwartungen an Politik.

Diese Tendenz zur Entstaatlichung, zur Privatisierung, zur Vereinzelung dürfen wir nicht hinnehmen. Wir müssen die vorhandenen Bindungen stärken, neue Bindungen fördern, die Überzeugung zurückgewinnen, daß wir nur gemeinsam unsere Zukunft meistern können. Politik muß erkennbare und erreichbare Ziele setzen, über die es sich zu diskutieren lohnt.

## ***III. Der Terror der Ökonomie***

Die ökonomische Entwicklung schafft Unsicherheit und Angst und vergrößert die Distanz zur Politik. Viele Arbeitnehmer werden zukünftig keine „normalen“, lebenslangen Arbeitsverhältnisse haben, sondern in Patchwork-Biographien arbeiten: etwas Teilzeitarbeit, ein wenig Selbständigkeit, etwas Schwarzarbeit, zwei oder drei 620-DM-Jobs. Das hat auch soziale Folgen – für die davon Betroffenen und für die Gesellschaft.

Die Arbeitswelt löst sich auf, und mit ihr die Erfahrung der Zusammengehörigkeit in einer Belegschaft, einem Betrieb. Flexible Arbeitszeiten mit ständig wechselnden Arbeitnehmern und Heimarbeitsplätze können nicht die Sozialerfahrungen vermitteln, die ein Arbeitsplatz früher gab. Die Verluste an Sozialerfahrungen und an Bindungen und die daraus erwachsende Unsicherheit, die Angst um Arbeitsplatz und Rente lassen viele Menschen an der Politik zweifeln, ja verzweifeln.

Die Entgrenzung der Politik durch die Europäische Union droht die nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entmachten. Arbeitsplätze werden in Billiglohnländer verlegt, billige Arbeitskräfte drängen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Gewinne werden in Niedrigsteuerländer verlagert. Die Produktivität wächst in einem bisher unbekanntem Maß. Alle Parteien versprechen, die Arbeitslosigkeit zu senken, aber insgeheim wissen sie, daß es bei der explosiv wachsenden Produktivität nicht mehr genug Arbeit für alle Menschen geben wird, daß Arbeit in Zukunft nicht

mehr die Grundlage für Steuern und Sozialversicherung, nicht mehr allein die Grundlage unserer Gesellschaft sein wird.

Dieser Wandel der Arbeitswelt ist so dramatisch, daß die Gesellschaft in Gefahr gerät, auseinanderzubrechen. Neue Heilslehren, neue Verführer bieten sich an. Nicht nur die Parlamente sind ratlos, auch die Universitäten, auch Kirchen und Verbände weisen keinen Weg in die Zukunft. Wen wundert es, daß die Verdrossenheit an den Parlamenten und den politischen Parteien und mit ihnen die Ohnmacht der Politik zunimmt? Die Ökonomie droht die Demokratie zu erwürgen. Dabei sehen wir in vielen Teilen der Welt, daß die Ökonomie ohne Demokratie keinen Bestand hat; das war so im früheren Ostblock, das ist heute so in Asien. Und wir sehen in unserer Nachbarschaft, daß bewährte, erfahrene Demokratien wie in Skandinavien, in der Schweiz oder in den Niederlanden sich erfolgreich gegen den Terror der Ökonomie wehren.

#### ***IV. Das politische Personal***

Die Parlamente unserer Zeit sind keine ständischen Parlamente, in denen Selbständige, Bauern, Angestellte und Arbeiter, Männer und Frauen entsprechend ihrer Stärke in der Gesellschaft vertreten sind. Über 40 % der Abgeordneten kommen aus dem öffentlichen Dienst, hinzu kommen die Vertreter großer Verbände. Lehrer und Juristen sind die häufigsten Berufsgruppen. Heute ist es schwer, fachlich qualifizierte Frauen und Männer aus der Wissenschaft, aus der Wirtschaft, aus freien Berufen für die Politik zu gewinnen. Das ist auch eine Frage der Bezahlung, die für solche Menschen nicht attraktiv genug ist. Vor allem aber ist es eine Folge des Ansehensverlustes der parlamentarischen Demokratie. Wer die Parlamente so unterschreibt, wie manche deutsche Journalisten, darf sich nicht wundern, wenn gute Leute dort nicht mehr hinwollen.

Die Personalauswahl der Parteien wird zunehmend von Quoten, nicht von Qualifikationen bestimmt. Zur Frauenquote, die angesichts der Benachteiligung der Frauen ihren Sinn hat, kommen Regionalquoten, Altersquoten, Berufsquoten, Richtungsquoten. Die Parteien in Berlin, der neuen Hauptstadt, sind ein Beispiel für diese Entwicklung. Es ist zu hoffen, daß der fällige Machtwechsel im kommenden Herbst Politik wieder interessanter, attraktiver macht. Statt der angepaßten, glatten Diagonal-Aufsteiger von links unten nach rechts oben, statt der Karrieristen, die als junge Wilde beginnen und als zahnlose Alte enden, braucht die Politik eigensinnige, phantasiereiche, kompetente junge Menschen. Dazu ist es notwendig, daß auch die Unternehmen interessierten Menschen den Weg in die Politik erleichtern, indem sie ihnen, so wie das im öffentlichen Dienst geregelt ist, Rückkehrmöglichkeiten schaffen. Die durchschnittliche Verweildauer im Bundestag liegt zu Beginn einer Legislaturperiode bei acht Jahren, und wer dort einige Jahre arbeitet, wird dabei nicht dümmer. Die Behauptung, ein Abgeordneter sei nach acht Jahren nicht mehr resozialisierbar, ist Unfug. Wir brauchen bei uns sowie in anderen Demokra-



ten, den Wechsel zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Verwaltung, sonst erstarrt die Politik.

## ***V. Die Macht der Bürokratie***

So wie alle Bürger werden auch die Parlamentarier mit Informationen überschwemmt. Die Entscheidung, was wichtig und was weniger wichtig ist, muß täglich getroffen werden. Die Komplexität von Politik nimmt zu: Alles hängt mit allem zusammen. Im Unterschied zu früher ist heute weitaus mehr Fachwissen notwendig, um ein Problem beurteilen und möglicherweise lösen zu können.

Die Bürokratie hat an Macht gewonnen. Sie sortiert die Informationen, sie bestimmt das Verfahren und prägt den Stil. Im Unterschied zu den Abgeordneten, die nur auf Zeit gewählt sind, ist die Bürokratie auf Dauer angelegt. Hinzu kommt die zunehmende Verschränkung der politischen Ebenen – Europäische Union, Bund, Länder, Kreise und Regionen, Städte und Dörfer. Wer ist zuständig? Wer entscheidet was? Oft wissen nicht einmal die Politiker, wer für was verantwortlich ist. Wie sollen es dann die Wähler wissen?

Die Legitimation von Politik entsteht aus dem öffentlichen Diskurs. Wenn die Menschen den Eindruck haben, ihre Meinung, ihre Interessen seien im Parlament vertreten, und wenn sie die gesellschaftliche und soziale Ordnung im Grundsatz für gerecht und fair halten, dann steht die parlamentarische Demokratie auf gutem Grund, dann ist Politik nicht ohnmächtig. Das ist derzeit leider nicht der Fall.

Die Verschränkung und die Unübersichtlichkeit der politischen Verantwortungsebenen schreit nach einer Reform. Die Reform muß zum Abbau von oben führen. Wenn die Subsidiarität nicht das tragende Prinzip der politischen Verantwortungsteilung wird, verliert die Demokratie an Legitimation. Die Tendenz, alle Entscheidungen nach oben zu delegieren, muß gebrochen werden. Je näher die Entscheidungen bei den Menschen, die sie betreffen, getroffen werden, je größer ihr unmittelbarer Einfluß auf die Entscheidungen ist, um so geringer ist die Entfremdung von Politik, um so größer die Möglichkeit der Beteiligung.

Das fängt bei der EU an, die in ihrer hypertrophen Regelungswut sich selbst zum ärgsten Feind wird und das Subsidiaritätsprinzip ständig verletzt. Vergessen wir nicht: Die Sowjetunion scheiterte nicht zuletzt an ihrem bürokratischen Zentralismus. Das gilt natürlich auch für die nationalen Parlamente, bei uns für den Bundestag, der zu vieles zu genau regelt, statt den Ländern Spielräume für ihre politischen Entscheidungen zu lassen. Die Länder schließlich schreiben den Gemeinden vor, wie breit die Gehwege und wie hoch die Toiletten im Kindergarten zu sein haben. Am Ende ist niemand mehr verantwortlich. Wenn der Wirrwarr von Zuständigkeiten

unüberschaubar wird, dann verliert die Demokratie an Legitimation.

Ich bin nicht pessimistisch. Politik muß nicht ohnmächtig sein, Politiker müssen nicht machtlos sein. Unsere parlamentarische Demokratie ist bei aller berechtigten und unberechtigten Kritik besser als ihr Ruf. Doch es wäre kurzsichtig, sich nach 50 Jahren zurückzulehnen und die Gefahren zu übersehen, die dieser Demokratie drohen.



## **Thesen zum Sozialstaat**

*Bernhard Schäfers*

### ***I. Sozialstaatlichkeit als Verfassungsgebot. Entwicklungslinien nach 1949***

1. Das Staats- und Gesellschaftssystem der BRD ist auf Sozialstaatlichkeit (Art. 20 u. 28 GG) festgelegt; aktive Sozialpolitik ist Teil der Gesellschaftspolitik.
2. Sozialstaatlichkeit und Soziale Marktwirtschaft waren in den Gründungsjahren der BRD – neben Demokratie und Rechtsstaat – die entscheidenden Fundamente. Sie verbürgen den erforderlichen Mindeststandard an sozialer Sicherheit und sozialer Gleichheit – das bonum commune. Hier liegt aber auch die Verknüpfung des Sicherheitsprinzips mit der Loyalität der Staatsbürger und dem Bewußtsein von der Solidargemeinschaft.
3. War seit dem Beginn moderner Sozialstaatlichkeit, der sogenannten Bismarck'schen Sozialgesetzgebung seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, klar, daß der Sozialstaat aus Sicht des Staates eines der ganz entscheidenden Instrumente war, sich durch „Lösung der sozialen Frage“ der Massenloyalität zu vergewissern und ein Abdriften in den Sozialismus zu verhindern, so ist hiermit ein Dilemma der engen Bindung von Demokratie und Massenloyalität, Sozialstaat und Legitimation des Staats- und Gesellschaftssystems überhaupt benannt. In der Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen, die etwa Mitte der 70er Jahre voll erreicht war, sah der Staat ein entscheidendes Instrument seiner Effektivität und Akzeptanz, aber auch der Wahlstrategien und der Machtbehauptung.

Diese Situation hat sich seit den 80er Jahren radikal verändert; ich nenne die bekannten Ursachen:

- Arbeitslosigkeit bisher nicht gekannten Ausmaßes;
  - Alterungsprozeß der Bevölkerung;
  - Lasten durch die Wiedervereinigung seit 1990;
  - Belastung der sozialen Systeme durch Spätaussiedler (3 Mio. in den letzten 35 Jahren), hohe Zahlen an Asylbewerbern, Kriegsflüchtlingen.
4. Diese Tatbestände und der „Sieg“ des Kapitalismus über den Kommunismus 1989 ff. haben zusammen mit den Globalisierungsprozessen zu einer völlig neuen Situation geführt, die mit den folgenden Begriffen umschrieben werden kann:
    - Privatisierung und Effektivierung des Kapital- und Personaleinsatzes;



- Kommerzialisierung und Vermarktung;
  - Individualisierung, auch in der Eigenverantwortung für soziale Sicherheit.
5. Aus diesen Faktoren resultiert: Der Staat und die gegenwärtig staatstragenden Parteien, die sich zuvor der Massenloyalität durch Ausbau des Sozialstaats vergewisserten, tun das jetzt durch seinen Abbau oder Umbau und durch die Entdeckung der Eigenverantwortung der Bürger, durch die Propagierung des bürgerschaftlichen Engagements, durch einen neuen Kommunitarismus. Von den drei Säulen des Systems der sozialen Sicherheit werden vor allem die Eigenvorsorge und die Selbsthilfe gegenüber der Sozialpolitik und Sozialstaatlichkeit in den Vordergrund gerückt.

## ***II. Eingrenzung und Umbau der Sozialstaatlichkeit***

1. Weil im Begriff Sozialstaat zu vieles miteinander verknüpft wird, was eigentlich separat betrachtet werden muß – Alters- und Gesundheitsvorsorge hier, Sozialhilfe dort –, muß ein Weg gefunden werden, den Sozialstaat vom Stigma zu befreien, er sei letztlich schuld an der gegenwärtigen Misere, er verteuere die Arbeit, er mindere die Wettbewerbsfähigkeit und gefährde den Standort Deutschland.
2. Nur wenn Staat und Parteien ihren Bürgern nicht mehr weismachen wollen, daß ein Großteil des Steueraufkommens in das sog. „Sozialbudget“ fließt, kann es auch bewußtseinsmäßig zu einer Neubewertung des Sozialstaats kommen. Es ist schlicht und einfach irreführend, wenn in den Sozialstatistiken angegeben wird, daß ca. ein Drittel des Sozialprodukts auf die „Sozialleistungsquote“ entfällt. Hiervon finanziert der Bund nur etwa ein Fünftel; der überwiegende Anteil des Sozialbudgets (rund 60 %) wird von den privaten Haushalten bzw. Arbeitnehmern und den Unternehmen aufgebracht, wobei die selbstfinanzierten Leistungen der Renten- und Krankenversicherung bereits über 50 % des Sozialbudgets ausmachen.
3. Zum notwendigen Umbau des Sozialstaats gehört, daß die Sozialhilfe als immer wichtiger gewordene Seite der sozialen Sicherung reformiert werden muß; das Hin- und Herschieben zwischen den Sicherungssystemen der Arbeit und der Armut muß aufhören. Reformbedürftig sind auch die unterschiedlichen sozialen Sicherheiten, die Männer und Frauen haben.
4. „Ehrlichkeit im Sozialstaat“ – so heißt ein Buch des Sozialstaatstheoretikers Horst Baier<sup>1</sup>. Diese Ehrlichkeit muß sich auf alle Seiten der Solidargemeinschaft beziehen: auf die Finan-

---

<sup>1</sup> *Horst Baier: Ehrlichkeit im Sozialstaat, Osnabrück 1988.*

zierung bestimmter Leistungen und deren bessere Kontrollmöglichkeiten seitens der Versicherten; auf die Bürgerinnen und Bürger, die Leistungen in Anspruch nehmen, und auf die Parteien, die im Hinblick auf das Gerangel um den Abbau sozialstaatlicher Leistungen immer weniger bereit sind, auf vermeintliche tagespolitische Vorteile zu verzichten, und die so die notwendige Langatmigkeit der Zielsetzungen aus dem Blick verlieren.

Abschließend kann im Hinblick auf die Frage, ob der Sozialstaat ein „Auslaufmodell“ sei, mit einem klaren Nein geantwortet werden: er kann es aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht sein und er verdient eine neue, zeitgemäße Basis und Umstrukturierung als ein Fundament der Demokratie.



## Die Autorinnen und Autoren

### *Gerd Albrecht*

Dr. Gerd Albrecht wurde 1933 in Chodziej/Polen geboren. Er studierte 1952 bis 1956 Evangelische Theologie, Soziologie, Psychologie und Publizistik und promovierte 1960. 1958 bis 1972 arbeitete er als Lehrbeauftragter für Filmpsychologie an der TU Darmstadt und 1960 bis 1969 als Leitender Dramaturg bei International Germania Films in Köln. Dem Ausschuß für Filmförderung beim Bundesministerium des Innern gehörte er 1962 bis 1992 an. 1963 bis 1969 war er Forschungsleiter der Abteilung Massenkommunikation im Forschungsinstitut für Soziologie in Köln und leitete 1970 bis 1980 das Institut für Medienforschung in Köln. 1971 bis 1983 war er Filmbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), deren Vertreter er seit 1970 in der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) ist. 1981 bis 1996 leitete Dr. Albrecht das Deutsche Institut für Filmkunde (DIF) in Frankfurt am Main/Wiesbaden.

### *Gottfried Capell*

Dr. Gottfried Capell wurde 1939 in Glienicke bei Berlin geboren und studierte Germanistik, Romanistik und Philosophie an den Universitäten Heidelberg und Bonn. Nach einem Volontariat bei der Rheinischen Post in Düsseldorf war er von 1969 bis 1982 Bonner Korrespondent, zunächst bei der Rheinischen Post, dann beim Bonner Generalanzeiger und bei der Welt. Von 1982 bis 1992 war Dr. Capell stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Neuen Presse. Danach kam er zu den Badischen Neuesten Nachrichten in Karlsruhe, als deren Chefredakteur er seit 1994 tätig ist.

### *Peter Conradi*

Peter Conradi wurde 1932 in Schwelm/Westfalen geboren. Nach einem einjährigen sozialwissenschaftlichen Studium in den USA studierte er von 1953 bis 1961 Architektur an der TH Stuttgart. Peter Conradi arbeitete von 1961 bis 1963 sowie von 1967 bis 1972 in der Hochbauverwaltung Baden-Württemberg, 1969 bis 1972 als Leiter des Staatlichen Hochbauamts in Stuttgart. Peter Conradi ist seit 1972 für die SPD Mitglied im Deutschen Bundestag. Von 1979 bis 1993 war er Mitglied des Parteirates der SPD und gehörte von 1984 bis 1993 der SPD-Kontrollkommission an.

***Hermann Glaser***

Prof. Dr. Hermann Glaser, geboren am 28. August 1928 in Nürnberg, studierte von 1947 bis 1952 Germanistik, Anglistik, Geschichte und Philosophie in Erlangen und Bristol. Nach seiner Promotion 1952 und dem Lehramtsexamen trat er in den Schuldienst ein. Hermann Glaser war von 1964 bis 1990 Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg und wurde durch seine kulturpolitisch innovativen Konzepte und Projekte bundesweit bekannt. Als Publizist hat er zahlreiche Bücher und Aufsätze zu pädagogischen, sozialwissenschaftlichen, kulturgeschichtlichen und kulturpolitischen Themen verfaßt. Hermann Glaser war bis 1990 Vorsitzender des Kulturausschusses im Deutschen Städtetag. Er ist Mitglied des PEN, Honorarprofessor an der Technischen Universität Berlin und als Gastprofessor im In- und Ausland tätig. Vom Sommersemester 1996 bis zum Wintersemester 1997/98 hatte Hermann Glaser die Stiftungsgastprofessur der L-Bank am Interfakultativen Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH) inne. Für sein publizistisches Werk wurde ihm 1993 der Große Kulturpreis der Stadt Nürnberg verliehen.

***Antonia Grunenberg***

Prof. Dr. Antonia Grunenberg promovierte zum Dr. phil. in Philosophie an der Freien Universität Berlin. 1986 habilitierte sie im Fach Politische Wissenschaft an der RWTH Aachen. Seit 1994 ist Antonia Grunenberg Vorsitzende des von ihr mitgegründeten „Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken“. Von 1994 bis 1996 war sie DAAD-German-Studies-Professorin an der University of Pennsylvania in Philadelphia. Sie ist außerplanmäßige Professorin für politische Wissenschaft an der RWTH Aachen und war 1997 „Fellow“ am Wissenschaftskolleg in Berlin. Neben zahlreichen anderen Büchern schrieb Antonia Grunenberg 1997 „Der Schlaf der Freiheit – Von der Entgrenzung der Politik und der Bedrohung des Gemeinnsinns“.

***Anke Martiny***

Dr. Anke Martiny wurde 1939 in Dortmund geboren und studierte Musikwissenschaft, Germanistik, Theaterwissenschaften und Soziologie in Berlin, Wien und Göttingen. Sie promovierte 1965 in Musikwissenschaft. Von 1972 bis 1989 war Anke Martiny für die SPD Bayern Mitglied des deutschen Bundestages, in dieser Zeit war sie in verschiedenen Funktionen in Bundestagsausschüssen sowie Parteigremien tätig. Von 1989 bis 1991 war Anke Martiny Berliner Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten in der rotgrünen Koalition unter Walter Momper. 1991 trat sie wegen

ihrer bevorstehenden Auslandstätigkeit von allen Parteiämtern zurück, um 1992 bis 1996 als Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tel Aviv zu arbeiten. Seitdem ist Anke Martiny unter anderem Mitglied des Goethe-Instituts und arbeitet als freiberufliche Publizistin.

### ***Jürgen Morlok***

Dr. Jürgen Morlok wurde am 30. September 1945 in Karlsruhe geboren. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin und der Universität Karlsruhe und promovierte 1994 zum Dr. rer. pol. Jürgen Morlok ist seit 1964 Mitglied der F.D.P., die er von 1972 bis 1988 als Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg vertrat. Von 1976 bis 1985 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der F.D.P./DVP-Landtagsfraktion. Während seiner aktiven politischen Laufbahn hatte Jürgen Morlok eine Reihe wichtiger Parteiämter inne, unter anderem war er von 1978 bis 1985 Landesvorsitzender der F.D.P. in Baden-Württemberg und von 1982 bis 1985 Stellvertreter des damaligen Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher. Seit 1996 ist er Ehrenvorsitzender der F.D.P. Baden-Württemberg. 1985 trat er in die Geschäftsführung der Landesentwicklungsgesellschaft ein, der er bis 1990 angehörte. Ab 1987 war Jürgen Morlok zusätzlich geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Außenwirtschaft Baden-Württemberg. Von 1990 bis 1993 vertrat er als Leiter der Konzernrepräsentanz die Daimler-Benz AG in Bonn und als Leiter des Fachbereichs Außenbeziehungen das Unternehmen im internationalen Bereich. Seit 1994 ist er Gesellschafter der FlowNet Management & Consult GmbH in Ettlingen und Vorstandsvorsitzender der Baden-Airpark AG in Rheinmünster. Dr. Jürgen Morlok ist Mitglied des Beirats im Interfakultativen Institut für Angewandte Kulturwissenschaft.

### ***Caroline Y. Robertson-Wensauer***

Dr. Caroline Y. Robertson-Wensauer, geboren am 22. Februar 1951 in Glasgow, studierte nach ihrer Ausbildung zur Hotelfachfrau Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte in Heidelberg und Karlsruhe und promovierte 1990 in Soziologie. Sie ist Gründungsmitglied und Geschäftsführerin des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH). Caroline Y. Robertson-Wensauer ist Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Kulturwissenschaft und Mitglied des Fachbeirats „Interkulturelle Frauenarbeit“ des Deutschen Frauenrats. 1998 wurde sie zum Mitglied des Kuratoriums des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Bonn, ernannt. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Problembereiche des interkulturellen Vergleichs, ethnische Identität und politische Mobilisation.

An der Universität Karlsruhe (TH) lehrt sie im Rahmen der Studienbausteine Multikulturalität, Interkulturelles Lernen, Kulturosoziologie, Kulturpolitik und Kulturökonomik des Begleitstudiums „Angewandte Kulturwissenschaft“. Im englisch-sprachigen Aufbaustudiengang Resources Engineering lehrt sie außerdem Fundamentals of Social Economics.

### ***Bernhard Schäfers***

Prof. Dr. Bernhard Schäfers, geboren 1939 in Münster, studierte Volkswirtschaft, Soziologie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Philosophie und Spanisch in Münster und Wien. Von 1971 bis 1977 lehrte er an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz und von 1977 bis 1983 an der Universität Göttingen. Seitdem ist Bernhard Schäfers Leiter des Instituts für Soziologie an der Universität Karlsruhe (TH) und Mitglied des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft. Bernhard Schäfers war 1991/92 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und ist Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission sowie der Akademie für Städtebau und Landesplanung.

### ***Olaf Schwencke***

Dr. Olaf Schwencke, geboren 1936 in Pinneberg, studierte Germanistik, Pädagogik, Theologie und Soziologie in Hamburg, Berlin und Cleveland/USA. Er arbeitete zehn Jahre lang als Studienleiter der Evangelischen Akademie Loccum, war von 1972 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1979 bis 1984 Mitglied des Europäischen Parlaments. Olaf Schwencke ist Gründungsvorsitzender der Kulturpolitischen Gesellschaft, Hagen/Bonn, und war bis 1997 deren Präsident. Seit 1997 ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Kulturpolitischen Gesellschaft. Olaf Schwencke war von 1992 bis 1996 Präsident der Hochschule der Künste, Berlin, und ist jetzt Präsident des Deutschen Komitees für kulturelle Zusammenarbeit in Europa, Bonn. Er ist Mitglied des Beirats des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft.

### ***Kurt Sontheimer***

Prof. Dr. Dr. h.c. Kurt Sontheimer wurde 1928 in Gernsbach/Baden geboren. Er studierte Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaften an den Universitäten in Freiburg, Kansas/USA, Erlangen und Paris und promovierte 1953 zum Dr. phil. 1960 habilitierte er an der Universität Freiburg im Fach Wissenschaftliche Politik. Von 1960 bis 1962 war Kurt Sontheimer Professor für Politische Wissenschaft an der Pädagogischen Hochschule in Osnabrück. Am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin hatte er von 1962 bis 1969 eine Professur für Politische

Wissenschaften inne. Von 1969 bis 1993 lehrte er am Geschwister-Scholl-Institut an der Ludwig-Maximilian-Universität München. Kurt Sontheimer erhielt für seine herausragenden Forschungen und Veröffentlichungen 1985 den Ernst-Robert-Curtius-Preis für Essayistik und 1988 die Ehrendoktorwürde der Universität Bradford in Großbritannien.

### ***Helmut F. Spinner***

Prof. Dr. Helmut F. Spinner wurde 1937 in Offenburg/Baden geboren. Er studierte Ökonomie, Pädagogik, Philosophie und Psychologie an den Universitäten Mannheim und Köln. Nach seinem Diplom studierte er zudem Wissenschaftstheorie und Soziologie an den Universitäten Mannheim und Heidelberg. Von 1970 bis 1971 war er Leverhulme European Research Fellow an der London School of Economics, Department of Philosophy. 1979 promovierte er zum Dr. phil. und habilitierte an der Universität Mannheim für die Fächer Wissenschaftstheorie und Wissenschaftssoziologie, 1983 folgte die Zweithabilitation für Allgemeine Soziologie. 1987 erhielt Herr Spinner eine Professur für Philosophie an der Universität Karlsruhe, an der er seit 1987 das Studium Generale leitet. Er ist Gründungs- und Vorstandsmitglied des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft sowie Mitglied des Kollegialen Vorstands des Instituts für Philosophie. Seit 1995 leitet er das neugegründete Deutsch-Russische-Kolleg an der Universität Karlsruhe.

### ***Manfred Zach***

Manfred Zach wurde 1947 in Bad Grund (Harz) geboren und studierte von 1966 bis 1971 Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg. Sein Zweites Juristisches Staatsexamen führte ihn nach Stuttgart, wo 1975 die Berufung in das Staatsministerium Baden-Württemberg als Pressereferent erfolgte. Manfred Zach übernahm 1978 zusätzlich das Grundsatzreferat und war als Ghostwriter für den damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth tätig. Ab 1986 leitete er die Abteilung Grundsatz und Planung im Staatsministerium und war seit Ende 1987 Sprecher der Landesregierung. Von diesen Ämtern trat er 1991 zusammen mit Lothar Späth zurück. Seit Herbst 1991 ist Manfred Zach Ministerialdirigent und Leiter der Verwaltungsabteilung im Sozialministerium Baden-Württemberg. Neben zahlreichen anderen Büchern schrieb Manfred Zach 1996 „Monrepos oder die Kälte der Macht“.



**In der Heftreihe *Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft* sind bisher erschienen:**

- Heft 1/97, Jahrgang 1: Aspekte aus Wissenschaft und Praxis  
mit Beiträgen von Hermann Glaser, Hartmut Kuhlmann, Hans-Peter Lühr, Caroline Y. Robertson Wensauer, Dieter Sauberzweig, Hans Gerd Schütte
- Heft 2/97, Jahrgang 1: Aphorismen zu Stadt-Ansichten  
mit Beiträgen von Petra Berges, Axel Bust-Bartels, Hermann Glaser, Wolfgang Kil, Reinhard Knodt, Rolf Kuhn, Ingrid Mielenz, Christian Neuhaus, Jürgen P. Rinderspacher, Caroline Y. Robertson Wensauer, Bernhard Schäfers, Renate Schostack, Olaf Schwencke, Christiane Thalgott, Rotraut Weeber
- Heft 1/98, Jahrgang 2: (Ohn)Macht der Politik  
mit Beiträgen von Gerd Albrecht, Gottfried Capell, Peter Conradi, Hermann Glaser, Antonia Grunenberg, Anke Martiny, Jürgen Morlok, Caroline Y. Robertson-Wensauer, Bernhard Schäfers, Olaf Schwencke, Kurt Sontheimer, Helmut Spinner, Manfred Zach

**In der *Schriftenreihe des Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft* bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden sind bisher erschienen bzw. erscheinen demnächst:**

- Band 1a Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):  
Multikulturalität – Interkulturalität? Probleme und Perspektiven der multikulturellen Gesellschaft, 1. Aufl., Baden-Baden 1993
- Band 1b Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):  
Multikulturalität – Interkulturalität? Probleme und Perspektiven der multikulturellen Gesellschaft, 2., überarbeitete Aufl., erscheint 1998
- Band 2 Christoph Beat Graber:  
Zwischen Geld und Geist. Interferenzen von Kunst und Wirtschaft aus rechtlicher Sicht, Baden-Baden 1994

- Band 3 Gregor Paul und Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):  
Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage, Baden-Baden 1997
- Band 3b Gregor Paul und Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):  
Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage, 2. Aufl., Baden-  
Baden 1998
- Band 4 Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):  
Japan in interkulturellem Kontext, Baden-Baden 1998
- Band 5 Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):  
Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch. Nation – Kultur – Wirtschaft, erscheint 1998
- Band 6 Caroline Y. Robertson Wensauer und Carsten Winter (Hrsg.):  
Kulturwandel und Globalisierung, Baden-Baden 1998